

## Dienstag, 6. Dezember 2011

### Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Ueli Bleiker
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder entschuldigt: Righetti
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

*Standespräsident Bleiker:* Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Selbstverständlich zuerst in den Saal zu kommen. Wir fahren fort mit der Behandlung der Geschäfte und kommen zum nächsten Geschäft, der Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, Umsetzung neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Zum Eintreten erteile ich dem Präsidenten der Kommission für Justiz und Sicherheit, Grossrat Tenchio, das Wort.

**Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Umsetzung neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht)** (Botschaften Heft Nr. 9/2011-2012, S. 1009)

#### Eintreten

*Antrag Kommission und Regierung*  
Eintreten

*Tenchio, Kommissionspräsident:* Ich werde mein Eintretensvotum in folgende drei Teile aufteilen: Zuerst eine kleine, freilich stark gekürzte, allgemeine Einführung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches im Rahmen des Erwachsenenschutzes, Personenrecht und Kindesrecht. Dann werde ich die Vorbereitungsarbeiten des Kantons Graubünden kurz beleuchten und schliesslich auf die vier wichtigsten Grundsätze der Vorlage eingehen, namentlich: Die künftige Organisation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, die künftige Organisation der Berufsbeistandschaften, die Aufsichtsbehörde und die gerichtliche Beschwerdeinstanz, um Ihnen dann beliebt zu machen, auf die Vorlage einzutreten.

Kommen wir zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches: Das geltende Vormundschaftsrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches ist seit dem Inkrafttreten im Jahre 1912, abgesehen von den Bestimmungen über die fürsorgliche Freiheitsentziehung, praktisch unverändert geblieben. Es entspricht allerdings unseren heutigen Verhältnissen und Anschauungen nicht mehr

und wurde deshalb grundlegend erneuert. Eines der Ziele der Revision ist es, so die Botschaft des Bundesrates an die eidgenössischen Räte, das Selbstbestimmungsrecht zu fördern. Die Vorlage führt im Abschnitt „Die eigene Vorsorge“ zwei neue Rechtsinstitute ein. Das ist zum einen der Vorsorgeauftrag. Mit diesem soll eine handlungsfähige Person eine natürliche oder juristische Person bezeichnen können, im Falle ihrer Urteilsunfähigkeit die Personen- oder Vermögenssorge zu übernehmen oder sie im Rechtsverkehr vertreten zu können. Mit einer Patientenverfügung soll eine urteilsfähige Person zum einen festlegen können, welchen medizinischen Massnahmen sie im Falle ihrer Urteilsunfähigkeit zustimmt oder nicht zustimmt. Zum anderen aber auch eine natürliche Person bezeichnen, die im Fall ihrer Urteilsunfähigkeit entscheidungsbefugt ist.

Die heutigen amtsgebunden behördlichen Massnahmen, wir kennen sie, das ist die Vormundschaft, die Beiratschaft und die Beistandschaft, haben einen bestimmten vorgegebenen Inhalt und tragen deshalb dem Verhältnismässigkeitsprinzip nicht mehr ausreichend Rechnung. Die neue Vorlage des ZGB unterscheidet vier Arten von Beistandsschaften, namentlich: Die Begleit-, die Vertretungs-, die Mitwirkungs- und die umfassende Beistandschaft, welche alle zusammen kombiniert werden können. Während der Aufgabenbereich des Beistandes oder der Beistandin bei der umfassenden Beistandschaft alle Angelegenheiten der Personensorge, der Vermögenssorge und des Rechtsverkehrs umfasst, muss ihn die Behörde bei den üblichen Beistandsschaften entsprechend den Bedürfnissen der betroffenen Person, d.h. massgeschneidert festlegen. Im Abschnitt über die fürsorgliche Unterbringung in einer Einrichtung wurden der Rechtsschutz ausgebaut und die Lücken geschlossen. Unter anderem wurden die ärztliche Einweisungskompetenz beschränkt und wichtige Verfahrensvorschriften gesetzlich verankert. Ferner ist das Recht auf den Beizug einer Vertrauensperson und die Pflicht der Behörde zur periodischen Überprüfung der Unterbringung verankert worden.

Das Vormundschaftswesen ist heute uneinheitlich und unübersichtlich organisiert. Das neue Recht versucht das Vormundschaftswesen zu professionalisieren. Gewisse Kantone haben diese Professionalisierung von sich aus eingeleitet oder haben sie bereits eingeführt. Mit dem Inkrafttreten des neuen Rechts am 1. Januar 2013 sollen

alle Entscheide im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes bei einer Fachbehörde konzentriert werden. Für die innere Organisation der Behörde sind die Kantone zuständig. Namentlich bestimmen sie, wie gross der Spruchkörper sein soll. Und hier kommen wir bereits zum zweiten Teil meines Eintretensvotums, nämlich den Vorbereitungsarbeiten des Kantons Graubünden.

Der Kanton Graubünden hat die Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch im Rahmen der Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts, von den eidgenössischen Räten am 19. Dezember 2008 erlassen, bereits früh an die Hand genommen. Am 31. März 2009 hat die Regierung das Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht beauftragt, das Gesetzgebungsprojekt „Anpassung des kantonalen Rechts an das Kinder- und Erwachsenenschutzrecht“ an die Hand zu nehmen. Nach Eingang des Expertenberichts von Professor Dr. Christoph Häfeli setzte die Regierung mit Beschluss vom 26. Mai 2009 eine Expertenkommission ein, der Vertreterinnen und Vertreter der vom Kindes- und Erwachsenenschutzrecht betroffenen Instanzen und Behörden angehörten. Der Kommission gehörten Vertreter des Kantons, des Kantonsgerichtes, der Bezirksgerichte und des Vormundschaftswesens des Kantons Graubünden an. Von Mitte April bis Mitte Juli 2011 konnten sich die interessierten Organisationen in einem breit angelegten Vernehmlassungsverfahren zu der regierungsrätlichen Vorlage äussern. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens ist die heutige Botschaft der Regierung an den Grossen Rat ergangen. Sie konnten die Botschaft im Rahmen der Fraktionsarbeit zur Kenntnis nehmen und gleiches gilt für den relativ umfangreichen Gesetzestext.

Die Kommission für Justiz und Sicherheit hat die Botschaft, wie Sie der Synopse entnehmen konnten, an zwei Tagen durchberaten, wir werden auf die einzelnen Anträge dann in der Detailberatung zurückkommen. Im Rahmen der Eintretensdebatte möchte ich mich, wie bereits zu Anfang gesagt, auf die wichtigsten Grundzüge der Vorlage beschränken, so dass ich nun zum dritten Teil gelange.

Die wesentlichen Grundzüge sind gemäss römisch fünftens der Botschaft, Seiten 1005/1006 erstens die künftige Organisation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, wird auch abgekürzt, und das werden Sie heute vielleicht einige Male hören, KESB, ist also nicht irgendeine Fliege, die vorbeifliegt, es ist KESB, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, zweitens die künftige Organisation der Berufsbeistandschaften, drittens die Aufsichtsbehörde und viertens die gerichtliche Beschwerdeinstanz.

Kommen wir zur Regelung der künftigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden: Die einzige Vorgabe des Bundes in Bezug auf die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden entnehmen Sie dem neuen Artikel 404 des ZGB, wonach die Erwachsenenschutzbehörde eine Fachbehörde „una autorità specialisata“, auf Französisch am besten wiedergegeben „une autorité interdisciplinaire“ sein muss, welche von den Kantonen bestimmt wird und mindestens drei Mitglieder aufweisen muss. Dies erheischt eine Organisation der Behörde, die aufgrund der Fallzahlen genug Erfahrungen sammeln kann, mithin

eben der interdisziplinären Zusammensetzung gewährleisten soll, dass die Behörde professionell arbeiten kann. Da die bestehenden Vormundschaftsbehörden in Graubünden diese bundesrätlichen Anforderungen trotz der bereits erfolgten Zusammenschlüsse in der Regel höchstens teilweise erfüllen, muss im Kanton Graubünden vor diesem Hintergrund eine neue Behördenorganisation aufgebaut werden. Sie konnten der Botschaft entnehmen, dass im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens die Regierung vorerst von einer Zentralbehörde ausgegangen ist, welcher verschiedene Zweigstellen unterstanden. Der Botschaft ist zu entnehmen, dass die Regierung es bevorzugt hätte, bei dieser oder einer ähnlichen Lösung mit einer zentralen Behörde zu bleiben. Im Nachgang zum Vernehmlassungsverfahren entschied sich die Regierung, fünf eigenständige, kantonale Fachbehörden vorzuschlagen, die die heutigen 17 Vormundschaftsbehörden ablösen sollen. Die Schaffung der vorgeschlagenen fünf eigenständigen KESB erfüllt die Vorgaben des Bundesrechts. Sie entspricht dem Ergebnis der Vernehmlassung, ist politisch breit abgestützt und wird von Regierung und Kommission getragen. Wenn Sie die Karte auf der Seite 1040 aufschlagen, sehen Sie dort die territoriale Gliederung der fünf neuen Behörden, wie sie die Regierung und die Kommissionsmehrheit vorschlagen. Sofern Sie die Vernehmlassungsvorlage für die Gemeinde- und Gebietsreform konsultieren konnten, sehen Sie dieser, dass die acht bis zehn Regionen in die vorgezeichneten Sprengel hineinpassen. Dies bedeutet mit anderen Worten, dass die zukünftigen Regionen nicht in die Sprengel der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden hineinritzen werden. Die konkreten Daten der territorialen Zuständigkeit in Bezug auf die Wohnbevölkerung, die Fallzahlen pro Jahr und der zukünftige Personalbestand können Sie zudem auf der Seite 1042 entnehmen. Wie die Botschaft zu Recht ausführt, haben die Geografie und die Bevölkerungsdichte zur Folge, dass es für Graubünden die Ideallösung, ohne Nachteile für die Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts, einfach nicht gibt. Auch wenn eine zentrale Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde mit verschiedenen Standorten den bundesrechtlichen Anforderungen sicherlich genügen würde, so genügt die jetzig präsentierte Vorlage der Regierung, nach Auffassung der Kommission, den Forderungen nach einer dezentralen Organisation, wie in der Vernehmlassung gefordert, ebenfalls, aber auf Grund der regionalen Bedürfnisse im Kanton Graubünden sogar besser und dies nach einstimmiger Kommission.

In Bezug auf die Kosten schlägt die Regierung vor, diese ab Inkrafttreten neu durch den Kanton tragen zu lassen, weshalb wir von kantonalen Behörden sprechen. Während derzeit die Vormundschaftsbehörden durch die Kreise getragen werden, mithin deren Defizit durch die Gemeinden zu tragen ist, wird, sofern der Grosse Rat die Vorlage in diesem Punkt im Sinne der Regierung und der Kommission verabschieden wird, das Defizit künftig durch den Kanton getragen werden. Durch die Übernahme dieser neuen Aufgabe durch den Kanton ergeben sich für ihn ab dem Jahr 2013, dem Inkrafttretungsjahr, jährliche Mehrkosten von fast acht Millionen Franken für circa 45 Stellen der fünf neuen KESB. Ein kleiner Teil dieser Kosten kann allerdings durch Gebührenein-

nahmen gedeckt werden. Für das Vorjahr, dem Vorbereitungsjahr 2012, ist mit zwei bis drei Millionen Franken an Aufbaukosten zu rechnen. Für die Gemeinden bedeutet die vorgeschlagene Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts eine jährliche Entlastung in Bezug auf die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden von insgesamt rund zwei Millionen Franken, was dem jährlichen Defizit der bisherigen Vormundschaftsbehörden entspricht.

Die Einführung von fünf eigenständigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden war von der Kommission unbestritten. Wie Sie der synoptischen Darstellung entnehmen konnten, besteht in Bezug auf Art. 38 Abs. 1 lit. b und c ein Minderheitsantrag, welcher die Gemeinde Flims der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Nordbünden zuschlagen möchte. Zu dieser Frage werden wir uns bitte dann in der Detailberatung äussern.

Ein weiterer wesentlicher Punkt der Vorlage ist die Behandlung der neuen Berufsbeistandschaften, den jetzigen sogenannten Amtsvormundschaften: Das Bundesrecht macht uns keine Vorgaben in Bezug auf die künftigen Berufsbeistandschaften. Art. 400 des neuen ZGB sieht ausschliesslich vor, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde als Beistand oder als Beiständin eine natürliche Person, die für die vorgesehenen Aufgaben persönlich und fachlich geeignet ist, ernannt. Dieser Beistand muss die dafür erforderliche Zeit einsetzen können und die Aufgabe selber wahrnehmen. Die Regierung hat für die Regelung der Berufsbeistandschaften eine ausgesprochen elegante Lösung vorgeschlagen, der sich die ganzüberwiegende Anzahl der Kommissionsmitglieder angeschlossen hat. Als Grundsatz gilt: Die Berufsbeistandschaften sollen regionalisiert werden und in der Verantwortung der Regionen und Gemeinden bleiben, die im Übrigen, falls nicht abwälzbar, wie bisher auch die Kosten der entsprechenden Massnahmen tragen für die Verbeiständeten. Wir erinnern uns: Wir haben heute eine Organisation mit elf Amtsvormundschaften, die von den Gemeinden getragen werden. Auch in Zukunft soll dieser Grundsatz beibehalten werden. Der Vorschlag von Regierung und Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen eine Lösung, die bewerkstelligt, dass sich zwischen dem Inkrafttreten des neuen Vormundschaftsrechts am 1. Januar 2013 und dem Inkrafttreten der neuen Gebiets- und Gemeindereform, voraussichtlich am 1. Januar 2015, die Amtsvormundschaften nicht notwendigerweise einer neuen Trägerschaft oder Übergangsträgerschaft anschliessen müssen. Die Gemeinden können sich, wenn sie dies wollen, müssen aber nicht, zwischen dem Inkrafttreten des Vormundschaftsrechts am 1. Januar 2013 bis zum Ablauf von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Gemeinde- und Gebietsreform, also voraussichtlich am 31. Dezember 2016, ihren übergeordneten Regionen anschliessen oder aber ruhig die Gemeinde- und Gebietsreform abwarten und erst dann die Berufsbeistandschaften regionalisieren. Per und ab dem 1. Januar 2017 beziehungsweise zwei Jahre nach Inkrafttreten der Gebiets- und Gemeindereform müssen dann die Berufsbeistandschaften sich den entsprechenden, im Rahmen der Gemeinde- und Gebietsreform beschlossenen Regionen, anschliessen. Die Finanzierungsverantwortung bleibt wie bisher bei den Gemeinden. Im Ge-

gensatz zu den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden erfahren diese in Bezug auf die Berufsbeistandschaften somit keine Entlastung, sofern sie dem Mehrheitsantrag der Kommission und dem Vorschlag der Regierung folgen werden.

Wir kommen zu der Aufsichtsbehörde in Kindes- und Erwachsenenschutzsachen: Aufgabe der Aufsichtsbehörde ist, für die korrekte einheitliche Rechtsanwendung zu sorgen, ohne materiell im Einzelfall entscheidungsbefugt zu sein. Eine einheitliche Rechtsanwendung kann, wie in der Botschaft auf der Seite 1049 richtig dargelegt, unter anderem durch die Formulierung von Standards, Erlass von Weisungen, Durchführungen von Inspektionen, Unterstützung oder Beratung und Schulung der Behördenmitglieder erreicht werden. Unabhängig vom gewählten Lösungsansatz mit Regierung oder Kantonsgericht als Aufsichtsbehörde empfiehlt die Expertenkommission wegen der künftigen Ausgestaltung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden als Fachbehörde mit der geringen Anzahl Behörden eine einstufige Aufsicht. Diesem Ansinnen haben sich Regierung und einstimmige Kommission angeschlossen. Bei der Aufsicht hat der Kanton die Wahl, eine gerichtliche oder administrative Aufsichtsbehörde zu bestimmen. Wir werden im Rahmen von Art. 38 der Detailberatung zu entscheiden haben, ob die Regierung oder das Kantonsgericht die Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden haben wird.

Schliesslich noch wenige Worte zur gerichtlichen Beschwerdeinstanz: Das Bundesgericht verlangt zwingend einen gerichtlichen Rechtsschutz, womit ein verwaltungsinternes Beschwerdeverfahren ausgeschlossen ist. Obwohl die Gerichte bezüglich der normalen Beschwerdefälle und jener der fürsorglichen Unterbringung nicht identisch sein müssen, rechtfertigt sich nach Auffassung der Regierung und der Kommission aufgrund der Fallzahlen für beide Bereiche die gleiche und eine Rechtsmittelinstanz vorzusehen, namentlich das Kantonsgericht von Graubünden.

Ich hoffe, im Sinne einer Einleitung Ihnen die wichtigsten Punkte der Vorlage in der Übersicht dargestellt zu haben. Mehr freilich zu den Einzelpunkten in der Detailberatung. Vor diesem Hintergrund mache ich Ihnen beliebt, auf die Vorlage einzutreten.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Nigg Ernst

*Nigg:* Zum Eintreten nur zwei ganz kurze Vorbemerkungen aus meiner Sicht: Die erste Vorbemerkung: Bei dieser Vorlage geht es, wie schon angetönt wurde, in erster Linie nur um die Umsetzung von Bundesrecht. Nur um die Umsetzung von Bundesrecht. Trotzdem musste die Kommission fast zwei Tage lang darüber beraten. Milizparlamentarier geraten so an ihre Grenzen. Schuld an dieser langwierigen Kommissionstätigkeit war nicht zuletzt, und ich trage selbst dabei Mitverantwortung, ich gebe das zu, die ständige Anwesenheit zweier sogenannter Experten, und zwar nicht nur beim Eintreten, sondern auch bei der Detailberatung der einzelnen Gesetzesbestimmungen. Ihre Ausführungen waren zwar ausserordentlich interessant, aufschluss- und lehrreich.

Sie haben aber nicht unbedingt zu einer unabhängigen und unbeeinflussten Beratung geführt. Im Sinne einer sachlichen Beratung tagen eben Parlamentskommissionen, sowohl in Bund als auch in den Kantonen, ich verweise auf die Geschäftsreglemente von National- und Ständerat, aber auch auf Art. 16 der Geschäftsordnungen des Grossen Rates, nicht öffentlich und eben auch nicht halböffentlich. Wir werden in der Detailberatung kurz darauf zurückkommen müssen.

Die zweite Vorbemerkung, ich mache sie obwohl und weil ich gestern zufälligerweise alt Grossrat und alt Standespräsident Hans Telli getroffen habe: Bei dieser Vorlage geht es nicht um Regionalpolitik, sondern eben in erster Linie um Umsetzung von Bundesrecht. Dies ist insbesondere bei der Einteilung der sogenannten Vormundschaftskreise der Fall. Sie dürfen weder für das Parlament noch für die Regierung Grundlage für die Diskussion um die Einteilung des Kantons in Regionen sein. Diese Diskussion führen wir nämlich erst im Februar des nächsten Jahres und ich bitte Sie, das zu beachten in der vorstehenden Diskussion. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

*Cavegn:* Mit der Revision des EG zum ZGB werden wir die bündnerische Gesetzgebung dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht des eidgenössischen Zivilgesetzbuches anpassen. Diese Anpassung ist notwendig und muss per 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt werden. Allerdings, die heutige Vorlage steht leider nicht in Verdacht zum absoluten gesetzgeberischen Höhepunkt unseres Rates und unserer Legislatur zu werden, im Gegenteil: Rechtzeitig zum Nikolaustag, am 6. Dezember, erhalten wir eine bürokratische Bescherung. Einerseits zu verantworten natürlich durch den Bundesgesetzgeber, zum anderen aber ist auch diese, uns präsentierte Vorlage, etwas bürokratisch.

Vorab müssen wir uns vor Augen halten, wer denn vom Kindes- und Erwachsenenschutzrecht überhaupt betroffen sein wird. Es sind Kinder und Erwachsene, die eines Schutzes bedürfen oder von denen vielleicht auch nur jemand meint, dass sie eines Schutzes bedürfen, wenn beispielsweise eine Gefährdungsmeldung gemacht wird. Über 100 Massnahmen sind im ZGB im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutzrecht vorgesehen. Unter anderem die Einschränkung der Handlungsfähigkeit, die Ergreifung von medizinischen Massnahmen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die fürsorgliche Unterbringung. Es geht damit um ganz massive Einschränkungen in den Persönlichkeitsrechten, welche im Einzelfall zu ganz dramatischen Situationen führen. Vor allem eben dann, wenn Massnahmen nicht gerechtfertigt, übertrieben sind oder eben halt auch in Grenzfällen. Und das gilt natürlich nicht nur gegenüber Erwachsenen, sondern auch gegenüber Kindern, die gefährdet sind und oft, im Zusammenhang mit der elterlichen Sorge, Spielball zwischen zwei Erwachsenen sind. Und wenn man sich vor Augen hält, wer vom Kindes- und Erwachsenenschutzrecht betroffen ist, so ist klar, dass dies eben oftmals nicht Bürgerinnen und Bürger sind, die sich ohne Weiteres gegen drohende Eingriffe wehren können, nein im Gegenteil: Es sind oft hilflose Bürgerinnen und Bürger. Und dieser Umstand gebietet es uns im Grossen Rat

die Vorlage mit grosser Vorsicht und Umsicht anzugehen, vor allem auch zum Schutze dieser Betroffenen.

Heute organisieren wir nun im Grossen Rat die kantonalen Behörden oder eben wie der Kommissionspräsident das gesagt hat, die innere Organisation. Und wenn Sie die Vorlage studiert haben, dann müssen Sie feststellen, dass nicht weniger als fünf verschiedene Behörden mit dem Kindes- und Erwachsenenschutzrecht sich beschäftigen sollen, nämlich: Die Berufsbeistandschaften, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Geschäftsleitung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Regierung als Aufsichtsbehörde und das Kantonsgericht als Beschwerdeinstanz. Notwendig wären vom Bundesgesetzgeber her deren drei, nämlich: Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die Berufsbeistandschaften und das Kantonsgericht als Auftrags- und Beschwerdebehörde. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass wir, etwas bildlich ausgedrückt, einen viel zu grossen Deckel auf die Pfanne geben. Grund dafür ist, wie wir der Botschaft entnehmen können, die sogenannte Professionalisierung der Behörden. Aber diese nun professionalisierten Behörden stehen, ich möchte es bewusst pointiert ausdrücken, immer noch die gleichen nichtprofessionalisierten Klienten oder eben Betroffenen gegenüber. Nun sollen diese sich im Streitfall nun mit maximal fünf Behörden auseinandersetzen müssen und ich frage Sie, ob damit die Grenze des Erträglichen, gerade aus Sicht eines Betroffenen, nicht überschritten ist. Abgesehen davon, dass die Bürgernähe auf der Strecke geblieben ist, ist ein äusserst ineffizientes Hin und Her zwischen Behörden vorprogrammiert oder kurz zusammengefasst: Unnötige Bürokratie. Ich hoffe, dass wir im Grossen Rat nicht Gefahr laufen, unseren eigenen Grundsätzen untreu zu werden. Ich möchte Sie ganz dringend an die kantonale Volksinitiative erinnern, die wir im Grossen Rat ebenfalls unterstützt haben und ich glaube, in dieser Volksinitiative oder in dieser Beratung hat keine Partei gesagt, dass in solchen Verfahren möglichst viele Behörden mit von der Partie sein sollen. Wir haben jetzt die Möglichkeit in der Detailberatung noch entsprechende Korrekturen vorzunehmen und halten wir uns vor Augen, dass hinter den nun behandelten Massnahmen und der Organisation immer Menschen stehen, die ganz massiv in ihren Persönlichkeitsrechten beeinträchtigt sind. Eltern, denen das Sorgerecht entzogen wird, Menschen, bei welchen eine psychiatrische Störung behandelt wird, Menschen, denen gegen ihren Willen ein Medikament verabreicht werden soll, eine demente Person, welcher die Bewegungsfreiheit entzogen wird oder ganz einfach, der vormundschaftliche Normalfall, nämlich: Wenn eine Person ihre Angelegenheiten nicht mehr selber erledigen kann, wegen Altersschwäche, beispielsweise wegen Demenz. Für diese Personen stellen wir Regeln auf, nicht für uns und auch nicht für die Behörden und nicht für die Bürokratie. Tragen wir diesem Anliegen in der kommenden Beratung Rechnung.

*Hitz-Rusch:* Es gibt wohl kaum ein anderes Rechtsgebiet als das Vormundschaftsrecht oder eben neu das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, wo menschliche Schicksale im Mittelpunkt stehen. Angehörige oder jeder von uns

selbst kann irgendwann hilfsbedürftig werden, weswegen das vorliegende Gesetz für uns alle von grosser Bedeutung ist. Das Kernelement des neuen Rechts ist die Professionalisierung der Behörden. Es wird in erster Linie von diesen Behörden Fachwissen verlangt. Die Mitglieder der neuen Behörden sollten aber auch über Sozialkompetenz verfügen und davon steht im Gesetz nichts. Sie wird anscheinend einfach vorausgesetzt. Professionalisierung darf nicht bedeuten, dass die ebenso wichtige Sozialkompetenz auf der Strecke bleibt. Und Professionalisierung darf nicht dazu führen, dass die Behördennähe zum Betroffenen verarmt. Die regionale Verankerung, sowie die Kenntnisse der Beistände über die lokalen Verhältnisse müssen zentrale Elemente auch im neuen Recht bleiben. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir in Zukunft zehn Berufsbeistandschaften gemäss den zukünftigen Regionen haben werden. Ich werde bei Art. 46 in der Detailberatung darauf zurückkommen. Zudem erscheint es mir wichtig, dass die bisherigen Mitglieder der Vormundschaftsbehörden und Amtsvormundschaften mit ihrem grossen Know-how auch ohne einen Titel in einem Fachgebiet, dafür aber mit viel Sozialkompetenz und gesundem Menschenverstand, weiterhin tätig sein können. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

*Kollegger (Chur):* Übergeordnetes Recht umsetzen müssen, ist das eine, übergeordnetes Recht umsetzen können, ist das andere. Worauf ich hinaus möchte: Der Zeitplan für die Umsetzung dieses Vorhabens ist extrem eng, wenn man davon ausgeht, dass die neuen KESB Mitglieder sechs bis zwölf Monate vor Inkrafttreten der ZGB-Revision ihre Arbeit aufnehmen sollten. Während sechs bis zwölf Monaten also muss sicher auf Stufe KESB, allenfalls auch auf Stufe Berufsbeistandschaft, doppelte Spurensuche gefahren werden. Wie dies in Anbetracht der heute schon festzustellenden Schwierigkeit, mit dem bündnerischen Vormundschaftswesen vertrautes, erfahrenes und qualifiziertes Personal zu rekrutieren und zu gewinnen, ist für mich nicht ganz ersichtlich. Ich bin daher daran interessiert zu erfahren, wie die Umsetzung von Statten gehen soll. Der Projektplan muss meines Erachtens vorsehen, frühzeitig flexible Lösungen zu finden und auch intern zu kommunizieren. Dies soll verhindern, dass Bewerberinnen und Bewerber von ausserhalb oder Neulinge bevorteilt werden, bevorzugt werden, weil sie schon im Laufe des Jahres 2012 eine neue Stelle antreten können oder qualifizierte Personen abwandern, die jetzt in diesem Bereich tätig sind in Graubünden, weil sie in einem anderen Kanton, und sie können das der Tagespresse entnehmen, die Stellenausschreibungen sind sehr zahlreich, dass sie in einem anderen Kanton eine entsprechende Stelle und eine verbindliche Zusage für eine Stelle erhalten. Ich bitte die Regierung in der Eintretensdebatte, hier kurz die Umsetzung zu skizzieren. Ich bin selbstverständlich auch für Eintreten.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Mitglieder der KJS? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Krättli.

*Krättli-Lori:* Es ist mir bewusst, dass sich die Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes nicht aufhalten lässt. Aus meiner langjährigen Erfahrung als Mitglied unserer kleinen Vormundschaftsbehörde Kreis Maienfeld, erlaube ich mir dennoch, einige Bedenken und eventuell auch Nachteile bezüglich der neuen Gesetzgebung anzubringen. So befürchte ich, dass mit der geplanten, aus meiner Sicht zu grossen KESB Nordbünden, mit ihren rund 80 000 Einwohner die Nähe zu den Betroffenen verloren geht. Es muss berücksichtigt werden, dass es sich bei den Betroffenen um hilfsbedürftige Personen handelt. Der direkte, persönliche Kontakt mit den Betroffenen, von Massnahmen Betroffenen und die Kenntnisse seines Umfeldes, sind im Erwachsenen- und Kinderschutzbereich von hoher Bedeutung. Ich befürchte, dass die Entscheide in dieser grossen KESB weiter weg von Menschen gefällt werden, zahlreiche Fälle werden zu Aktenfällen verkommen. Dies würde jedoch dem Grundsatz des neuen Gesetzes widersprechen und sollte möglichst vermieden werden. Die Vorteile der heute bestehenden Organisationen der kleinen Vormundschaftsbehörden liegen unter anderem darin, dass die Fälle in der Regel rasch abgeklärt werden können. Mit Hilfe der ortskundigen Vorstandsmitglieder, die das private Umfeld der Betroffenen gut kennen, kann in den meisten Fällen sehr schnell und unbürokratisch eine adäquate Lösung gefunden werden. Vielfach kann innert Tagen eine geeignete Privatperson für die Übernahme einer Beistandschaft rekrutiert werden. Ich gebe dazu ein Beispiel aus unserer Vormundschaftsbehörde: Am Tag X erhalte ich ein Telefon von einer verzweifelten, alleinerziehenden Mutter. Es ist bereits Ende November. Ihr Sohn besucht die dritte Realklasse, hat noch keine Lehrstelle und bemüht sich auch nicht darum. Die Mutter kann ihren Sohn diesbezüglich nicht unterstützen, da sie aufgrund von persönlichen Problemen selber überfordert ist und den Überblick total verloren hat. Die Behörde beschliesst einen Beistand zu suchen, es ist uns bewusst, dass wir hier sehr schnell handeln müssen, da es schwierig sein wird, für den Burschen mit dem nicht ganz einfachen schulischen Hintergrund auf den Lehrbeginn eine geeignete Lehrstelle zu finden. Bereits nach neun Tagen erhalte ich die Zusage einer erfahrenen Mutter aus meinem Bekanntenkreis. Da sie selber drei erwachsene Söhne hat, die alle eine Berufslehre absolviert haben, kennt sie sich mit der Lehrstellensuche etwas aus und ist bereit, den Schüler bei der Suche zu unterstützen. Anfänglich ist eine sehr enge, teils wöchentliche konsequente Begleitung durch die Beistände notwendig. Bald hat sich aber schon die Mühe gelohnt. Nach gut drei Monaten erhalten wir die Zusage für eine Lehrstelle für den Burschen. Mittlerweile ist dieser Bursche im zweiten Lehrjahr, hat sich an eine geordnete Tagesstruktur gewöhnt und der Mutter geht es jetzt auch wieder besser. Ich möchte mit diesem Beispiel aus der Praxis aufzeigen, dass in einem Fall wie eben geschildert, einerseits möglichst rasch entschieden werden muss, andererseits kann die Begleitung durch eine erfahrene Person mit gesundem Menschenverstand vielleicht ebenso gut zum Ziel führen wie mit einem Berufsbeistand. Mehr als die Hälfte unserer Mündel werden heute bei uns durch private Mandatsträger betreut.

Es ist uns allen bekannt, dass die Bevölkerung immer älter wird, es müssen somit auch immer mehr Beistandschaften für ältere Personen errichtet werden. Gerade in diesen Fällen leisten Privatpersonen, die das persönliche Umfeld sehr gut kennen und vielfach sogar in der Nähe der Betroffenen wohnen, enorm wichtige Dienste am Mitmenschen. Die Ansprüche an die Mandatsträger werden mit dem neuen Gesetz jedoch grösser. Es ist deshalb zu erwarten, dass sich die Zahl der privaten Mandatsträger massiv reduzieren wird und die Mehrzahl der Fälle an die professionellen Berufsbeistandschaften delegiert wird. Dies wird sicher zu bedeutend höheren Kosten für die Gemeinden führen. Und es ist vielleicht auch nicht ganz im Sinne der Betroffenen.

Zusammenfassend komme ich zu folgendem Schluss: Die geplante Professionalisierung der Behörden und die zunehmende Betreuung von hilfsbedürftigen Personen durch Berufsbeistände mag in sehr komplexen, schwierigen Fällen von Vorteil sein. Ich bin aber dennoch überzeugt, dass für sehr viele einfachere Fälle, wo es primär um menschliche Betreuung, Unterstützung von älteren Personen geht, das heutige System mit den kleinen, überblickbaren Vormundschaftsbehörden und dem Einsatz von privaten Mandatsträgern viel effizienter und näher an den Betroffenen ist. Es würde mich interessieren, ob die Frau Regierungsrätin meine Einschätzungen teilt.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Frau Regierungsrätin.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Der Kommissionspräsident hat bereits sehr kompetent die Eckdaten oder die Eckwerte dieser Vorlage geschildert, ich werde auf diese Punkte jetzt nicht mehr eingehen, sondern dann in der Detailberatung noch einige Ausführungen machen. Für mich ganz zentral ist, wir haben eine Vorlage umzusetzen, es ist eine Umsetzung von Bundesrecht, und uns bleibt für diese Umsetzung nicht sehr viel Zeit. Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen, es gibt ein Vormundschaftsrecht, das ist über hundertjährig und entspricht den gesellschaftlichen, den demographischen, den wirtschaftlichen und auch den rechtlichen Veränderungen nicht mehr Rechnung. Das hat auch der Vormundschaftsverband Graubünden bereits im Jahr 2005 erkannt und hat damals mit 42 zu fünf Stimmen sich für eine Reorganisation ausgesprochen. Also der Verband selbst sah, dass die Lösung auf Kreisebene nicht mehr sachgerecht ist und man sah auch, dass man mit gewissen Fällen in einzelnen Vormundschaftsbehörden eine Überforderung feststellte. Und man sah die Notwendigkeit der Professionalisierung, dies also der Vormundschaftsverband selbst. Auch die Aufsichtsbehörde, das Kantonsgericht, unterstützte und forderte eine Reorganisation und bezeichnete damals die Bezirke als tiefst mögliche Ebene. Seither sind dann zahlreiche Zusammenschlüsse erfolgt, so dass wir heute noch über 17 Vormundschaftsbehörden und über elf Amtsvormundschaften im Kanton verfügen. Der Handlungsbedarf bedeutet aber nicht, und das möchte ich hier ausdrücklich betonen, dass die Arbeiten der heutigen Vormundschaftsbehörden zu Beanstandungen Anlass gegeben hätte. Sie haben ihre Arbeit

gut gemacht, in den Vormundschaftsbehörden wie auch die Amtsvormünder, seien dies auch die privaten Beistände, sie haben ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen gut gemacht.

Aber wir haben eine Vorlage von Bundesrechts wegen, die wir umsetzen müssen, und wir müssen sie auf den 1. Januar 2013 umsetzen. Das heisst, die Kantone haben nicht nur ihr Recht anzupassen, sondern sie haben auch die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen und die künftige Organisation anzupassen. Die zeitlichen und die inhaltlichen Vorgaben des Bundes müssen also umgesetzt werden, wir hätten uns hier in Graubünden gerne einen anderen Zeitplan vorgestellt, wir haben auch interveniert beim Bundesrat zusammen mit anderen Kantonen, dass man die Umsetzung auf einen späteren Termin verschiebt, weil wir in Graubünden in einer Gebietsreform oder in einer Strukturdebatte uns befinden und wir nun gleichzeitig über eine Vorlage und eine Reorganisation des Vormundschaftswesens diskutieren müssen. Uns wäre es auch lieber gewesen, Sie hätten bereits die Gebietsreform diskutiert, man hätte bereits die Strukturen festgelegt. Leider ist nun dies nicht der Fall und wir mussten diese Vorlage parallel zur Gebietsreform erarbeiten. Darum stützen sich dann auch gewisse Ausführungen in unserer Vorlage auf die Botschaften zur Gebietsreform. Aber es ist zutreffend, und ich bitte wirklich, auch im Sinne von Grossrat Nigg, heute hier über diese Vorlage keine Gebietsdebatte stattfinden zu lassen. Über die Gebietsreform werden wir voraussichtlich in der Junisession, spätestens in der Augustsession 2012 beschliessen. Wenn es dann Veränderungen geben sollte hinsichtlich Strukturen, die dann auch Einfluss auf das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht hätten, dann würde dieses Recht, dann würde das EG zum ZGB wieder angepasst werden, also wenn Sie in der Gebietsreform Entscheidungen treffen, die sich nicht mit diesen decken, dann machen wir die Anpassungen. Aber ich werde Ihnen an geeigneter Stelle hierzu noch ein paar Ausführungen machen.

Die hohe zeitliche Dringlichkeit ist gegeben und für uns ist es ganz klar, dass die Verabschiedung dieser Vorlage in dieser Session stattfinden muss und ich kann Ihnen sagen, erst dann beginnt die Knochenarbeit. Es ist nämlich nicht allein damit getan, die gesetzlichen Vorgaben zu beschliessen, sondern wir müssen ganz neue Strukturen schaffen und das ist zum Beispiel der grosse Unterschied zur Justizreform. Bei der Justizreform konnten wir auf bestehenden Strukturen bauen, wir haben nur die Aufgaben umgelagert, also es wurden Aufgaben von den Kreispräsidenten zur Staatsanwaltschaft oder zu den Bezirksgerichten verlagert, aber diese Gebilde bestanden, die Organisationen bestanden. Beim Vormundschaftswesen wird es so sein, dass wir ganz neue Einrichtungen werden schaffen müssen, wir werden eine neue Organisation in unserem Kanton aufziehen müssen und dort gibt es natürlich sehr viele Aufgaben, die an die Hand zu nehmen sind. Erstens einmal der personelle Aufbau. Wir müssen Anforderungsprofile festlegen, Stellenbeschreibungen erarbeiten, man muss diese Stellen in Funktionsklassen einordnen, man muss die entsprechenden Leute rekrutieren. Und hier, Grossrat Kolleger, wir werden das so machen, geplant ist, dass man

eine Projektgruppe zusammenstellt, eine Projektleitung mit einem Ausschuss, dort sind Vertreter aus verschiedensten kantonalen Ämtern dabei, die mitwirken müssen, um die Umsetzung zu machen. Es werden Vertreter vom Vormundschaftsverband auch dabei sein, es werden sicher auch, nehme ich an, so hoffe ich, auch Vertreter des Gerichtes dabei sein. Und dann geht es in erster Linie darum, diese fünf Leiter oder allenfalls Präsidenten der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden zu bestimmen. Und dann muss man gemeinsam mit diesen Personen die Organisation aufziehen. Wir müssen dann zirka 15 Behördenmitglieder wählen und dann in einem nächsten Schritt ungefähr 30 Mitarbeitende für die Behördensekretariate bestimmen. Und das Ganze, das wurde bereits gesagt, das muss parallel zum jetzigen Vormundschaftswesen, das weiterfunktionieren muss, bis Ende Jahr ablaufen. Also wir werden den Wechsel auf den 1.1.2013 vornehmen, aber das heisst nicht, dass wir jetzt alle Dossiers bei den Vormundschaftsbehörden oder Amtsvormundschaften liegen lassen können und uns reorganisieren und dann fahren wir weiter, sondern die Arbeit muss trotzdem weitergemacht werden. Das heisst also, es ist eine riesige Herausforderung, nicht nur an die Projektleitung, sondern es ist eine riesige Herausforderung an alle Mitarbeitenden im Vormundschaftswesen, in den Vormundschaftsbehörden, in den Amtsvormundschaften. Diesen Weg müssen wir gemeinsam gehen. Wir werden viele Details erarbeiten müssen. Wir müssen Büroräumlichkeiten finden, die EDV muss funktionieren, wir müssen das Rechnungswesen neu aufziehen. Man muss sicherstellen, dass die Dossiers dann zeitgerecht übergeben werden.

Es ist also eine grosse Herausforderung an alle und darum sage ich: Jede Verzögerung dieser Vorlage gefährdet eine rechtzeitige Umsetzung des Bundesrechts und darum hat auch die Regierung nach der Vernehmlassung beschlossen, die von ihr präsentierte Lösung fallen zu lassen. Ich bin zwar immer noch überzeugt, dass es die richtige Lösung gewesen wäre, wenn wir eine KESB an verschiedenen Standorten gehabt hätten, dann hätten wir keine territoriale Zuweisung machen müssen, aber ich kann auch sehr gut damit leben, dass wir fünf eigenständige KESB in unserem Kanton errichten. Wir haben gesehen auf Grund von der Vernehmlassung, dass nur diese Lösung tragfähig ist, weil praktisch alle Parteien oder alle grossen Parteien haben sich für fünf Eigenständige ausgesprochen und das war für uns dann von zentraler Bedeutung, dass wir eine politisch tragfähige und breit abgestützte Lösung präsentieren.

Ich glaube Grossrätin Krättli hat darauf hingewiesen, dass eine KESB-Nordbünden allenfalls überfordert sein könnte aufgrund des Einzugsgebiets. Nun, hier erlaube ich mir den Hinweis auf Seite 1022 der Botschaft. Dort können Sie entnehmen, dass die KOKES, das ist die Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz, die haben eine Empfehlung abgegeben und ihre Empfehlung ist ein Einzugsgebiet von 50 000 bis 100 000 Einwohner. Also, wenn wir diese Empfehlung umsetzen würden, dann würden wir im Kanton Graubünden gerademal zwei solche Behörden machen. Es gibt Kantone, die machen eine Behörde für den ganzen Kanton. Also ich denke, mit fünf Kindes- und Erwach-

senenschutzbehörden im Kanton Graubünden werden wir eine gute Ausgangslage haben, eine gute Organisation haben. Selbstverständlich müssen diese Behörden auch genügend dotiert sein, um sich dann dieser Fälle anzunehmen. Das ist eine Frage der Dotierung. Ich glaube nicht, dass wir hier grosse Probleme bekommen, z.B. Zürich sieht Minimal-Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden für 30 000 Einwohner vor. Also das ist das Minimale, wir sind weit davon entfernt. Also, wenn wir das so umsetzen würden, würden wir im Kanton zwei oder drei Kindes-/Erwachsenenschutzbehörden machen, aber nicht fünf. Aber wir machen es. Es wurde politisch ganz klar das Anliegen gebracht. Man will die regionale Verankerung haben, darum werden wir bei fünf eigenständigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden bleiben und ich denke, das ist eine gute Lösung für Graubünden. Es ist vielleicht nicht die ideale Lösung, aber es ist eine gute und tragfähige Lösung.

Grossrätin Krättli wollte noch wissen, ob ich ihre Befürchtungen bezüglich privater Mandatsträger teile. Das ist durchaus möglich, dass es eine Verlagerung gibt, aber dieses Recht und das neue Gesetz werden auch für die privaten Beistände gelten. Es ist überhaupt nicht ausgeschlossen, dass diese nicht weiterhin ihre Arbeit machen können. Es wird dann entscheidend sein, wem die Mandate zugewiesen werden. Das ist ein Entscheid der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, wem sie dann diese Aufträge erteilen, sei dies der Berufsbeistandschaft oder auch den privaten Beiständen. Es ist also nicht ausgeschlossen, die privaten Beistände wird es auch in Zukunft geben. Ob es eine Verlagerung gibt, das kann ich nicht voraussagen. Das ist möglich, aber es ist nicht bei uns eine Intention, dies zu forcieren, sondern wir müssen einfach Bundesrecht umsetzen und das ist nun unsere Vorlage.

Zum Votum von Grossrat Cavegn nur so viel: Er hat seine Ausführungen ganz im Lichte einer Hauptfrage oder einer Kernfrage dieser Vorlage gestellt. Ihm geht es vor allem um die Frage: Soll nun die Aufsicht beim Kantonsgericht oder bei der Regierung sein? Ich kann Ihnen sagen: Es gibt in dieser ganzen Vorlage keinen Antrag, der so gewichtig wäre, dass das Gelingen der Vorlage davon abhängt. Also mit anderen Worten: Ich kann mit allen Entscheiden, die Sie heute hier fällen, kann ich leben, weil was Sie auch immer entscheiden, die Vorlage wird gut sein. Sie wird nicht davon abhängig sein, wir werden sie umsetzen können. Ich kann Ihnen nur sagen, wenn die Aufsicht dann zum Kantonsgericht geht, das ist Ihr Entscheid, wenn Sie das machen, dann werden wir auch die Projektleitung und den Projektauftrag für die Umsetzung an das Kantonsgericht übergeben, weil wir glauben, dass muss die Behörde dann auch machen und umsetzen, die dann anschliessend auch die Aufsicht hat. Aber zu diesem Punkt werden wir noch später kommen.

Grossrat Cavegn hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das Vormundschaftswesen oder der Kindes- und Erwachsenenschutzbereich ein ganz sensibler Bereich ist und hohe Anforderungen stellt an die damit befassten Personen. Je nach Fall, je nach Personen, es geht um Menschen mit Eigenheiten, mit Charakteren, die nicht immer einfach sind, es geht um Menschen, deren Le-

bensstil vielleicht auch nicht unbedingt dem Mainstream entspricht, es geht um Personen, die Hilfs- und Schutzbedürftig sind, die ihr Leben nicht mehr alleine meistern können und die auf den Schutz der Gesellschaft und den Schutz des Staates angewiesen sind und diesen brauchen. Es geht aber auch um Eingriffe in höchstpersönliche Bereiche, um die Einschränkung oder sogar den Entzug von Handlungsfähigkeit, es geht um die fürsorgliche Unterbringung. Er hat absolut recht, hier müssen wir eine gute Vorlage machen, wobei die meisten Vorgaben sind ja im ZGB geregelt, wir setzen jetzt nur das Organisatorische um, wir machen die Ausführungsbestimmungen dazu. Die zentralen Elemente sind im Zivilgesetzbuch geregelt, dort haben wir nichts daran zu rütteln. Es ist ganz klar eine Gratwanderung zwischen möglicherweise zu viel oder auch zu wenig Schutz, darum gibt es einzelne Bestimmungen, wir werden dazu dann noch kommen, wo man durchaus vielleicht auch geteilter Meinung sein kann. Es geht aber auch um den Schutz, um die Verwaltung von erheblichen Vermögen. Ich möchte hier nur eine Zahl anführen, allein die Vormundschaftsbehörde Chur verwaltet 90 Millionen Franken Vermögen. Auch dieses Vermögen muss dann bei der Übergabe dieser Dossiers natürlich auch fachgerecht sichergestellt sein. Auch diese Fragen werden wir in der Umsetzung prüfen müssen. Allein in Chur 90 Millionen Franken, das sind Beträge, die machen einem noch Eindruck.

Ich komme bald zum Schluss, aber ich möchte danken, ich möchte danken all jenen Personen, welche bereits heute diese anspruchsvolle und zum Teil auch wirklich sehr belastende Arbeit in den Vormundschaftsbehörden, in den Amtsvormundschaften nach bestem Wissen und Gewissen und auch mit grossem Einsatz erledigen. Es ist die Absicht der Regierung, ganz klar alle diese Personen, die dann auch fachlich und persönlich geeignet sind, in das neue Vormundschaftswesen, in die neue Organisation zu übernehmen, sofern sie allenfalls auch mit einem höheren Pensum einverstanden sind. Sie werden festgestellt haben, das wir hier einmal eine Vorlage diskutieren, wo es nicht um Stellenabbau geht, sondern hier geht es um einen Stellenaufbau, also wir werden zusätzliche Stellen schaffen, das hat selbstverständlich auch gewisse finanzielle Konsequenzen. Aber grundsätzlich werden also mehr Stellen geschaffen, als heute vorhanden sind und darum glauben wir nicht, dass es zu eigentlichen Härtefällen kommen wird. Wir werden versuchen dieses Know-how nicht zu verlieren.

Diese Änderung des ZGB und auch diese Einführungs-gesetzgebung mögen vielleicht politisch weniger attraktiv sein, als das noch zu diskutierende Schulgesetz, aber auch von diesem werden wir auf Grund der Materie und auch der demografischen Entwicklung wohl irgendwann alle einmal in irgendeiner Form betroffen sein. Sei dies als Auftraggeberin oder als beauftragte Person beim Vorsorgeauftrag, sei dies als beauftragte Person oder als Autor einer Patientenverfügung, sei dies als vertretene oder vertretende Person innerhalb der Familie, sei dies auch vielleicht irgendwann als hilfs- oder schutzbedürftige Person auf Grund des Alters und seiner Folgeerscheinungen oder auch ganz anderen Gründen. Halten Sie sich darum die Wichtigkeit des Kindes- und Erwach-

senenschutzrechts und auch die Anforderungen an die damit befassten Personen in der Detailberatung vor Augen. In diesem Sinne bitte ich Sie auf die Vorlage einzutreten und auch den Anträgen dann auf Seite 1081 zuzustimmen.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Nur kurz eine Entgegnung zu Grossrat Nigg zum Beizug der Sachverständigen: Die Kommissionen haben gemäss Art. 27 des Gesetzes über den Grossen Rat zur Beurteilung der ihnen zugewiesenen Geschäfte das Recht, zweckdienliche Auskünfte einzuholen. Nach Art. 28 lit. c können die Kommissionen im Rahmen ihres Auftrages überdies aussenstehende Sachverständige zu Befragungen beiziehen. Wie Sie der Synopse ansehen konnten, haben Herr Kantonsgerichtspräsident Dr. Norbert Brunner einerseits, er in seiner Funktion als Präsident der zweiten Aufsichtsbehörde im Vormundschaftswesen, sowie Herr Peter Dörflinger, Präsident der Vormundschaftsbehörde Chur, gemäss einem Beschluss der Kommission für Justiz und Sicherheit, sind sie dabei gewesen bei den Beratungen. Ich möchte an dieser Stelle diesen zwei Personen sehr herzlich danken. Sie haben uns Blickwinkel eröffnet, die vielleicht nicht jeder hat. Gewisse Sachen wusste ich auch nicht, ich schätze bei Grossrat Nigg war das auch so. Sie haben sehr gute Inputs gegeben und haben dazu beigetragen, dass wir, so meine ich, eine gute Kommissionsarbeit abgeben konnten.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Voten zum Eintreten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

*Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.*

## Detailberatung

*Standespräsident Bleiker:* Wir kommen zur Detailberatung und wir gehen nach diesem gelben Protokoll vor. Ich werde Ihnen jeweils den Artikel aufrufen und Herr Kommissionspräsident oder die übrigen Mitglieder werden sich dazu melden. Ist dieses Vorgehen so richtig? Wir beginnen mit zweitens, Familienrecht, Art. 36.

## Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB)

### 2. FAMILIENRECHT

#### A. Adoption

#### Art. 36 Abs. 1 und 2

*Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Gemäss Art. 36 Abs. 1 der Vorlage findet der Wechsel der Zuständigkeit für die Adoption vom jetzt vorgesehenen Bezirksgericht zu der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde statt. Die Regierung kommt mit ihrem Vorschlag, so die Botschaft, dem insbesondere von Fachkreisen geäusserten Wunsch



nach und überträgt die Entscheidkompetenz neu der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die in den allermeisten Fällen auch im Rahmen der Pflegekindschaft involviert gewesen ist. Sie tätigt die erforderlichen Abklärungen und entscheidet dann über die Adoption. Nach Art. 36 Abs. 3 haben kommunale, regionale und kantonale Behörden sowie Dritte die Pflicht, die für den Adoptionsentscheid erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Es würde gemäss geltender Gesetzeslage reichen, den Zusatzsatz „das Berufsgeheimnis bleibt vorbehalten“ nicht einzufügen, da es ohnehin gelten würde. Der guten Ordnung und der Klarheit halber wurde dies aufgenommen und von Kommission und Regierung befürwortet.

*Angenommen*

#### **Art. 36 Abs. 3**

*Antrag Kommission und Regierung*

Ergänzen wie folgt:

... Auskünfte zu erteilen. **Das Berufsgeheimnis bleibt vorbehalten.**

*Angenommen*

#### **Art. 36 Abs. 4**

*Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen*

#### **Art. 36a**

*Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Nach Art. 268c des ZGB kann das Kind, welches volljährig ist, jederzeit die Auskunft über die Personalien seiner leiblichen Eltern verlangen. Und vorher erhält es die Auskunft, wenn es ein schutzwürdiges Interesse hat. Dies gebieten die individuellen Menschenrechte jeder Person. Bis anhin gab es keine gesetzliche Regelung zu 268c ZGB. Zuständig war die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen, das Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht. Neu wird die Regierung verpflichtet, auf Verordnungsstufe die Behörde zu bezeichnen, welche das Auskunftsverfahren leitet und das Kind auf Wunsch beratend unterstützt. In Frage kommt das APZ auf Grund seiner Aufsichtsfunktion im Zivilstandswesen oder aber die KESB-Geschäftsleitung gemäss Art. 40 auf Grund der zukünftigen Zuständigkeit der KESB für Adoptionsentscheide. Eine Aufgabenzuweisung an die KESB ist wegen der vorgeschlagenen Organisation nicht zulässig, weil das Bundesrecht eben nur eine kantonale Behörde mit dieser Aufgabe betraut werden darf.

*Angenommen*

### **B. Unterhaltsanspruch**

#### **Art. 37**

*Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Keine Bemerkungen.

*Angenommen*

### **C. Kindes- und Erwachsenenschutz**

#### **Art. 38 Abs. 1**

*a) Antrag Kommissionsmehrheit (7 Stimmen: Tenchio, Dosch, Hitz-Rusch, Kollegger [Chur], Komminoth-Elmer, Rosa, Steck-Rauch; Sprecher: Tenchio) und Regierung*

Gemäss Botschaft

*b) Antrag Kommissionsminderheit (3 Stimmen: Bondolfi, Cavegn, Müller; Sprecher: Cavegn)*

Streichen in lit. a und c:

"ohne Gemeinde Flims" bzw. "und Gemeinde Flims"

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Im Zusammenhang mit Art. 38 erlaube ich mir, Sie nochmals auf die Skizze auf der Seite 1040 der Botschaft hinzuweisen. Abs. 1 setzt die geografische Zuständigkeit um. Es werden fünf Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden vorgesehen. Lit. a: Engadin, Südtäler; lit. b: Mittelbünden, Moesa; lit. c: Nordbünden; lit. d: Prättigau, Davos; und lit. e: Surselva. Wie Sie der Synopse entnehmen konnten, beantragt eine Kommissionsmehrheit und die Regierung lit. c und e gemäss der Botschaft zu verabschieden. Kommissionsmitglieder Bondolfi, Cavegn und Müller beantragen im Zusammenhang mit lit. c und e, die Gemeinde Flims der Region Nordbünden zuzuweisen. Mithin nicht der Region Surselva. Die Kommissionsmehrheit und die Regierung sind der Auffassung, dass Art. 38 Abs. 1 lit. c und e wie von der Regierung und Kommissionsmehrheit vorgeschlagen verabschiedet werden sollte.

Wie ist es zu Art. 38 Abs. 1 lit. c und e gekommen? In diesem Zusammenhang haben wir einen Blick auf die Vernehmlassungsvorlage zur Gemeinde- und Gebietsreform zu werfen, in welcher acht bis zehn Regionen vorgeschlagen werden. In diesem Vorschlag wird die Gemeinde Flims der Region Surselva zugeordnet. Im Rahmen der Erarbeitung des Vernehmlassungsvorschlags zur Regioneneinteilung sind die bisherigen Willenskundgaben einzelner Grenzgemeinden, namentlich im vorliegenden Falle der Gemeinde Flims, auch mitbestimmend gewesen. In den letzten zehn Jahren stand das Thema mehrere Male in Flims auf dem politischen Parkett. Im Jahre 2001 hatte man den Verbleib im damaligen Gemeindeverband Surselva mit 615 zu 294 Stimmen befürwortet. Die Teilrevision der Statuten, Anpassung an das übergeordnete Recht, wurde in der Gemeinde Flims mit 426 Ja- zu 74 Nein-Stimmen angenommen. Im Jahre 2007 wurden die neuen Statuten des Regionalverbandes in einer Regionsabstimmung deutlich angenommen, die Gemeinde Flims lehnte jedoch den Statutenentwurf mit 243 zu 451 Stimmen ab. In der Folge wurde aufgrund dieses Umstandes in Flims eine kommunale Initiative

zum Austritt aus dem Regionalverband Regiun Surselva lanciert. Der Flimser Souverän lehnte anfangs Juni 2008 die Initiative mit 503 Nein- zu 371 Ja-Stimmen ab. Vor diesen Hintergründen hat die Regierung die Gemeinde Flims in der Gemeinde- und Gebietsreformvernehmlassungsvorlage der Regiun Surselva zugeschlagen. Gleiches hat sie in Art. 38 Abs. 1 lit. c und e getan, um die Kongruenz zwischen Gemeinde- und Gebietsreform und der jetzigen Reform herzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte es vermeiden, heute eine Grundsatzdiskussion darüber zu lancieren, ob die Gemeinde Flims zur Surselva oder zu Nordbünden geschlagen werden soll. Wir müssen es aber vor dem Hintergrund des gestellten Minderheitsantrages tun. Ich lehne den Minderheitsantrag zusammen mit der Kommissionsmehrheit und der Regierung vorab aus zwei Gründen ab: Der erste Grund ist jener, dass vorliegende Vorlage und vorliegendes Gesetz keine präjudiziellen Wirkungen in Bezug auf die Gemeinde- und Gebietsreform haben wird. Dies kann Ihnen Frau Regierungsrätin Barbara Janom Steiner auf erstes Verlangen hin ohne weiteres mit Siegel und Lack bestätigen. Sollten wir uns somit dafür entscheiden, dass die Gemeinde Flims zur KESB Nordbünden oder aber zur KESB Surselva geschlagen wird, so wird dies keine präjudizierenden Wirkungen auf die Gemeinde- und Gebietsreform haben. Als zweiten Grund ist anzuführen, dass sollte im Rahmen der Gemeinde- und Gebietsreform eine Änderung der Regioneneinteilung vorgenommen werden, nehmen wir an, wir entscheiden uns heute, wie von der Regierung und Kommissionsmehrheit vorgeschlagen, dass die Gemeinde Flims zur Region Nordbünden geschlagen werden soll und wir uns in ein zwei Jahren dafür, dass die Gemeinde Flims neu zur Regiun Surselva geschlagen werden soll, dann wird das EG zum ZGB, namentlich dieser Artikel, wieder in gleichem Atemzug geändert. Mithin hat die Regierung einen weisen Weg gewählt. Sie will vermeiden, dass eine Änderung in jedem Falle stattfinden muss. Nämlich dann, wenn die Vernehmlassungsvorlage so später zu einem Gesetz erhoben wird, was eher wahrscheinlich ist und dann die Gemeinde Flims von der KESB Nordbünden zur Surselva wechseln müsste. Wir schaffen heute keine präjudiziellen Grundlagen für die Gemeinde- und Gebietsreform. Viel mehr versuchen Regierung und Kommissionsmehrheit Deckungsgleichheit zur Vernehmlassungsvorlage Gemeinde- und Gebietsreform mit der Regioneneinteilung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde hinzubekommen.

Die Kommissionsminderheit wird nun einwenden, dass die Kreisabstimmung vom 24. September 2006 ergeben habe, dass die Amtsvormundschaft aus dem Zweckverband Surselva austreten solle und dem Amtsvormundschafskreis Rhäzüns zugeschlagen werde. Die Regierung und Kommissionsmehrheit respektieren diesen Entscheid. Er ist aber im Rahmen der Abstimmung der vorliegenden Vorlage mit der Gemeinde- und Gebietsreform nur von untergeordneter Bedeutung, auch wenn sich die Abstimmung im Vormundschafswesen ereignet hat. Die Minderheit wird darauf pochen und sagen: Wenn der Kreis bereits entschieden hat, weshalb sollen wir im Grossen Rat anders entscheiden? Die Gemeinde-

und Gebietsreform, meine sehr verehrten Damen und Herren, die wir bald in diesem Rat behandeln werden, wird die Grundpfeiler unseres zukünftigen Staatswesens darstellen. Es wird, so die bisherig mehrheitlich geteilten Ansichten, neben den Gemeinden und dem Kanton eine neue dritte Ebene einführen, nämlich die Regionen. Im Rahmen jener Reform, sofern die heutige Vorlage in Bezug auf die Einteilung der Regionensprengel mit dieser widerspricht, wird kongruent gebracht und korrigiert werden. Die vorliegende Vorlage folgt somit zwingend der Gemeinde- und Gebietsreform in der Einteilung der Regionen, was auch richtig und wichtig ist, denn wir wollen vermeiden, dass die Regionensprengel der Gemeinden die Sprengel der zukünftigen KESB überschneiden. Allein massgebend werden somit die Gemeinde- und Gebietsreform und die dort verabschiedeten Regionensprengel sein. Nun, welche Gedanken und Motive werden wir dann zumal anbringen, wenn wir die Regionen einteilen? Sicher auch mitentscheiden kann eine Kreisabstimmung vor sechs Jahren in Bezug auf die Zugehörigkeit einer Region zu einer Amtsvormundschaft. Dies gebe ich zu. Aber ob ein Gebiet zu den zukünftigen Regionen zugeschlagen wird, wird sich vielmehr auch nach anderen, ebenfalls gewichtigen Kriterien richten: Raumplanung, Tourismus, in concreto weisse Arena, Abfallwesen, Schulwesen und viele weitere Kriterien werden ausschlaggebend sein, zu welcher Region Flims gehören wird. Diese Kriterien, und ich habe Ihnen die entsprechenden Abstimmungen zitiert, lagen der Vernehmlassungsvorlage für die Gemeinde- und Gebietsreform zu Grunde, weshalb sie zu Recht Flims der künftigen Region Surselva zugeordnet hat. Konsequenterweise ist im Rahmen auch der vorliegenden Vorlage, die notwendigerweise auf die zukünftige Gebietsreform abgestimmt werden wird, Flims zur Region Surselva zu schlagen und nicht zur Region Nordbünden. Ich bitte Sie Kommissionsmehrheit und Regierung zu folgen.

*Standespräsident Bleiker:* Ich war mir einen Moment nicht ganz sicher, ob sie nicht auch gleich für die Minderheit gesprochen haben, aber ich glaube nicht. Ich erteile daher Grossrat Cavegn das Wort.

*Cavegn; Sprecher Kommissionsminderheit:* Ich habe tatsächlich Teile meines Referates in den Ausführungen von Grossrat Tenchio wiedergefunden, allerdings wurden sie ziemlich falsch interpretiert und ich werde Ihnen das nun versuchen klarzustellen, weshalb Sie dem Minderheitsantrag zustimmen sollen. Im Art. 38 werden die geografischen Zuständigkeiten der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden geregelt. Es werden diese fünf KESB gebildet, wie wir vorher angetönt haben. Massgebend für die Zuweisung in die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist dabei die heute geltende Bezirkseinteilung. Die heute geltende Bezirkseinteilung. Das können Sie in der Botschaft nachlesen und folgerichtig knüpft die Regelung der territorialen Zuständigkeit im Vormundschafsbereich, der ja eine justiznahe Aufgabe ist und heute bei den Bezirken angegliedert ist bzw. bei den Gemeinden und Kreisen, an den heutigen Strukturen an. Die künftige mittlere Ebene existiert ja

noch gar nicht. Massgabe für den heutigen Entscheid ist eine sinnvolle Aufgabenerfüllung und zwar aufgrund der Kindes- und erwachsenenschutzrechtlichen Bedürfnisse und nicht aus Sicht der Gebietsreform. Niemand will Gebietsreform betreiben, weder Grossrat Nigg, weder die Regierungsrätin, weder Grossrat Tenchio, aber man macht es dann einfach trotzdem. Und diese Gebietsreform, die werden wir im kommenden Sommer unter Berücksichtigung aller Aspekte und auch unter Berücksichtigung der Vernehmlassung der Betroffenen vornehmen. Konsequenterweise hat die Regierung die Bildung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde aus den Bezirken vorgeschlagen. Unerklärlicherweise und nur mit Bezug auf eine einzige Gemeinde, nämlich die Gemeinde Flims, ist sie davon abgewichen. Sie hat, wie dem Botschaftstext zu entnehmen ist, gestützt auf einen eigenen Vernehmlassungsbericht in Sachen Gebietsreform entschieden, dabei natürlich nicht erwähnt, dass überhaupt noch niemand Stellung dazu genommen hat und schon gar nicht die Betroffenen, nämlich die Gemeinde Flims. Wir alle haben von der Gemeinde Flims vor kurzem ein Schreiben erhalten und gesehen, dass Flims von der Einteilung in die KESB Surselva gar nie in Kenntnis gesetzt worden ist und nun darauf negativ reagiert hat. Negativ überrascht vor allem deshalb, weil die Gemeinde Flims vor fünf Jahren eine Abstimmung über die geografische Zugehörigkeit im Vormundschaftsbereich durchgeführt hat. Also letztlich genau über die Frage, die wir heute entscheiden. Die Gemeinde Flims hat am 24. September 2006 im Rahmen einer Kreisabstimmung über den Austritt aus dem Zweckverband Amtsvormundschaft Surselva und den Eintritt in die Vormundschaftsbehörde Rhäzüns/Trins abgestimmt. Das Abstimmungsergebnis ist kaum oder mit nicht zu übertreffender Klarheit ausgefallen, nämlich mit 622 zu 73 Stimmen und damit haben über 89 Prozent diesem Wechsel zugestimmt. Die Gründe für das klare Abstimmungsergebnis haben Sie dem Schreiben der Gemeinde Flims entnehmen können. Natürlich gab es andere Abstimmungen. Aber die haben mit der vormundschaftsrechtlichen Problematik überhaupt nichts zu tun, in keiner Abstimmung war die Alternative Region Surselva oder Region Imboden, sondern es ging letztlich um Kosten im Zusammenhang mit der Abfallbewirtschaftung.

Als ehemaliges Mitglied der Vormundschaftsbehörde der Kreise Rhäzüns und Trins habe ich den Wechsel der Gemeinde Flims ab dem 1. Januar 2007 in die Vormundschaftsbehörde Rhäzüns/Trins miterlebt. Die Überführung konnte ohne nennenswerte Probleme vollzogen werden, die Zusammenarbeit hat sich eingespielt und bewährt. Sie war sachlich und geografisch richtig. Und es entspricht einem ausdrücklichen Wunsch der Gemeinde Flims, nicht noch einmal einen geografischen Wechsel vorzunehmen, jedenfalls nicht zum heutigen Zeitpunkt. Und wenn nun eine Gemeinde in einem Sachgeschäft über seine geografische Zugehörigkeit derart klar abgestimmt hat, geht es nicht an, dass wir dieses Abstimmungsergebnis ignorieren und ohne Not die Rückführung in den alten geografischen Sprengel erzwingen. Ein solches übergehen eines Volksentscheides würde von einem Stimmvolk nicht verstanden. Und schon gar

nicht, wenn der Grosse Rat, der ja eigentlich Sensibilität für derartige Entscheide haben sollte, im Widerspruch zu den sachlichen Kriterien diesen Wechsel von oben herab anordnen sollte. Sollte jemals eine Änderung der Zuteilung erfolgen, dann ist diese im Rahmen einer Gesamtauslegung unter Berücksichtigung aller Umstände bei der Regionenfestsetzung vorzunehmen, nicht aber bei der Umsetzung des Kindes und Erwachsenenschutzrechtes, in welcher aus sachlicher Sicht entschieden werden muss und wo die Bedürfnisse der Gemeinde Flims, so wie sie heute vorliegen, entscheidend sind. Die Regierung hat in der Botschaft auf Seite 1028 selber ausgeführt, dass entsprechende redaktionelle Anpassungen dann vorgenommen werden können. Und ich möchte Sie eindringlich darauf hinweisen, dass bei einer konsequenten Bezirkseinteilung, wie sie im Minderheitsantrag verlangt werden, nämlich das auf Ausnahmen für Gemeinden einfach verzichtet wird, es im Falle eines Wechsels nicht einmal eine redaktionelle Anpassung brauchen würde. Würde die Gemeinde Flims nämlich dereinst der Region oder dem Bezirk Surselva zugeteilt, dann ist diese Formulierung im Gesetzestext bereits enthalten. Und auch aus praktischen Gründen gebietet sich keine Zuteilung von Flims in die Surselva: Es könnte nämlich per 1. Januar 2013 nicht einfach die ganze Vormundschaftsbehörde Rhäzüns und Trins in die KESB Nordbünden integriert werden, nein, man müsste diese aufteilen. Dies um sie bei einem gegenteiligen Entscheid in der Gebietsreform diese wieder zurückzuführen. Und das wäre ein Meisterstück an Bürokratie. Ich beantrage Ihnen daher, die Gemeinde Flims als heutigen Teil des Bezirks Imboden der KESB Nordbünden zuzuteilen und den entsprechenden Änderungen, so wie sie im Minderheitsantrag gestellt werden, zuzustimmen.

*Standespräsident Bleiker:* Mitglieder der Kommission? Grossrat Bondolfi

*Bondolfi:* Kommissionspräsident Tenchio hat in seinen Ausführungen daraufhin gewiesen, das er gerne eine Debatte zur Gebietsreform heute vermieden hätte. Diesbezüglich gilt es allerdings zu präzisieren, dass die Diskussion um die Gebietsreform im Zusammenhang mit dieser Vorlage nicht durch den Minderheitsantrag, sondern vielmehr durch den Vorschlag der Regierung lanciert worden ist. Dieser ist sachlich ungerechtfertigt. Wenn die heutige Bezirkseinteilung als massgebliches Kriterium für die Definition des Einzugsgebiets, der einzelnen KESB herangezogen werden soll, dann ist nicht einzusehen, weshalb dieses Kriterium nicht auch für die Gemeinde Flims gelten soll. Zum anderen, Sie können es drehen und wenden wie Sie wollen, der heutige Vorschlag der Regierung ist für die Zuweisung der Gemeinde Flims im Rahmen der Gebietsreform präjudizierend. Unterstützen Sie den Minderheitsantrag.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Giacomelli.

*Giacomelli:* Im Sinn und Geist der Ausführungen von Grossrat Cavegn möchte ich eigentlich nichts mehr zufügen, er hat alles gesagt. Der Flimser Volkswillen

muss umgesetzt werden und dieser Rat muss diese Angelegenheit hier korrigieren. Ich unterstütze den Minderheitsantrag Cavegn und bitte Sie, diesem zu folgen.

*Wieland:* Ich möchte nur kurz auf den Brief der Gemeinde Flims eintreten, der Ihnen allen zugeschickt wurde. Zum Zeitpunkt, als die Kommission tagte, war dem Amt für Gemeinden und auch der Kommission nicht bekannt, dass eine Volksabstimmung zu dieser Sache stattgefunden hat. Um sich Gehör zu verschaffen, hat die Gemeinde Flims Ihnen allen einen Brief zugesandt, den ich nicht weiter zitieren möchte. Der Kommissionspräsident selber weist in seiner Debatte darauf hin, wenn die Gebietsreform eine andere Einteilung vorsieht, einen Übertritt in die andere Region problemlos möglich ist. Dies kann also auch sein, wenn wir heute Flims zum Bezirk Imboden zuschlagen. Ich bitte Sie, den Volksentscheid der Gemeinde Flims zu respektieren und dem Minderheitsantrag von Herrn Cavegn zu folgen.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Frau Regierungsrätin.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Nun, hätte ich Siegel und Lack dabei, dann würde ich das alles unterschreiben, was der Kommissionspräsident gesagt hat. Leider ist das nicht möglich, der Standespräsident hat darauf hingewiesen, ich könnte allenfalls auch Nagellack nehmen, aber ich glaube nicht, dass Sie da befriedigt wären. Nein, ich möchte einfach zu Protokoll geben, diese Frage, die wir jetzt diskutieren, wenn ich da lange mitdiskutiere, dann befinden wir uns wirklich in einer Gebietsreformdebatte und das wollten wir wirklich nicht. Wir wollten dies auch nicht mit der Ausarbeitung dieser Vorlage. In der Vernehmlassung hatten wir nämlich ein anderes Modell vorgeschlagen, das war genau darum so bestechend, weil wir mit einer KESB und Zweigstellen diese Diskussion nicht zu führen gehabt hätten, wir hätten keine territoriale Zuweisung gebraucht. Da sich nun aber die Vernehmlassung anders zeigte und man sich für drei und beziehungsweise die Mehrheit dann für fünf KESB ausgesprochen hat, mussten wir die Vernehmlassungsvorlage überarbeiten und fünf KESB vorsehen und hier müssen wir eine territoriale Zuständigkeit festlegen und das gilt auch für die Gemeinden. Und bei der Gemeinde Flims war es unklar. Einerseits, gehören sie zur Region Surselva, zum Regionalverband Surselva? Bei der Amtsvormundschaft hat sie sich klar jetzt nach unten, nach Rhäzüns/Trins ausgerichtet. Also hier mussten wir einfach eine Entscheidung treffen und was hat die Regierung gemacht, natürlich das, was naheliegend ist: Um sich nicht selber zu widersprechen, hat sie wie das der Kommissionspräsident auch dargelegt hat, einfach auf die Vorlage, die nun auch in die Vernehmlassung gegangen ist, hat sie sich auf den Vorschlag für die künftige Einteilung der Regionen abgestützt und hat so Flims nun der Region Surselva zugeteilt. Das ist alles. Wenn Sie heute hier entscheiden, ob Flims nach oben gehört oder nach unten gehört, das hat in jedem Fall, ob in die eine Richtung oder in die andere Richtung, keine präjudizierende Wirkung. Sie werden im Juni 2012 die Regionen festlegen müssen. Und sollte dies dann Änderungen haben und

auf diese Vorlage auch Auswirkungen haben, dann werden wir diese Vorlage entsprechend anpassen. Also mir ist es eigentlich egal, was Sie heute hier entscheiden. Entscheiden Sie und wir diskutieren im Juni dann noch einmal über die genaue Regionenzuteilung, es wird auf das Vormundschaftsgewesen primavista überhaupt keinen Einfluss haben, weil die KESB werden erst auf 1.1.2013 aktiv und bei den Amtsvormundschaften haben wir noch zwei Jahre Zeit, nach der Regioneneinteilung diese zu überführen. Also, wir werden diese Diskussion wahrscheinlich noch einmal führen. Und dann müssen wir sie, und das wurde richtig gesagt, im Lichte aller Themenbereiche müssen wir dann die Zuteilungen machen. Wir dürfen nicht einfach einen Teilbereich raus nehmen, nur den Bereich des Vormundschaftswesen und dann entscheiden über Regionenzugehörigkeit, sondern da braucht es die Gesamtschau. Und die Gesamtschau wird Ihnen präsentiert werden mit der Vorlage zur Regionenaufteilung. Darum beende ich diesen Diskurs über die Zuteilung von Flims nach oben oder nach unten, machen Sie, was Sie wollen, wir diskutieren noch einmal darüber, ich kann mit jedem Entscheid leben.

*Peyer:* Werte Anwesende, tatsächlich ist es so, dass sich die Gemeinden Flims und Trin in der Frage, wohin sie gehören, ambivalent verhalten. Sie sind z.B. in der Spitalregion nach Chur ausgerichtet, aber in der Musikschule in die Surselva. Und diese Frage müssen wir klären und zwar tatsächlich bei der Gebietsreform. Jetzt heute entscheiden wir aber ein Sachgeschäft. Und in dieser Sachgeschäftsvorlage haben beide Gemeinden vor Jahren schon sonnenklar entschieden, wo sie hingehören. Nämlich klar gegen Norden, beide Gemeinden zum heutigen Bezirk Imboden. Und es macht nun sachlich überhaupt keinen Sinn, bei dieser Sachvorlage, wo es ja, wie Frau Regierungsrätin ausführt, zu keinem Präjudiz führen wird, nicht um die Gebietsreform geht, also um eine reine Sachvorlage, macht es keinen Sinn, eine einzige Gemeinde von den 178 herauszunehmen und diese aus irgendwelchen Gründen irgendwohin anders hin zu teilen, als dort, wo sie heute schon ist. Wenn wir konsequent sind, belassen wir alle Gemeinden dort, wo sie heute sind und dann folgen wir dem Minderheitsantrag.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, erhält der Sprecher der Minderheit, Grossrat Cavegn, das Wort.

*Cavegn; Sprecher Kommissionsminderheit:* Wenn es der Regierung egal ist, was Sie heute entscheiden, dann entscheiden Sie sich für den Minderheitsantrag. Der Gemeinde Flims ist es nämlich nicht egal.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Ich bleibe bei Kommissionsmehrheit und Regierung. Wir werden im Juni darüber entschieden. Wenn Sie heute dem Minderheitsantrag zustimmen, werden wir sehr wahrscheinlich im Juni diesen Artikel wieder ändern müssen und sonst eben nicht. Sie können sich heute entscheiden.

*Standespräsident Bleiker:* Wir bereinigen Art. 38 Abs. 1 lit. c und e. Wer Kommissionsmehrheit und Regierung

folgen möchte, möge sich bitte erheben. Wer die Kommissionsminderheit unterstützen möchte, möge sich erheben. Sie sind mit 70 zu 24 Stimmen der Kommissionsminderheit gefolgt.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsminderheit mit 70 zu 24 Stimmen.

#### **Art. 38 Abs. 2**

##### *Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

#### *Angenommen*

#### **Grundsatzentscheid betreffend Aufsicht**

*a) Antrag Kommissionsmehrheit* (5 Stimmen: Komminoth-Elmer, Müller, Nigg, Rosa, Steck-Rauch; Sprecher: Nigg) *und Regierung*

Gemäss Botschaft (Aufsicht durch die **Regierung**)

*b) Antrag Kommissionsminderheit* (4 Stimmen: Tenchio, Cavegn, Dosch, Hitz-Rusch; Sprecher: Tenchio)

Die Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wird durch das **Kantonsgericht** ausgeübt.

*Standespräsident Bleiker:* Wir kommen zum Grundsatzentscheid betreffend Aufsicht. Auch hier gibt es eine Mehrheit und eine Minderheit. Dieser Artikel hat dann weit reichende Auswirkungen auf die restlichen Artikel des Gesetzes. Für die Mehrheit spricht der Kommissionspräsident, Grossrat Tenchio.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Nein.

*Standespräsident Bleiker:* Entschuldigung. Sprecher ist Grossrat Nigg.

*Nigg; Sprecher Kommissionsmehrheit:* Sie scheinen ganz überrascht zu sein, dass ich einmal für eine Mehrheit spreche, nicht für eine Minderheit.

*Standespräsident Bleiker:* Das ist Ihre Interpretation.

*Nigg; Sprecher Kommissionsmehrheit:* Die Kommission hat sich sehr intensiv und auch oder trotz mehrmaliger Anhörung des Kantonsgerichtspräsidenten mit knapper Mehrheit für die Variante der Regierung entschieden, wonach die administrative Aufsicht, also die behördliche Verwaltungsaufsicht dem dafür zuständigen Departement zukommt. Erstaunlich eigentlich darum, weil sich die Anwesenden, ich betone, die anwesenden Juristen zur Minderheit bekannt haben und die behördliche Verwaltungsaufsicht dem Kantonsgericht zukommen lassen wollen. Erstaunlich darum, entschuldigen Sie mich bitte, weil wir schon ja in den ersten Stunden unseres staatskundlichen und staatsrechtlichen Unterrichts gelernt haben, dass unsere rechtsstaatliche Demokratie auf der strikten Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exe-

kutive und eben Judikative basiert. Mit dieser Gewaltenteilung ist neben der sachlichen auch die personelle Aufteilung der staatlichen Funktion dieser drei genannten Organe gemeint. Die richterliche Gewalt wird ganz bewusst ausserhalb des staatlichen Raumes angesiedelt, damit die absolute Unabhängigkeit gewahrt wird. Ihr kommt deshalb auch nur eine justizielle Aufsicht oder eine so genannte Justizverwaltung in der Aufsicht zu, indem sie die Gerichte z.B. in Bezug auf die Verfahrensdauer, auch Pendenzenlisten usw. beaufsichtigt. Der Gesetzesentwurf der Regierung sieht diese Gewaltenteilung vor. Es gibt keinen Grund, warum die Gerichtsbehörde plötzlich auch eine Verwaltungsaufsicht haben sollte. Die rechtsstaatlichen Grundsätze sind auch hier einzuhalten und die Unabhängigkeit der Gerichte auch bei der Beurteilung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten muss gewahrt werden. Und Herr Kommissionspräsident, Sie haben im Eintreten erwähnt, dass die Gerichte die einheitliche Rechtsanwendung überprüfen müssen. Dies kann aber nicht mit einer Verwaltungsaufsicht entstehen, sondern ist immer noch über das gerichtliche Urteil durch die Gerichte zu machen.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Im Vernehmlassungsentwurf wurde entgegen der bisherigen Regelung und entgegen der Empfehlung der regierungsrätlich eingesetzten Expertenkommission, wonach das Kantonsgericht von Graubünden als Aufsichtsbehörde zu bestimmen ist, die Regierung als Aufsichtsbehörde vorgeschlagen. Die von der Regierung für diese Lösung vorgebrachten Gründe überzeugen in der Sache leider nicht. In Lehre und Rechtsprechung ist längst anerkannt, dass die Vormundschaftsbehörde bzw. die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde eine justiznahe Behörde ist, welche sich wie die Gerichte an strenge vorgegebene Verfahrensvorschriften zu halten hat. Für die Mitglieder gelten die gleichen Grundsätze wie für Gerichtspersonen, z.B. die Ausstandsgründe. Ich verweise auf PKG 29/98 Nr. 3.: „Der Weiterzug erfolgt direkt an ein Zivilgericht etc.“ In manchen Kantonen sind denn auch unmittelbar Gerichte mit dem Vormundschaftswesen betraut. Entgegen der Auffassung der Regierung folgt aus dem Umstand, dass die KESB nicht formell als Gericht, sondern als Verwaltungsbehörde ausgestaltet ist, nicht zwingend, dass die Aufsicht bei der Verwaltung anzusiedeln ist. Dies zeigt schon die bisherige gewählte Regelung, wonach Zivilgerichte, das Bezirks- und Kantonsgericht, meine Damen und Herren, die Aufsicht über die Vormundschaftsbehörden ausüben. Entscheidend ist somit vielmehr die ausgeübte Tätigkeit mit ihrer Nähe zur Justiz. Das Kantonsgericht ist im Übrigen auch Aufsichtsbehörde über die Betreibungs- und Konkursämter sowie die Schlichtungsbehörden, das heisst von weiteren justiznahen Behörden. Es erlässt Weisungen und Kreisschreiben, prüft und genehmigt in Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle das Budget, die Jahresrechnung sowie allgemeinorganisatorische Belange der Bezirksgerichte etc. Damit wird die Auffassung der Regierung widerlegt, wonach eine Verwaltungsbehörde mit Verwaltungs-, Organisations- und Managementfragen besser vertraut sei. Mehr noch, stellen Sie sich vor, in Zukunft solle nach Auffassung der Regierung ein kantonales

Departement fünf professionalisierten Behörden gegenüber stehen und diese sowie die Geschäftsleitung der genannten Behörden die tagtäglich mit Vormundchaftswesen zu tun haben in diesem Bereich weiterbilden und diese fortbilden, Weisungen erteilen wollen, diese Durchsetzen und implementieren. Welche Weisungen? Weisungen einer Behörde, die mit Vormundchaftswesen bis zum 31. Dezember 2012 noch nie etwas am Hut gehabt hat. Ist es vor diesem Hintergrund nicht schlicht sachlich richtig, jener Behörde die Aufsicht über die justiznahe Behörde zu geben, die bis zum 31. Dezember 2012 die Oberaufsicht über die Vormundschaftsbehörden gehabt hat und ab 1. Januar 2013 erste und einzige kantonale Instanz sein wird, welche alle Beschwerden gegen die genannten Behörden behandeln wird?

Dass ein Gericht als Aufsichtsbehörde besser geeignet ist, folgt auch aus der unbestrittenen Hauptaufgabe, welcher der Aufsicht an sich zukommt. Sie hat nämlich vor allem für eine korrekte und einheitliche Rechtsanwendung zu sorgen. Ich verweise auf die Botschaft des Bundesrates an die Räte, Seite 7074, für das neue Recht zum ZGB sowie auf Seite 1049 zu unserem heutigen zu verabschiedenden Recht. Dies, also die einheitliche Rechtsanwendung, ist die Kernaufgabe der Gerichte. Der Stoff für Weisungen und Kreisschreiben etc. stammt zudem vielfach aus Beschwerdeverfahren, welche bestehende Probleme aufdecken. Es ist schon daher sachgerechter, wenn die Beschwerdeinstanz, welche unbestrittenermassen das Kantonsgericht sein wird, selbst allgemeine Weisungen erlässt, statt der gerichtsfremden Aufsichtsbehörde zunächst das Problem erklären und überzeugen zu müssen, um Remedur schaffen zu können.

Nicht einzusehen ist, weshalb die richterliche Unabhängigkeit ein Problem für die Installierung eines Gerichts als Aufsichtsbehörde darstellen sollte. Ein Konflikt zwischen den Tätigkeiten als Beschwerdeinstanz einerseits und als Aufsichtsbehörde andererseits könnte lediglich dann entstehen, wenn im konkreten Einzelfall zunächst eine Beratung durch die Aufsichtsbehörde stattfindet. Eine Einzelfallberatung wird aber einer professionellen KESB zukünftig ohnehin nicht mehr nötig sein. Aus all diesen Gründen ist es ohne weiteres nachvollziehbar, dass die massgeblichen Fachexperten dezidiert für die Ansiedelung der Aufsichtsbehörde als Inspektorat bei der Beschwerdeinstanz eintreten, so die KOKES, das ist die Schweizerische Konferenz der Kantone in Kindes- und Erwachsenenschutzsachen, in ihren Empfehlungen vom 7. Dezember 2007, der von der Regierung beigezogene Experte Professor Häfeli und die von der Regierung eingesetzte Expertenkommission. Wie Sie sehen, stützt die Kommissionsminderheit ihren Antrag vorab auf sachlichen, nicht auf politischen Gründen. Es besteht kein sachlicher Grund, weshalb die Aufsichtsbehörde, welche bislang als zweite Aufsichtsbehörde durch das Kantonsgericht ausgeübt worden ist, plötzlich zur Regierung überzutreten habe. Die künftige kantonale Finanzierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde dürfte wohl nicht als Grund angeführt werden können, dass die Regierung die Aufsicht über diese Behörden erhält. Auch die unentgeltliche Rechtspflege wird seit kurzem durch den Kanton übernommen. Die Aufsicht über die

Rechtsanwälte obliegt aber nach wie vor der Aufsichtskommission der Rechtsanwälte, welche durch die beiden kantonalen Gerichte gewählt wird und nicht durch die Regierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir persönlich geht es in diesem Zusammenhang um die Sache. Die Lösung Regierung steht diametral allen Gerichtsreformen, und die KESB bleiben auch bei einer Unterstellung unter die Regierung justiznahe Behörden, der letzten Jahre entgegen, bei denen es immer ein Kernanliegen war, dass nur Behörden mit genügender Praxis auf den betreffenden Gebieten entsprechende Kompetenzen erhalten sollen. Aus mir nicht zugänglichen Motiven wird man gerade auf einem sehr heiklen Rechtsgebiet, wo es um Regeln für die Hilfsbedürftigsten unserer Gesellschaft geht, den eigenen Grundsätzen untreu. Das darf nicht sein. Im neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, wie auch im alten Vormundchaftswesen, ging und geht es um den Schutz von Kindern und Erwachsenen vor sich selbst, aber auch gegenüber Dritten. Das materielle Bundeszivilrecht, und das ist hier anzuwenden, sieht Normen vor, die Voraussetzungen schaffen, wann und in welchem Umfang die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden eingreifen haben. Es geht um Anwendung von Recht, in welchem in die Handlungsfähigkeit von natürlichen Personen eingegriffen wird, das sind äusserst heikle Rechtsthemen, die schliesslich die Menschenrechte an sich betreffen. Daher dürfte es nur sachgerecht sein, dass diese justiznahen Aufgaben von einer Behörde überwacht werden, die auch die Beschwerdeinstanz dieser Behörden ist. In vielen Fällen ersieht die Aufsichtsbehörde gerade nur in Beschwerdeverfahren was in den unteren Behörden schief läuft, die dann eine gute Grundlage dafür bieten, Weisungen zu erlassen und die notwendigen Anordnungen zu treffen. Die Regierung als Aufsichtsbehörde zu bestimmen hiesse nichts anderes, ich habe es schon gestreift, als eine neue, in der Materie völlig unerfahrene Behörde als Aufsichtsbehörde einzusetzen, die sich dann die Informationen, stellen Sie sich das vor, vom Kantonsgericht aufarbeiten lassen müsste oder aber ihre Aufsichtsweisungen mit dem Kantonsgericht absprechen müsste, welches im Rahmen der Überprüfungen der Entscheide der KESB als erste und nicht als zweite Beschwerdeinstanz rasch einmal einen grossen Erfahrungsschatz anhäufen wird. Vor dem Hintergrund all dieser vorab sachlich begründeten Motive, drängt es sich geradezu auf, das Kantonsgericht als Aufsichtsinstanz zu bezeichnen. Tun Sie mit der Wahl der richtigen Aufsichtsbehörde einen richtigen Schritt in die richtige Richtung, um Professionalität, welche sich bei den Beschwerdeverfahren anhäuft, auch im Aufsichtsbereich durchschlagen zu lassen. Im Interessen der schutzbedürftigen Kinder und Erwachsenen.

*Rosa:* Permettetemi alcune brevi considerazioni supplementari rispetto a quanto già detto dal collega Nigg. Il compito principale di un'autorità di vigilanza consiste in due tipi di controllo: da un lato quello amministrativo, dall'altro quello materiale. La vigilanza amministrativa è chiaramente un compito che spetta quasi per definizione al Dipartimento, rispettivamente al Governo. Su questo,

credo, siamo tutti d'accordo. Il secondo, la vigilanza materiale, potrebbe per contro in teoria essere assegnata al Tribunale cantonale o al Governo stesso. A favore della proposta del Governo, a mio avviso, oltre a quanto già evidenziato dal collega Nigg, vi sono altre tre ragioni particolari. Le future autorità di protezione degli adulti e dei minori, cosiddette KESB in tedesco, saranno delle autorità specializzate. A capo di queste autorità vi sarà, quasi certamente, un giurista e questo giurista sicuramente verrà impiegato a tempo pieno e come lui gli altri membri o gli altri componenti di queste autorità. Questo significa che le future KESB, e di riflesso tutti i membri, diventeranno dei veri e propri specialisti nell'applicazione del diritto della protezione degli adulti e dei minori. A differenza di oggi, dove abbiamo ancora 17 autorità tutorie, i cui compiti vengono spesso svolti a titolo quasi di volontariato o da persone impiegate con un pensum del 10 o del 20%, un domani avremo dei veri e propri professionisti di questa materia. In questo senso, a mio avviso l'esigenza di una sorveglianza materiale può essere anche un pochino relativizzata. Come secondo motivo bisogna ricordare che una verifica o una vigilanza materiale sulle future KESB avverrà comunque in caso di ricorso. Eventuali errori nell'applicazione del diritto verranno pertanto corretti dal Tribunale cantonale quale autorità di ricorso e le sentenze del Tribunale cantonale verranno, mi auguro almeno, discusse e trattate nelle altre KESB e in particolare dai direttori di queste future KESB, quindi avremo comunque una vigilanza materiale. Terzo ed ultimo punto: ritengo che, pur non essendo autorità di vigilanza, il Tribunale cantonale potrebbe, annualmente o a dipendenza della necessità, redigere dei rapporti contenenti dei suggerimenti o delle proposte all'attenzione di queste cinque KESB o all'attenzione del Governo. Questo significa che al Governo, scusate, al Tribunale cantonale, non sarà sottratta tutta la competenza di esercitare una certa vigilanza. Per queste tre ragioni chiedo che venga accettata la proposta del Governo e la proposta di maggioranza.

*Standespräsident Bleiker:* Obwohl ich vermute, dass Sie pünktlicher zurück wären, wenn wir diesen Artikel nach der Pause bereinigen würden, gedenke ich dies noch vorher zu tun. Weitere Wortmeldungen? Grossrat Cavegn.

*Cavegn:* Stimmen Sie dem Kommissionsminderheitsantrag zu, dies aus zwei Gründen: Erstens, wir reduzieren mit diesem Antrag die Anzahl der im Vormundschaftswesen involvierten Behörden von fünf auf vier, wir reduzieren damit die Bürokratie. Zweitens, aber noch wichtiger, Grossrat Tenchio hat es angetönt, wir haben es mit Eingriffen in die Persönlichkeit zu tun. Bei Eingriffen in die Persönlichkeit hat die kantonale Verwaltung, hat die Regierung, nicht als Aufsichtsbehörde zu fungieren, sondern ist es klassische Aufgabe eines Gerichtes, solche Eingriffe im Aufsichtsverfahren zu prüfen.

*Steck-Rauch:* Stimmen Sie bitte der Mehrheit zu und folgen Sie dem Vorschlag der Regierung. Wie Regierungsrätin Janom in der Eintretensdebatte schon erläutert

hat, ist die Umsetzung und die Aufgleisung dieser neuen Behörde eine aufwändige Sache, in Anbetracht des zeitlichen Drucks wohl eine Herkulesaufgabe. Aus dieser Sicht ist es unerlässlich, das Know-how und die personellen Ressourcen, die im Departement zu Verfügung stehen, für diese Ausarbeitung der Vorlage zu nutzen. Vor allem die Zusammensetzung von interdisziplinären Spruchkörpern, wir sprechen hier von Psychologen, Pädagogen, Juristen, Medizinern usw. erfordert eine umfassende Wissensgrundlage und nicht explizit einen juristischen Hintergrund.

*Müller:* Ich persönlich glaube, dass die Regierung die Aufsicht über die KESB übernehmen kann und vor diesem Hintergrund ist es eigentlich ganz einfach: Aufsicht und Rechtsmittelinstanz müssen im Sinne der Gewaltentrennung getrennt werden. Die Verbindung der gleichzeitig gerichtlichen und der administrativ-fachlichen Aufsicht beim Kantonsgericht gefährdet die richterliche Unabhängigkeit und steht dadurch im Widerspruch zur Gewaltentrennung, sofern man von der KESB als eine Verwaltungsbehörde ausgeht und dass dies der Fakt ist, also dass die KESB eine Verwaltungsbehörde ist, wurde im Kanton Graubünden nie bestritten und zieht sich auch wie ein roter Faden durch die gesamte Schweiz. Die Problematik der fehlenden Gewaltentrennung offenbart sich mir persönlich unter anderem bei Art. 40a, den wir noch behandeln werden. Laut Antrag Kommission und Regierung, den ich übrigens vollends unterstütze, wäre neu die Aufsichtsbehörde und nicht mehr die Geschäftsleitung zentrale Behörde für die internationalen Übereinkommen in den Bereichen des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Man stelle sich die Situation vor, wenn das Kantonsgericht als Aufsichtsorgan einerseits die internationalen Übereinkommen durchsetzen sollte und gleichzeitige eine allfällige Beschwerde prüfen soll. Eine konsequente Kontrolle ist somit nicht mehr möglich. Um diese Kontrolle gut zu gewährleisten und die Kontrolle der Aufsicht gut zu gewährleisten, möchte ich Sie bitten, der Kommissionsmehrheit zu folgen.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Frau Regierungsrätin.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Möglicherweise ist es das einzige Mal, dass ich Ihnen, Herr Kommissionspräsident, widerspreche, sonst sind wir uns, glaube ich, in den anderen Artikel einig, aber ich muss Ihnen widersprechen, wenn Sie behaupten, dass der beauftragte Experte und die Expertenkommission in ihrem Bericht sich für die Aufsicht beim Kantonsgericht ausgesprochen hätten. Das war so nicht der Fall. Der Experte und die Expertenkommission haben festgehalten, dass aus fachlicher Sicht sowohl die Regierung, als auch das Kantonsgericht als Aufsichtsbehörde bezeichnet werden können. Eine knappe Mehrheit der Kommission und der Experte bevorzugten dann das Kantonsgericht. Sie haben es etwas zu pointiert dargestellt, als wäre die Expertenkommission der Auffassung, die Regierung könne das nicht übernehmen. Nun dies ist nicht der Fall. Immerhin meine ich, teilt sich die Regierung und Kantonsgericht die Auffassung, dass trotz der erhöhten Anforderungen

an die Behördenmitglieder diese künftigen KESB eine effiziente und auch eine wirksame Aufsicht benötigen. Sie dürfen sozusagen nicht sich selbst überlassen werden. Ebenso ist es nicht zulässig, und ich betone das hier und ich werde es hinten an anderer Stelle auch noch einmal betonen, die Aufsichtsbefugnisse als solche der Geschäftsleitung zu übertragen. Das schliesst aber die Delegation von gewissen Aufgaben unter Vorbehalt der aufsichtsrechtlichen Zuständigkeit nicht aus. Obwohl die Botschaft des Bundesrates und Lehre die Tätigkeit der Aufsichtsbehörde als allgemeine Aufsicht oder so genannte administrative Aufsicht bezeichnen, erschöpft sie sich nicht darin, sondern umfasst selbstverständlich auch eine gewisse fachliche Aufsicht oder fachliche Aspekte. Grossrat Rosa hat darauf hingewiesen, wir werden in Zukunft hochprofessionelle Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden haben, die in dem Bereich Fachaufsicht weniger zu tun geben werden als die heutige Organisation.

Das Bundesrecht enthält im Moment keine inhaltliche Regelung der Aufsicht. Art. 441 ZGB regelt einzig, dass die Kantone die Aufsichtsbehörden bestimmen müssen und der Bundesrat Bestimmungen über die Aufsicht erlassen kann. Im Moment sind keine bundesrätlichen Ausführungsbestimmungen zur Aufsicht geplant, also wir müssen diese Frage selbst regeln. Die Botschaft spricht von allgemeiner Aufsicht und so genannter administrativer Aufsicht und diese soll vor allem folgende Tätigkeiten umfassen: Sicherstellung von korrekter, einheitlicher Rechtsanwendung, effiziente Organisation, Aus- und Weiterbildung der Behördenmitglieder, Qualitätskontrolle und Qualitätsverbesserung, Erlass von Weisungen, Erteilen von Auskünften, Einschreiten bei fehlerhaftem Tun oder Unterlassen, Einholen von Rechenschaftsberichten, Durchführen von Inspektionen. Nun, meine Damen und Herren, diese Umschreibungen decken sich weitgehend mit jener der allgemeinen, präventiven und repressiven Aufsicht der Regierung über die Verwaltung. Im Rahmen der jeweiligen aufsichtsrechtlichen Befugnisse werden als Aufsichtsmittel insbesondere dann folgende Instrumente erwähnt: Leistungsauftrag und Controlling, Regelung der Organisations- und Verfahrensabläufe, allgemeines Kontroll- und Einsichtsrecht, Kenntnisnahme von Rechenschaftsberichten, personalrechtliche Aufsicht.

Die Regierung ist davon überzeugt, dass die personelle Trennung von Aufsichts- und Beschwerdefunktion die richterliche Unabhängigkeit stärken wird. Wir sind davon überzeugt, dass die Integration in die Verwaltung die administrativen Abläufe vereinfacht, z.B. im Finanz- und Rechnungswesen, im Personalwesen, vor allem auch bei den Anstellungen, im Sicherstellen der Infrastruktur, seien dies Büroräumlichkeiten, Informatik, in der Aufsicht der FIKO, also die Gesamtschau wird sehr viel einfacher werden, wenn die Aufsicht bei der Regierung angesiedelt ist, auch die Gesamtschau bei allfälligen Stellenschaffungen wäre besser gewährleistet. Es müsste selbstverständlich, es wurde auf die Nachteile hingewiesen, der Informationsfluss zwischen der gerichtlichen Beschwerdeinstanz und der Aufsichtsbehörde behördenübergreifend organisiert werden. Ich glaube, das dürften wir durchaus schaffen, dass die Informationen vom

Kantonsgericht auch an unsere Aufsichtsbehörde, also an die Regierung oder an das zuständige Departement, dass diese Informationen ausgetauscht werden können und wir sind überzeugt, dass wir das auch schaffen in der Verwaltung, über das notwendige Fachwissen dann zu gegebener Zeit zu verfügen. Immerhin waren unsere Mitarbeiter in der Lage, eine sehr komplexe Vorlage auszuarbeiten. Wir werden uns in diesem Bereich noch vertiefen.

Uns wurde der Vorwurf gemacht, wir seien so bürokratisch und wir schaffen so viele Behörden. Ich kann mit diesem Vorwurf bestens leben, denn ein Blick in die Schweiz zeigt uns, dass fast alle Kantone die gleiche Lösung vorschlagen. Also, wir haben eine Umfrage gemacht beziehungsweise es gibt eine Übersicht von der KOKES und aus dem Stand 11. November 2011 dieser Übersicht kann man entnehmen, dass nur drei Kantone sich für eine andere Regelung aussprechen. Wir haben im Kanton Thurgau eine geteilte Aufsicht. Das wurde in der Kommission im Übrigen auch noch diskutiert, soll man die Aufsicht teilen, ein Teil Kantonsgericht, ein Teil Regierung? Dort haben wir gesagt, nein, das wollen wir auf keinen Fall, die Regierung hat das ganz klar abgelehnt, weil dann diskutieren wir dauernd, wer jetzt zuständig ist und am Schluss ist es dann doch niemand mehr und die Aufsicht ist nicht sichergestellt. Darum war das für uns absolut keine Lösung. Und dann gibt es gerade noch zwei Kantone, nämlich der Kanton Aargau und der Kanton Schaffhausen. Sie sehen eine gerichtliche Aufsichtsbehörde vor, aber, und jetzt müssen Sie gut zuhören, über die als richterliche Behörde ausgestaltete KESB. Also diese Kantone sehen die KESB als ein Fachgericht vor und dann gibt es eine gerichtliche Aufsichtsbehörde. Also hier haben wir auch ein ganz anderes System. Unsere KESB ist als Verwaltungsbehörde ausgestattet, also sehen wir die Aufsicht auch bei der Verwaltung. Wäre sie als Justizbehörde ausgestattet, so wäre das beim Kantonsgericht. Wir sind überzeugt, dass wir Ihnen eine richtige Lösung vorschlagen, ich glaube nicht, dass die anderen und wir alle derart falsch liegen mit dieser Lösung. Ich glaube, dass die Informationsweitergabe vom Kantonsgericht an die Verwaltung, das ist ein Problem, das können wir im Zeitalter der Elektronik ohne Probleme sicherstellen und man kann das auch bilateral lösen. Ich glaube, es ist ganz klar, der Sprecher der Mehrheit hat darauf hingewiesen, die personelle Trennung ist der wichtigste Aspekt, die Gewaltentrennung ist der Aspekt, der uns zu diesem Vorschlag bewogen hat. Ich bitte Sie, Mehrheit und Regierung zu unterstützen.

*Standespräsident Bleiker:* Gibt es vor den Sprechern von Minder- und Mehrheit noch andere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann erhält zuerst Grossrat Tenchio als Sprecher der Minderheit das Wort.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Tu adduci tre argomenti per dire che il Governo dovrebbe essere l'autorità di sorveglianza. Tu dici che l'autorità per la protezione degli adulti e dei minorenni è già un'autorità specializzata. Per questo motivo non ci vuole un'autorità, diciamo anche specializzata per la sorveglianza di fatto. Questo



punto di vista non si può condividere perché dire che l'autorità di sorveglianza è già specializzata e per questo motivo l'autorità di sorveglianza non dovrebbe esserlo o rispettivamente non è così rilevante come dovrebbe essere la specializzazione dell'autorità di sorveglianza, a mio avviso questo non è un motivo per l'attribuzione della sorveglianza al Governo. Secondo punto: la sorveglianza viene effettuata con le procedure di ricorso, questo è vero, ma ci vuole un'autorità di sorveglianza. Le procedure di ricorso si limitano a un caso in concreto, ma la sorveglianza ha un aspetto più vasto e questo ci vuole e la legge federale ce lo impone. Terzo punto: si potrebbero effettuare dei rapporti, formulare dei suggerimenti che vanno sia al Governo, che a queste autorità per la protezione degli adulti e dei minorenni, ma allora diamo la sorveglianza al Tribunale cantonale, che deve formulare i suggerimenti, portarli al Governo dall'altra parte della casa e dopo il Governo li implementa nelle loro direttive. Ma allora è proprio un "Schildbürgersteich" che stiamo facendo.

Grossrätin Leta Steck, es ist in der Tat eine Herkulesaufgabe. Ich bin einverstanden. Es braucht eine gewisse Umsetzungslogistik. Das ist der Fall für das Jahr jetzt, Ende Jahr und das Jahr 2012 im Wesentlichen. Aber wir entscheiden uns heute über die Aufsichtsbehörde praktisch für alle Zeiten. Und nicht nur für das Jahr 2012. Wenn auch, und das gebe ich vielleicht zu, in der Umsetzungsphase vielleicht die Regierung besser geeignet wäre, diese durchzuführen, muss ich aber zu bedenken geben, das Kantonsgericht ist Aufsichtsbehörde über alle Bezirksgerichte. Das sind grosse Einheiten. Viele Richter, viele Stellen, die immer wieder zu besetzen sind, organisatorische Fragen, die zu klären sind. Und das Kantonsgericht, Sie können das den Berichten der Aufskommission, dem blauen Bericht jeweils Ende Jahr des Kantonsgerichts entnehmen, wo sie Bericht erstatten über die Bezirksgerichte. Das Kantonsgericht wird eine einwandfreie Aufsichtsbehörde über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sein, wenn Sie ihm das heute zuweisen.

Grossrat Müller, Sie sagen, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, das sei allgemein anerkannt, sei eine Verwaltungsbehörde. Ich bin einfach nicht dieser Auffassung. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde setzt Bundeszivilrecht um. Ob jetzt die Regierung Aufsichtsbehörde ist, ob das Kantonsgericht Aufsichtsbehörde ist, ob der Vorsteher nun Präsident heisst oder Leiter, das spielt alles keine Rolle. Sie wenden Bundeszivilrecht an. Sie wenden an: Wann muss eine Person ihrer Handlungsfähigkeit beraubt werden? Unter welche Beistandschaft muss ich sie stellen? Umfassend oder weniger? Und das sind Rechtsfragen, die sich stellen. Und nicht Fragen zivilstandsrechtlicher Art und Weise, wo es z.B. um Eintragungen geht, wo es um Umsetzung von Recht geht, von öffentlichem Recht geht. Das sind zivile Fragen, Fragen des Zivilrechts. Und deshalb erheischt diese Tatsache, und das ist in der ganzen Schweiz so, erheischt diese Tatsache eine gerichtliche Aufsicht. Es ist in der Tat so, Frau Regierungsrätin, dass viele Kantone sich für eine Verwaltungsaufsicht entschieden haben. Ja, da können Sie nicken, das ist so. Aber das ist historisch so gewachsen in diesen Kantonen.

Die haben keinen Wechsel vollzogen. Im Kanton Graubünden, in überwiegender Art und Weise, im Kanton Graubünden haben wir immer das Kantonsgericht gehabt als zweite Aufsichtsbehörde in Vormundschaftssachen. Das dürfen Sie nicht vergessen. Wir brechen mit unserer Tradition, indem das Kantonsgericht Aufsichtsbehörde über die Vormundschaftsbehörden gewesen ist, wenn wir heute die Regierung wählen. Das ist ein Bruch. Wenn Sie diesen wollen, können wir diesen heute beschliessen. Ich würde es für verfehlt halten, auch in sachlicher Hinsicht. Folgen Sie der Minderheit.

*Nigg; Sprecher Kommissionsmehrheit:* Ich kann mich natürlich in einer italienischen Trattoria besser auf Italienisch verständigen, als hier im Grossen Rat und beschränke mich darauf, meine kurzen Ausführungen auf Deutsch zu machen. Grossrat Tenchio hat sehr eingehend, breit, tiefgreifend, tiefeschürfend und lange argumentiert. Er scheint sich seiner Sache selber nicht mehr so ganz sicher zu sein. Seine Ausführungen über die unverantwortlichen Eingriffe in Persönlichkeitsrechte durch Verwaltungsstellen überzeugen überhaupt nicht. Es gibt noch andere Verwaltungsstellen im Kanton und Gemeinden, wo der Persönlichkeitsschutz gewahrt werden muss. Ich bleibe trotz seinen Ausführungen bei meinem rechtsstaatlichen Verantwortungsbewusstsein, auch trotz der Ausführungen des Kantonsgerichtspräsidenten anlässlich der Kommissionssitzung. Ich bleibe bei meinem rechtsstaatlichen Verantwortungsbewusstsein und will nicht, dass die Verwaltung Opfer wird der Gewaltenteilung. Ich bitte Sie, dem Mehrheitsantrag zu folgen.

*Standespräsident Bleiker:* Kann ich davon ausgehen, dass wir bereinigen können? Wer Kommissionsmehrheit und Regierung unterstützen möchte, möge sich erheben. Wer die Kommissionsminderheit unterstützen möchte, möge sich erheben. Sie sind mit 75 zu 26 Stimmen Kommissionsmehrheit und Regierung gefolgt. Wir schalten hier eine Pause ein bis 16.35 Uhr.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat folgt in der Grundsatzfrage der Aufsicht dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 75 zu 26 Stimmen.

*Standespräsident Bleiker:* Darf ich Sie bitten, in den Saal zu kommen und Platz zu nehmen? Wir sind noch nicht beschlussfähig. Wir fahren fort mit den Beratungen. Durch den vor der Pause gefällten Entscheid ist der Änderungsantrag bei Art. 38 Abs. 3 überflüssig geworden. Wir kommen zu Art. 39.

#### **Art. 38 Abs. 3**

##### *Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

##### *Angenommen*

**Art. 39**

*Antrag Kommission und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Hier wird das Prinzip verankert, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden neu kantonale Behörden sind mithin nicht wie bisher Vormundschaftsbehörden, die von den Kreisen und materiell von den Gemeinden getragen werden.

*Angenommen*

**Grundsatzentscheid zu Art. 40**

*a) Antrag Kommissionsmehrheit (7 Stimmen: Tenchio, Dosch, Hitz-Rusch, Komminoth-Elmer, Müller, Rosa, Steck-Rauch; Sprecher: Tenchio) und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*b) Antrag Kommissionsminderheit (2 Stimmen: Cavegn, Nigg, Sprecher: Cavegn)*

**Streichen**

*Standespräsident Bleiker:* Hier haben wir eine Mehrheit und eine Minderheit. Für die Mehrheit spricht Grossrat Tenchio.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Die Schaffung einer koordinierenden Geschäftsleitung entspricht dem Wunsch der Vernehmlassungsadressaten, vorab aus Fachkreisen. Die Geschäftsleitung setzt sich aus fünf Leiterinnen und Leitern der KESB zusammen. Sie nimmt all jene Aufgaben wahr, die Sie vorab in Abs. 2 ersehen können. Es handelt sich in erster Linie um Koordinationsfragen und die Entwicklung einer einheitlichen Praxis. Daneben hat die Geschäftsleitung eine fachgerechte Aus- und Weiterbildung der Behördenmitglieder zu gewährleisten. Regierung und Kommissionsmehrheit beantragen Ihnen, den Artikel wie vorgeschlagen zu verabschieden. Eine kleine Minderheit wünscht den Artikel zu streichen. Meines Erachtens zu Unrecht.

*Cavegn; Sprecher Kommissionsminderheit:* Wir erreichen nun den Bergpreis der Bürokratie. In Art. 40 wird nebst den anderen vier Behörden eine weitere Behörde kreiert vom Gesetzgeber, die es schlicht und einfach nicht braucht, nämlich die Geschäftsleitung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, sich zusammensetzend aus allen Leitern der fünf KESB. Wenn Sie den Aufgabenkatalog von Art. 40 sich einmal zu Gemüte führen, von Art. 40 Abs. 2 vor allem, dann sehen Sie darin, dass dies alles Selbstverständlichkeiten sind. Dafür braucht es nun wirklich keine Behörden. Es braucht keine eigenen Behörden für eine Koordination und Zusammenarbeit für die Regelung der behördenübergreifenden Stellvertreter für Informations- und Verfahrensaustausch. Es braucht keine Behörden mit einem Sekretariat und keine Behörden, die dann sich gegenüber dem Departement vertreten lassen muss. Ich weise Sie darauf hin, wir haben mit den Bezirksgerichten heute elf Behörden, elf Gerichtsbehörden. Die haben auch keine Geschäftsleitung, die die entsprechenden Aufgaben, wie

in Art. 40 in einer Geschäftsleitung lösen. Das ist Sache zwischen den Gerichten einerseits und der Aufsichtsbehörde andererseits. Ich mache Sie allerdings noch darauf aufmerksam, dass das ZGB, das Zivilgesetzbuch, welches ja die Umsetzung dieses Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes fordert, diese Geschäftsleitung gar nicht kennt. Und so weit die Geschäftsleitung Aufgaben aus dem ZGB übernimmt, ist diese meines Erachtens bundesrechtswidrig. Und ich warne Sie auch davor oder vor Art. 40 Abs. 2 lit. b., wonach der Geschäftsleitung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde die Entwicklung einer einheitlichen Praxis übertragen wird. Das heisst nichts anderes, als dass die Geschäftsleitung Richter spielt, Richter spielt in Ermessenfragen, welche die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden im Einzelfall zu entscheiden haben und wenn man damit nicht einverstanden ist, halt dann den gerichtlichen Weg beschreiten muss. Aber die Geschäftsleitung, also eine Verwaltungsbehörde, hat diese einheitliche Praxis nicht festzulegen. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern an die Volksinitiative gegen Bürokratie. Es wäre an der Zeit, jetzt Taten einmal an den Tag zu legen und ich hoffe, dass es nicht nur bei der Theorie bleibt in dieser Volksinitiative.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Mitglieder der Kommission zu Art. 40? Allgemeine Diskussion? Grossrat Pfäffli.

*Pfäffli:* Ratskollege Cavegn hat es mehrmals betont, bei diesem Gesetz da schaut uns die Bürokratie immer wieder entgegen und bei diesem Artikel bin ich der Ansicht, da lacht sie uns direkt an. Wenn Sie Formulierungen wie Informations- oder Erfahrungsaustausch, der der Geschäftsleitung obliegt oder wenn Sie in Art. 40 Abs. 3 lesen, dass Qualitätsentwicklungen und Qualitätsstandards festgelegt werden sollten, meine Damen und Herren, dann ist das eigentlich das Fundament, aus dem Bürokratie und Reglementierung entsteht. Es ist der Stoff, aus dem Formulare entstehen, aus dem Checklisten entstehen, aus dem Leitfäden entstehen und unnötige Berge von Papieren stehen. Ich unterstütze deshalb die Kommissionsminderheit und bitte Sie, diesen Artikel zu streichen.

*Bucher-Brini:* Da der Standespräsident den ganzen Artikel gleich in einem zusammenfasst, spreche ich jetzt zu Art. 40 Abs. 3. Da wird festgelegt, dass die KESB dem Departement Vorschläge zur Festlegung von Standards macht sowie zur Qualitätsentwicklung und zur Qualitätssicherung. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Punkt hinweisen, welcher in der Botschaft zwar nicht erwähnt wurde, aber in der Praxis wichtig ist. Unter den Abs. 3 fällt meines Erachtens unter anderem auch die Sicherstellung von qualitativ guten und professionellen Gutachten. Die Abklärungen eines Gutachtens können einschneidende Konsequenzen für den oder die Betroffene haben. Deshalb ist es wichtig, dass Gutachter die notwendigen fachspezifischen Aus- und Weiterbildungen auch mitbringen. Die Realität zeigt, dass dies leider nicht immer der Fall ist. Insbesondere muss der Finger auf diese Qualitätssicherung gelegt werden, da die Personaldecke der Gutachterinnen und Gutachter

gering ist. Eine Gutachterin oder ein Gutachter muss als Arzt den Titel des Facharztes für Kinder- oder Jugendpsychiatrie mitbringen oder den Facharzt für Erwachsenenpsychiatrie. Ebenso kann er oder sie als Psychologe den Titel Fachpsychologe für Psychiatrie oder Fachpsychologe für Rechtspsychologie mitbringen. Zusätzlich sind vertiefte Kenntnisse und Fähigkeiten in der Gutachtentechnik und -methodik, spezifisch des Zivilrechts, sowie wichtige juristische Kompetenzen nachzuweisen. Sie sehen, meine Damen und Herren, mit meinen Ausführungen, welche nicht abschliessend sind, wie komplex die Materie und wie anspruchsvoll die Aufgaben eines Gutachters oder einer Gutachterin sind. Da, wie bereits erwähnt, Gutachter mit den nötigen Qualifikationen in beschränkter Anzahl zur Verfügung stehen, rege ich an, dass die Behörde eine Liste mit anerkannten Gutachterinnen und Gutachtern erstellt. Einerseits kann so die Qualität der Gutachter anhand der erforderlichen Kenntnisse und der notwendigen Tiefe sichergestellt werden. Andererseits können alle Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden auf eine Liste mit anerkannten Gutachtern zurückgreifen. Diese Möglichkeit vereinfacht die Arbeit und ist aus fachlicher Sicht wünschenswert. Ich bitte die Regierung, meine Bemerkungen wohlwollend zu prüfen und in die Verordnung einfließen zu lassen.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Frau Regierungsrätin.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Zunächst zur Anregung von Grossrätin Bucher: Wir werden dies gerne aufnehmen. Genau solche Fragen müssen geklärt werden. Damit meinen wir ja einheitliche Standards, oder? Also wir haben z.B. heute 17 Vormundschaftsbehörden und offensichtlich gibt es eine Empfehlung des Vormundschaftsverbands zur einheitlichen Kostenerhebung durch die Vormundschaftsbehörden im Kanton Graubünden. Und wir stellen fest, dass gerade einmal drei Amtsvormundschaften diese Empfehlung übernommen haben. Das heisst, in diesem Bereich gibt es offensichtlich eine ganz unterschiedliche Praxis in unserem Kanton. Man kann sagen, ja gut, das ist uns gleich. Aber es gibt Bereiche, die sind uns nicht egal. Hier müssen Standards gesetzt werden. Und das ist auch die Idee dieser Geschäftsleitung. Es ist wie bei den Bezirksgerichten. Dort gibt es auch eine Bezirksgerichtspräsidentenkonferenz, die sich genau über solche Fragen unterhält und die dann auch dafür sorgen soll, dass man einheitlich im Kanton Standards legt, Abläufe festlegt, Kosten festlegt, Empfehlungen abgibt und das kann wahrscheinlich schon nicht sein, wenn dann eine KESB Nordbünden ganz unterschiedliche Standards hat als eine KESB in Südbünden oder im Engadin. Das kann doch einfach nicht sein.

Wir geben hier ein Grundraster vor, wie wir diese KESB und die Organisation festlegen wollen. Damit liegen wir im Bereich dessen, was wir nach Bundesrecht dürfen. Wir widersprechen überhaupt nicht Bundesrecht, Grossrat Cavegn. Wir haben diese Kompetenz, die Organisation zu regeln. Es geht um nichts anderes. Hier setzen wir den Grundraster. Und ich meine, es macht doch Sinn,

wenn sich die Leiter dieser KESB treffen und diese Vorgaben, wie wir sie jetzt gemacht haben, in diesen Vorgaben sich einig werden und ihr Präsident oder beziehungsweise der Vorsitzende ist dann ja auch das Bindeglied zum Departement. Weil es kann wahrscheinlich nicht sein, dass fünf Vorsitzende vom KESB dann die direkte Verbindung zum Departement haben. Darum wollten wir aufzeigen mit dieser Geschäftsleitung, wie die Organisation sein soll, was im Minimum von der Geschäftsleitung übernommen werden muss und auch geregelt werden muss. Das muss geregelt werden, Grossrat Pfäffli. Es ist mir gleich, ob wir das ins Gesetz schreiben oder in die Verordnung. Wir werden letztlich das so umsetzen müssen und das ist das Minimum an Aufgaben, die koordiniert werden müssen zwischen diesen KESB bei uns im Kanton.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es hier, der Präsident hätte das dann sicher auch gemacht, aber wir haben da noch einen Einschub im Abs. 1. Es würde heissen, der Geschäftsleitung obliegen unter Vorbehalt der Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde insbesondere folgende Aufgaben. Ich habe bei meinem Eintretensvotum bereits darauf hingewiesen, es geht nicht darum, dass die Geschäftsleitung der KESB aufsichtsrechtliche Aufgaben übernimmt. Die Aufsicht wurde jetzt geklärt wo sie liegt. Die wird von der Regierung wahrgenommen. Aber es geht darum, dass gewisse organisatorische Aufgaben von dieser Geschäftsleitung übernommen werden, um das besser zu koordinieren, damit wir eine Praxis in unserem Kanton haben. Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit und Regierung zu folgen.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen zum Grundsatz? Dann erteile ich dem Sprecher der Minderheit, Grossrat Cavegn das Wort.

*Cavegn; Sprecher Kommissionsminderheit:* Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen. Vielleicht eine kleine Bemerkung zur Bundesrechtswidrigkeit: Wenn wir den Vorschlag der Regierung von Art. 40a übernehmen, dann kommt der Geschäftsleitung die Aufgabe zu, als Behörde Vollstreckungsbehörde bei Kindesrückführungen zu spielen. Und dann ist man nicht mehr im administrativen Bereich oder im informellen Bereich, sondern man übernimmt eine Behördenaufgabe. Und eine solche Behörde ist im ZGB entweder die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde oder die Aufsichtsbehörde, aber nicht eine Geschäftsleitung. Und damit wäre meines Erachtens diese Behörde, wenn sie denn so handeln würde, bundesrechtswidrig. Im Übrigen verpassen wir überhaupt nichts, wenn wir diese Geschäftsleitung streichen. Es ist natürlich nicht verboten, miteinander zu reden, auch wenn es diesen Artikel nicht gibt. Aber wenn man die Bestimmung ansieht, dann regelt man einfach Selbstverständlichkeiten. Die Behörde beschäftigt sich mit sich selber und beschäftigt, Grossrat Pfäffli hat das treffend ausgeführt, auch noch andere über Gebühr. Sie bringt nichts, kostet viel und damit gehört sie nicht in das Gesetz.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Es wurde jetzt an einigen Stellen dargelegt, ja wir lachen der Bürokratie ins

Gesicht. Ich glaube, das ist hier nicht der Fall. Mit Art. 40 wird, wenn Sie das wollen, formell ein Gremium geschaffen, welches Koordinationsaufgaben wahrzunehmen hat, was sinnvoll ist in der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, gerade auch vor dem Hintergrund des wertvollen Beitrages von Grossrätin Bucher. Beispiel in Kinderschutzangelegenheiten: Ist es von eminenter Bedeutung zu wissen, an welche Gutachterinnen und Gutachter sich man z.B. bei sexuellen Übergriffen zu wenden hat, um abzuklären, von wem hat der sexuelle Übergriff beispielsweise stattgefunden. Aber diese Geschäftsleitung, diese wird nicht mehr Kosten verursachen meines Erachtens. Das sind die Leiter der fünf Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Die werden sich ein halbes Dutzend Mal pro Jahr treffen, um Richtlinien zu verabschieden, einen Erfahrungsaustausch zu machen. Ich glauben nicht, dass die jetzt mehr in Rechnung stellen werden. Das ist Teil ihrer Aufgabe, wird Teil sein ihres Stellenprofils. Also in kostenmässiger Hinsicht müssen Sie hier keine grossen Befürchtungen hegen. Sie werden auch nicht Richter spielen, Grossrat Cavegn. Sie werden keine Einzelfallentscheidungen treffen. Sie werden Richtlinien und Koordinationsfunktionen übernehmen, welche alle Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden einheitlich betreffend. Und das zum Wohle der Rechtsunterworfenen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel sagen: Wir haben in der Schweiz viele Ausländerämter. Und es ist in der Tat so, ich hatte einmal einen Fall im Kanton Graubünden, da wurde der Betreffende verurteilt in Drogensachen. Er wurde des Landes verwiesen im Kanton Graubünden. Also gab es einen Entscheid und er hat dann den Wohnsitz in den Kanton Zürich verlegt und das Amt für Migration des Kantons Zürich hat bei jener Verurteilung keine Wegweisung verfügt. Also eine einheitliche Praxis besteht heute nicht in dieser Beziehung. Und das will die Geschäftsleitung versuchen zu verhindern innerhalb des Kantons, damit diese fünf Behörden in gewissen Fragen einheitliche Praxen entwickeln. Das ist sinnvoll und so umzusetzen. Ich bitte Sie, Kommissionsmehrheit und Regierung zu folgen.

*Standespräsident Bleiker:* Wir bereinigen Art. 40, Grundsatz. Wer Kommissionsmehrheit und Regierung folgen möchte, möge sich erheben. Wer der Kommissionsminderheit folgen möchte, möge sich erheben. Sie sind Kommissionsmehrheit und Regierung mit 54 zu 34 Stimmen gefolgt.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 54 zu 34 Stimmen.

#### **Art. 40 Abs. 1**

*Antrag Kommission und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*Angenommen*

#### **Art. 40 Abs. 2**

*Antrag Kommission und Regierung*

Ergänzen Einleitungssatz wie folgt:

Der Geschäftsleitung obliegen **unter Vorbehalt der Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörde** insbesondere folgende Aufgaben:

*Standespräsident Bleiker:* Somit kommen wir zum Eventualantrag. Der Minderheitsantrag ist abgelehnt worden. Die Aufsicht bleibt bei der Regierung. Es kommt somit zu Art. 40 Abs. 2, Einleitungssatz. Kommission und Regierung beantragen Ihnen hier eine Änderung. Herr Kommissionspräsident.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Ja, Sie ersehen die Änderung aus der Synopse. Es wird einfach die Einschränkung zugunsten der Aufsichtsbehörde, jetzt der Regierung, wie wir vorhin entschieden haben, gemacht. Das dürfte klar sein. Also die Kompetenzen der Aufsichtsbehörde dürfen zu den Koordinationsaufgaben der Geschäftsleitung nicht im Widerspruch stehen, wenn eine Kompetenz der Aufsichtsbehörde da ist. Dann geht diese vor. Jedenfalls ist es so, dass die Regierung auch dann gegen die Geschäftsleitung entscheiden kann und beispielsweise in einem Punkt eine einheitliche Praxis anordnen kann, wenn die Geschäftsleitung anderer Meinung ist. Die Kompetenz der Aufsichtsbehörde geht jedenfalls vor.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Äusserungen zu Art. 40 Abs. 2, Einleitungssatz? Nicht bestritten. So beschlossen.

*Angenommen*

#### **Art. 40 Abs. 3 und 4**

*Antrag Kommission und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*Angenommen*

#### **Art. 40a**

*Antrag Kommission*

**Einfügen nach Art. 45** mit folgender Änderung in Abs. 1:

Die **Aufsichtsbehörde** ist zentrale Behörde ...

*Antrag Regierung*

Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Art. 40a, welcher vor dem Hintergrund einer systematischen Überlegung eine neue Artikelnummer erhalten wird, besteht eine kleine Differenz zwischen Regierung und einstimmiger Kommission. Um was geht es? Seit 2009 gilt für die Schweiz das Haager Kinderschutz- und Erwachsenenschutzübereinkommen. Ziel ist es, den Schutz von Kindern und Erwachsenen in internationalen Verhältnissen zu verbessern. Die Umsetzung in der Schweiz erfolgt durch das

Bundesgesetz über die internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen. Aufgrund dieser Rechtsgrundlagen haben die Kantone eine so genannte zentrale Behörde, Zentralbehörde, für die beiden internationalen Übereinkommen sowie eine Vollstreckungsbehörde für die Kindesrückführung zu benennen. Die einstimmige Kommission hält dafür, dass die Aufsichtsbehörde den Vollzug der konkreten, richterlich angeordneten Vollstreckungsmassnahmen durchzuführen hat. Eine Geschäftsleitung von fünf Vorstehern von Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, welche sich periodisch vielleicht fünf bis sieben Mal im Jahr trifft und vorab Koordinationsfunktion inne hat, ist für eine derartige Aufgabe, die unmittelbar, auch mitunter schnelles Handeln erheischt, schlichtweg nicht geeignet. Vor diesem Hintergrund ist eine Behörde zu bezeichnen, welche zumindest an Werktagen schnell erreichbar ist und die nötige Infrastruktur zur Verfügung hält, um auch rasch intervenieren zu können. Lehnen Sie den regierungsrätlichen Vorschlag ab und stimmen Sie mit einstimmiger Kommission auch im Sinne eines reibungslosen Ablaufs von internationalen Kindes- und Erwachsenenschutzfällen zu.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Frau Regierungsrätin, sozusagen als Minderheit.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Gut, die Minderheit spricht nun. Die Minderheit bleibt bei der Botschaft. Wir haben auch diskutiert in der Kommission, dass diese Fälle äusserst selten sind. Also der Präsident der Vormundschaftsbehörde Chur, der grössten Behörde in Kanton, hat bestätigt, dass ihm so ein Fall in seiner ganzen Laufbahn noch nicht begegnet ist. Also das sind äusserst seltene Fälle, sie kommen nicht einmal jährlich vor, sondern vielleicht im Mehrjahresrhythmus gibt es einmal so einen Fall. Und wenn so ein Fall auftaucht, dann ist es durchaus auch möglich, mit einer Geschäftsleitung allenfalls telefonisch, in Telefonkonferenz sich hierüber auszutauschen. Wir sind der Auffassung, dass die Geschäftsleitung nach wie vor das richtige Gremium ist.

Wir können diese Zuständigkeit nicht einer KESB zuweisen, das geht nicht, weil es muss eine einzige zentrale Behörde sein und wir können auch nicht einfach sagen, eine KESB ist diese zentrale Behörde, dann würden wir sie hervorheben gegenüber den anderen KESB. Also diese Möglichkeit gibt es nicht, darum glauben wir, dass, weil wir ja die Geschäftsleitung gesetzlich verankert haben, glauben wir, dass wir die Geschäftsleitung auch für diese Aufgabe einsetzen können. Und da es um äusserst seltene Fälle geht, sollte es auch möglich sein, wenn ein solcher Fall eintritt, dass man sich auch rasch austauschen kann. Also wie gesagt, wir bleiben dabei. Sollten Sie aber der Kommission zustimmen und die Geschäftsleitung ersetzen durch die Aufsichtsbehörde, dann würde ich Sie gerne darauf hinweisen, dass das noch weniger Sinn macht. Die Aufsichtsbehörde ist die Regierung und es ist wahrscheinlich kaum die Regierung die zentrale Behörde, die sich dann für diese Aufgabe

einsetzen muss. Dann würde ich beliebt machen, wenn Sie also für den Antrag der Kommission sind, dass Sie dann den Wortlaut ändern: „Die Regierung bezeichnet die zentrale Behörde...“ Und selbstverständlich werden wir dann, die Regierung, wenn wir dann die zentrale Behörde bezeichnen, der Diskussion hier im Grossen Rat Rechnung tragen und nicht wieder die Geschäftsleitung damit beauftragen. Das ist klar, da werden wir uns dann daran halten. Aber Sie können nicht hier einfach „die Aufsichtsbehörde“ schreiben, weil Sie haben die Regierung zur Aufsichtsbehörde gemacht und die ist nun ganz sicher nicht zuständig für diese Fragen. Also zuerst müssen Sie entscheiden, wollen Sie der Kommission folgen oder bleiben Sie bei der Botschaft. Ich sage Ihnen bleiben Sie bei der Botschaft. Wir können das durchaus vertreten. Wenn Sie sich für die Kommission entscheiden, dann bitte, Herr Präsident, stellen Sie doch den Antrag, dass man dies umformuliert. Die Regierung wird dann eine Behörde bezeichnen und es wird dann nicht die Geschäftsleitung sein.

*Standespräsident Bleiker:* Herr Präsident, jetzt sind Sie gefordert.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Ja, Herr Standespräsident. Es geht um den Vollzug von Vollstreckungsmassnahmen in internationalen Kindes- und Erwachsenenschutzfällen. Ich bin der Überzeugung, dass das seltene Fälle sind, aber wenn sie kommen, dann müssen sie funktionieren. Und dann kann es nicht sein, dass eine Behörde, die Koordinationsaufgaben für Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden inne hat, nämlich die Geschäftsleitung, wo sich fünf bis sieben Mal im Jahr trifft, solche Vollzugsmassnahmen bei Kindesentführungen z.B. anordnen muss. Das muss ruck zuck gehen. Da kann man nicht warten und deshalb ist es richtig, wenn man eine Behörde bezeichnet, die professionell, jetzt ja die Aufsichtsbehörde, ist, wir haben das vorhin entschieden, und sofort handeln kann. Und nicht, dass sich diese vier Leiter, einer ist vielleicht noch krank, der andere ist im Urlaub auf Mallorca, entscheiden muss über einen Vollzug in einem Kindesentführungsfall. Ich bitte, Sie der Kommission zu folgen und nachher bereinigen wir dann den Artikel. Man könnte schreiben: „Die Aufsichtsbehörde oder eine von ihr bezeichnete Stelle ist zentrale Behörde für internationale Übereinkommen.“ Wenn die Regierungsrätin mit dieser, Sie kann mir auch etwas anderes vorschlagen, wir haben das nicht, es ist in der Tat so, die Kommission war der Auffassung, dass innerhalb der Aufsichtsbehörde dann das Departement diese Aufgabe übernehmen wird. Es ist eine redaktionelle Bereinigung, die wir hier vornehmen müssen. Ich nehme gerne den Vorschlag von Frau Regierungsrätin dann entgegen.

*Standespräsident Bleiker:* Können wir diesen Artikel in dem Sinne bereinigen? Oder bereinigen wir zuerst grundsätzlich und reden nachher über die Formulierung? Herr Kommissionspräsident.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Ja, Herr Standespräsident, bereinigen wir zuerst die Grundsatzfrage. Soll das

die Geschäftsleitung machen und dann streiten wir uns über den Wortlaut.

*Standespräsident Bleiker:* Sind alle damit einverstanden? Dann bereinigen wir. Wer bei Art. 40a der Kommission folgen möchte, möge sich bitte erheben. Wer gemäss Antrag der Regierung der Botschaft folgen möchte, möge sich erheben. Sie sind dem Antrag der Kommission mit 51 zu 38 Stimmen gefolgt.

#### Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommission mit 51 zu 38 Stimmen.

*Standespräsident Bleiker:* Jetzt streiten wir uns folglich über die Formulierung. Herr Kommissionspräsident.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Ich schlage Ihnen folgenden Wortlaut vor: „Die Regierung oder ein von ihr bezeichnetes Departement ist zentrale Behörde...“

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Darf ich einen Gegenvorschlag unterbreiten? Wir haben uns mit dieser Thematik im Departement lange genug auseinandergesetzt. Also wir würden vorschlagen, dass die Formulierung wie folgt lautet: Abs. 1: „Die Regierung bezeichnet die zentrale Behörde für...“ Und dann Abs. 2: „Diese Behörde kann geeignete Stellen...“ Und ich gebe zu Protokoll, dass es nicht die Geschäftsleitung dann sein wird, sondern es wird eine andere Behörde sein. So lassen Sie es offen und wir finden eine gute Lösung. Es wird auch nicht das Departement sein, sondern es braucht hier eine andere Lösung, weil es Themen sind, die nicht alltäglich sind. Aber wir werden nicht die Geschäftsleitung beauftragen.

*Standespräsident Bleiker:* Also, ich gehe nicht davon aus, dass alle dies verstanden haben.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Dann werde ich das noch einmal vorlesen, Herr Standespräsident. Also unser Formulierungsvorschlag lautet für Abs. 1 wie folgt: „Die Regierung bezeichnet die zentrale Behörde für die internationalen Übereinkommen in den Bereichen des Kindes- und Erwachsenenschutzes sowie die Vollstreckungsbehörde bei Kindesrückführungen.“ Und Abs. 2 würde lauten: „Diese Behörde kann geeignete Stellen usw.“ Wir müssen auch in Abs. 2 „sie“ ersetzen, weil das könnte sonst missverständlich auf die Regierung bezogen werden.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Ich bin persönlich mit diesem Zusatz einverstanden. Ich kann aber nicht für die Kommission sprechen. Wenn dies vor dem Hintergrund abgegeben wird, dieser Vorschlag, dass eine Behörde bezeichnet wird, die in Vormundschaftssachen bewandert ist einerseits und andererseits, wenn sie zumindest an Werktagen durchgehend erreichbar ist.

*Standespräsident Bleiker:* Ist dies in diesem Sinne zu verstehen Frau Regierungsrätin?

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Ja.

*Standespräsident Bleiker:* Ja. Da wird die Redaktionskommission eine Aufgabe haben. Es ist alles auf Tonband aufgezeichnet. Sie haben den Vorschlag der Regierungsräsidentin und zumindest die Zustimmung des Kommissionspräsidenten gehört. Wird dagegen opponiert? Das scheint nicht der Fall, wird so entgegengenommen.

#### Redaktionelle Anpassung von Art. 40a wie folgt:

<sup>1</sup> Die **Regierung bezeichnet die** zentrale Behörde...

<sup>2</sup> **Diese Behörde** kann geeignete Stellen...

#### Angenommen

#### Art. 41

##### Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Zu Art. 41 ist im Rahmen von Art. 38 bereits alles gesagt und beschlossen worden, weshalb ich keine materiellen Ergänzungen habe.

#### Angenommen

#### Art. 42

##### Antrag Kommission und Regierung

Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Wie die Frage einer Kollegin während der Vorbereitung gezeigt hat, könnte Art. 42 missverstanden werden, deshalb möchte ich etwas ausholen. Art. 42 regelt nicht, wo sich der Amtssitz der KESB befindet oder wo sie ihre Büroräume hat. Die Bestimmung ist vielmehr mit Blick auf den Wohnsitz der betroffenen Personen von Bedeutung. Gemäss Art. 25 und 26 des neuen ZGB haben bevormundete Kinder und Volljährige unter umfassender Beistandschaft ihren Wohnsitz am Sitz der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde und nicht am Wohnsitz des Beistandes. Unmassgebend sind nach Bundesrecht auch der Aufenthalt der verbeiständeten Person oder des bevormundeten Kindes sowie der Wohnsitz des Beistandes. Sowohl im Kindes- und Erwachsenenschutz, als auch in anderen Rechtsgebieten, zum Beispiel bei der Sozialhilfe und den Unterstützungsleistungen oder beim Erbrecht, spielt es gerade für die Gemeinden eine grosse Rolle, wo diese Personen ihren Wohnsitz haben. Die materielle Sozialhilfe ist gemäss Art. 4 des Sozialhilfegesetzes Sache der Gemeinde. Die Unterstützungspflicht obliegt gemäss Art. 5 des kantonalen Unterstützungsgesetzes der politischen Gemeinde, in welcher die bedürftige Person ihren Wohnsitz hat. Analog zu dieser Zuständigkeit sind gemäss Art. 63a auch die Kosten von Kindes- und Erwachsenenschutzrechtlichen Massnahmen subsidiär von der Wohnsitzgemeinde zutragen. Art. 466 des ZGB sieht vor, dass die Erbschaft an das Gemeinwesen Kanton

oder Gemeinde fällt, wenn der Erblasser keine Erben hinterlässt. Im Kanton ist dies zur Hälfte die Wohngemeinde, wenn der Erblasser im Kanton wohnhaft war, Art. 67 EG zum ZGB. Art. 42 sichert den bisherigen Wohnsitz und verhindert, dass allein die Anordnung einer umfassenden Beistandschaft durch die KESB zur Folge hat, dass diese Person ihren bisherigen Wohnsitz verliert und neu Wohnsitz am Amtssitz der KESB hat. Ein solcher Wechsel hätte Lastenverschiebungen zwischen den Gemeinden in unbekanntem Ausmasse zur Folge. Die Bestimmung entspricht dem geltenden Recht und wird im Übrigen jetzt von zahlreichen anderen Kantonen im Rahmen der Neuordnung übernommen und kopiert.

*Angenommen*

#### Art. 43

*Antrag Kommission und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Art. 43 regelt den Bestand der Kinderschutzbehörde, welche gemäss Bundesrecht ihre Entscheide mit mindestens drei Personen zu fällen hat. Abs. 1 regelt den minimalen Bestand der KESB, welcher in concreto von den Fallzahlen, d.h. den Anzahl Gefährdungsmeldungen sowie neue und bestehende Massnahmen und der Komplexität der Fälle abhängt. Regierung und Kommission haben eine offene Formulierung gewählt, damit jede KESB individuell auf Veränderungen und Entwicklungen reagieren kann. Die Behördenmitglieder sind im Voll- oder Hauptamt angestellt, somit zumindest zu 50 Prozent.

In Abs. 2 kommt die von Bundesrecht wegen geforderte Interdisziplinarität zum Ausdruck, indem vorgeschrieben wird, dass die Behördenmitglieder über eine erforderliche persönliche und fachliche Eignung zur verfügen haben. Auf jeden Fall, so die Botschaft des Bundesrates an die eidgenössischen Räte, muss ein Jurist oder eine Juristin für eine korrekte Rechtsanwendung verantwortlich sein, so dass nur in Ausnahmefällen davon abgewichen werden sollte, den Leiter der KESB aus einem anderen Fachgebiet als dem des Rechts zu besetzen. Einzelheiten kann die Regierung nach Art. 45 der Kantonsverfassung in ihrer Verordnung regeln. Keine Anforderungen setzen Bundes und Kantonsrecht an die Ausbildungskennnisse des Behördensekretariats, wobei hier die Bereiche Revisorat, Rechnungsprüfung sowie Administration, aber auch Recht im Vordergrund stehen dürften.

Nach Abs. 3 können nebenamtliche Behördenmitglieder, wenn es die Verhältnisse erfordern, mit besonderen Fähigkeiten angestellt werden. Hierbei sind vorab Personen mit einer psychologischen, sozialen und pädagogischen, treuhänderischen, versicherungsrechtlichen oder medizinischen Ausbildung gemeint.

*Angenommen*

#### Art. 44

*Antrag Kommission und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Art. 44 regelt die Anstellung und die berufliche Vorsorge. Die Behördenmitglieder werden von der Regierung gewählt. Die übrigen qualifizierten Mitarbeiter, das ist das Behördensekretariat, werden nach Art. 63 Personalgesetz durch die Departementsvorsteherin DJSG gewählt. Die übrigen Mitarbeitenden werden schliesslich vom Leiter oder der Leiterin der Behörde gewählt, wobei alle Mitarbeitenden dem Personal- und beruflichen Vorsorgerecht des Kantons unterstehen.

*Angenommen*

#### Art. 45

*Antrag Kommission und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Art. 45 regelt die betriebliche Führung der Behörde, dazu gehören, so die Botschaft auf Seite 1058, die in Art. 44 genannte Zuständigkeit in Personalsachen, aber auch die allfällige Gliederung der Behörde, z.B. die Bildung von Spruchkörpern und deren personelle Zusammensetzung.

*Angenommen*

#### Art. 46

*a) Antrag Kommissionsmehrheit* (8 Stimmen: Tenchio, Cavegn, Dosch, Hitz-Rusch, Komminoth-Elmer, Nigg, Rosa, Steck-Rauch; Sprecher: Tenchio) *und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*b) Antrag Kommissionsminderheit* (1 Stimme: Müller)  
Ändern Abs. 1 wie folgt:

**Der Kanton betreibt pro Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde eine Berufsbeistandschaft.**

Absätze 2 und 3 wie bisher.

Einfügen neuer Abs. 4:

**Sie sind dem von der Regierung bezeichneten Amt oder Departement unterstellt.**

*Standespräsident Bleiker:* Für die Mehrheit und Regierung spricht Grossrat Tenchio.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Bei Art. 46 kommen wir zu den Berufsbeistandschaften. In diesem Zusammenhang verweise ich Sie auf mein Eintretensvotum, welches ich nochmals kurz zusammenfasse: Die Regierung hat sich mit der Kommissionsmehrheit entschieden, die Berufsbeistandschaften dem Grundsatz nach zu regionalisieren und ihre Aufgabe auf die Mandatsführung zu beschränken. Abklärungspflichten für übergeordnete Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, wie

diese in der Vernehmlassung noch erwägt wurden, bestehen keine mehr. Art. 46 ist im Zusammenhang mit Art. 153a zu lesen, den Sie auf Seite 21 der Synopse konsultieren können. Er lautet: „Die Berufsbeistandschaften können von der bisherigen Trägerschaft, das sind die Kreise beziehungsweise Gemeinden, oder einem Regionalverband bis zwei Jahre nach Inkrafttreten der Einteilung des Kantons in Regionen betrieben werden“. Mit anderen Worten können die bisherigen Amtsvormundschaften weiter ihre Organisation und Trägerschaft beibehalten bis zum Inkrafttreten der Gemeinde- und Gebietsreform, voraussichtlich am 1. Januar 2017. Auf jenen Zeitpunkt müssen sie sich den entsprechend in der genannten Revision geschaffenen Regionen anschliessen. Eine Minderheit, Grossrat Müller, plädiert für eine Kantonalisierung der Berufsbeistandschaften. Ich ersuche Sie, mit der überwiegenden Kommissionsmehrheit und Regierung, diesen Antrag abzulehnen. Es bestehen keine sachlich überwiegenden Gründe, von der vorgeschlagenen Lösung von Regierung und Kommissionsmehrheit abzurücken. Aufgrund der Nähe der Aufgaben zur materiellen Sozialhilfe sowie der Regelung hinsichtlich Defizitdeckung bei den Massnahmen, liegt die Berufsbeistandschaft überwiegend im Interesse der Gemeinden. Zudem ist es bei der Mandatsführung wichtig, mit den personellen und räumlichen Verhältnissen vertraut zu sein. Ein allfälliger Wechsel soll denn auch, wie die Regierung schreibt, wenn überhaupt erst im Nachhinein zur Gebietsreform im Zusammenhang mit der grundlegenden Neuordnung des geltenden interkantonalen Finanzausgleichs überprüft werden. Wir haben bereits bei den KESB in Bezug auf die finanzpolitischen Richtwerte mit der Kantonalisierung einen Kraftakt vollzogen, weshalb ich Sie bitte, hier der eleganten Lösung der Regierung den Vorzug zu geben und der Kommissionsmehrheit und Regierung den Vorzug zu geben.

*Müller; Sprecher Kommissionsminderheit:* Angesichts dessen, dass ich heute schon mal auf der Gewinnerseite war, als es um einen dünnen Minderheitsantrag ging, habe ich nicht so grosse Angst, jetzt hier alleine dazustehen. Ich möchte mich vor allem an diejenigen wenden, die heute schon mehrfach betont haben, dass Sie nicht begrüssen, dass eine neue oder eine falsche Bürokratisierung in diesem Gesetz Einzug nimmt, denn die Regionalisierung der Berufsbeistandschaften ist ganz klar eine solche unnötige Bürokratisierung. Ich erachte die heutigen Regionalverbände beziehungsweise die künftigen Regionen als Trägerschaft für die Berufsbeistandschaften als ungeeignet. Da zu erwarten ist, dass die künftigen Regionen grosse Unterschiede in der Ausgestaltung und Struktur aufweisen werden, muss man davon ausgehen, dass nicht alle über das nötige Mengengerüst verfügen werden, um eine eigene Berufsbeistandschaft führen zu können. Einige werden gezwungen sein, Nachbarschaftsorganismen einzugehen, was dem Ziel der Strukturreform vehement widerspricht. Ausserdem wird die Frage, wer bezahlt wie viel, nicht mehr nur unter den Gemeinden ausgefochten, sondern auf eine weitere Ebene ausgedehnt und der Ausgestaltung von qualitativ hochwertigen Berufsbeistandschaften nicht dienlich ist. In dieselbe Richtung zielen die vor allem von den Vor-

mundschaftsbehörden selbst aufgeworfenen Bedenken betreffend die Mindestgrösse der Berufsbeistandschaften. Die nötige Mindestgrösse von 500 bis 550 Stellenprozent lässt sich nur bei fünf Beistandsschaften problemlos erreichen. Bei der regionalen Ausgestaltung hingegen wird die geforderte Mindestgrösse ein Ausnahmefall bleiben. Das Leistungsangebot wird bei der regionalen Lösung unvermeidlicherweise unterschiedlich ausfallen. Stossen die Gemeinden an finanzielle oder personelle Grenzen, können sie eine qualitativ gleichwertige Ausgestaltung der Berufsbeistandschaften nicht garantieren. Dies widerspricht der Idee der gesamten Revision und muss deshalb unbedingt vermieden werden. Stattdessen soll der Kanton einheitliche Standards definieren und durchsetzen. Dies wird er gemäss Vorschlag der Kommissionsminderheit machen müssen.

Ein weiteres Problem bei der regionalen Führung der Berufsbeistandschaften betrifft die Zusammenarbeit mit den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Eine Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist dann notwendigerweise für mehrere Berufsbeistandschaften zuständig und umgekehrt kann eine Berufsbeistandschaft verschiedenen Behörden unterstehen. Dieses Verhältnis ist sehr umständlich und ineffizient. Werden die Berufsbeistandschaften den gleichen Einzugsgebieten wie den KESB zugeordnet, vereinfachen sich die Verfahrensabläufe und die notwendig enge Zusammenarbeit ist garantiert.

Ich fasse zusammen: Die kantonale Führung von fünf Berufsbeistandschaften schafft Qualität und Einheitlichkeit der Strukturen und Arbeitsweise. Sie garantiert die erforderliche Mindestgrösse für eine konsequente Arbeitsausführung, sie ermöglicht ein einheitliches Leistungsangebot im ganzen Kanton und sie vereinfacht die Zusammenarbeit zwischen Berufsbeistandschaften und KESB und beschränkt somit die Bürokratie auf das notwendige Minimum. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Antrag der Kommissionsminderheit oder eben meinen Antrag zu unterstützen.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrätin Hitz.

*Hitz-Rusch:* Wie ich schon in meinem Eintretensvotum darauf hingewiesen habe, darf die Professionalisierung nicht dazu führen, dass die Behördennähe zum Betroffenen verarmt. Genau dies würde aber mit nur noch fünf Berufsbeistandschaften geschehen. Die regionale Verankerung sowie die Kenntnisse der Beistände über die lokalen Verhältnisse würden verloren gehen. Die zehn Berufsbeistandschaften über den ganzen Kanton verteilt garantieren, dass eine gewisse Nähe zu den Schutzbedürftigen bestehen bleibt. Wir sind auch weiterhin, wie es meine Kollegin Susanne Krättli gesagt hat, auf private Mandatsträger angewiesen. Weil die KESB und die Berufsbeistandschaften eng miteinander zusammenarbeiten werden, ist die Rekrutierung von privaten Mandatsträgern einfacher mit mehreren dezentralen Berufsbeistandschaften, weil man dort, wie ich es schon gesagt habe, die lokalen Verhältnisse kennt. Ich bitte Sie deshalb, den Mehrheitsantrag zu unterstützen.



*Standespräsident Bleiker:* Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrätin Bucher.

*Bucher-Brini:* Bei der Beratung einer Vorlage spielen für mich die Aussagen der Vernehmlassungen sowie der Fachkommissionen für die zu behandelnde Thematik eine wichtige Rolle für die Entscheidungsfindung. Deshalb erstaunt mich die Haltung der Kommissionsmehrheit doch sehr. Haben sich doch zum Beispiel die Expertenkommission, der Vormundschaftsverband sowie verschiedene Vernehmlassungen, auch mehrere Parteien wie die CVP, die BDP und die SP, Berufsverbände wie AvenirSociale, SBK und VPOD klar dafür ausgesprochen, dass die Berufsbeistandschaften richtigerweise neu regional und nicht mehr kreisweise organisiert sein sollen, aber vom Kanton zu führen und mindestens teilweise oder ganz zu finanzieren sind. Welches sind nun die Kriterien, die für eine Trägerschaft der Berufsbeistandschaften beim Kanton sprechen? Erstens: Einheitlichkeit der Strukturen und Arbeitsweise. Zweitens: Einheitliche Standards und Leistungsangebote. Drittens: Einheitliche Finanzierung. Viertens: Einheitliche Administration und arbeitsrechtliche Regelung.

Bei einer regionalen Lösung sehe ich vor allem die Gefahr oder die Möglichkeit der unterschiedlichen Umsetzung statt einer einheitlichen Umsetzung. Birgt die regionale Lösung doch die Gefahr, dass einige oder mehrere Gemeinden infolge finanzieller und/oder personeller Grenzen unterschiedliche Prioritäten setzen werden oder eben setzen müssen. Ich denke dabei vor allem an das Leistungsangebot, welches bei der regionalen Lösung unvermeidlich unterschiedlich ausfallen wird oder kann. Oder an die einheitlichen Standards, die bei den sehr unterschiedlichen regionalen Berufsbeistandschaften kaum erreicht werden können. Deshalb bin auch ich als ehemaliges Behördenmitglied der Vormundschaftsbehörde Chur der Ansicht, dass die Organisation und die Verantwortung für die Berufsbeistandschaften dem Kanton übertragen werden müssen. Dadurch kann die Regierung aktiv die Aufsicht und Koordination übernehmen und die notwendige einheitliche Qualität sicherstellen. Unterstützen Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, aus den dargelegten Gründen den Antrag der Kommissionsminderheit.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Frau Regierungsrätin.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Ich beginne beim Votum von Grossrätin Bucher. Sie weist auf die Vernehmlassungsergebnisse hin und welche Parteien und welche Organisationen sich für eine Lösung ausgesprochen haben, also für die Lösung für fünf BBs, aber vor allem geht es ja auch um die Finanzierungsfrage, dass diese nun auch für die Berufsbeistandschaften vom Kanton erfolgen soll. Nun, Sie vergessen dabei, dass die Vernehmlassung noch von anderen Voraussetzungen ausging. In der Vernehmlassung hatten wir nämlich vorgesehen, dass Aufgaben, also Sachverhaltsabklärungen an die Berufsbeistandschaften delegiert würden. Es gibt ja gewisse Aufgaben, die müssen von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde übernommen werden, die

dürfen nicht delegiert werden. Aber es gibt Aufgaben, die können an die Berufsbeistandschaften delegiert werden und wir hatten in unserer Vernehmlassung vorgesehen, dass diese Aufgaben an die Berufsbeistandschaften delegiert würden und so wäre der Aufwand bei den Berufsbeistandschaften auch grösser geworden. Mit anderen Worten, hätte es auch mehr personelle Ressourcen bei den Berufsbeistandschaften erfordert. Und hiergegen haben sich selbstverständlich Gemeindevertreter, Organisationen und auch Parteien ausgesprochen, weil man hier keine Mehrbelastung wollte bei den Gemeinden. Man hat dann aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse davon abgesehen, die Delegation von diesen Aufgaben zu machen. Mit anderen Worten: Die Aufgabe der Berufsbeistandschaften konzentriert sich auf die Kernaufgabe, nämlich auf die Mandatsführung. Die Sachverhaltsabklärungen werden jetzt nicht delegiert, die Delegation, auf die haben wir verzichtet. Die BBs werden sich auf ihre Kernaufgabe ausrichten können. Und somit wird auch der Aufwand bei den Berufsbeistandschaften nicht mehr so gross sein. Also darum, das finanzielle Argument, glaube ich, ist vom Tisch. Die Regierung hat sich in ihrem Vorschlag an der Aufgabe orientiert, und das ist richtig so, wie Grossrätin Hitz das betont hat. Die Aufgabe muss vor Ort, die muss vor Ort geschehen, also umgesetzt werden. Man braucht die Nähe zur Bevölkerung, man muss die lokalen Verhältnisse kennen. Das ist einfacher, auch private Beistände zu rekrutieren, wenn wir die Berufsbeistandschaften in den Regionen haben. Und darum haben wir gesagt, die obere Ebene KESB konzentrieren wir, das müssen wir konzentrieren und die untere Ebene der Berufsbeistandschaften, die wollen wir dezentral im Kanton verankert haben. Das ist die Lösung, wie wir sie vorschlagen.

Noch zur Finanzierung: Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass immerhin die obere Ebene, also die Kantons Ebene mit den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, nun der Kanton übernimmt. Also wir haben hier wieder eine Lastenverschiebung zu Lasten des Kantons. Und es kommt mir vor, wie man den kleinen Finger gibt und es wird einem die Hand genommen. Also die Gemeinden sollten sich glücklich schätzen, dass sie nun nicht mehr zur Finanzierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden beitragen müssen, sondern dass sie nur noch die Ebene der Berufsbeistandschaften, das ist die Ebene, die Sie jetzt auch mitfinanzieren, dass Sie diese Ebene mitfinanzieren müssen. Und da wir ja die Aufgaben nicht delegiert haben, wird das hier auch nicht zu grossen Mehrkosten führen. Also, darum bitte ich Sie, wir haben lange über den finanzpolitischen Richtwert Nummer sieben gesprochen, Lastenverschiebungen, wir verschieben hier Lasten bereits zum Kanton, sieben bis acht Millionen Franken, das gibt eine Entlastung der Gemeinden. Bitte belassen Sie die Berufsbeistandschaften auf regionaler Ebene und ich denke, es ist ganz im Sinne auch dieses Parlamentes, hier wurde sehr oft von Regionenvertretungen gesprochen, hier wurde sehr oft darauf hingewiesen, dass man den lokalen Verhältnissen Rechnung tragen muss. Wenn Sie das beibehalten wollen, wenn Sie wollen, dass die BBs in den Regionen verankert bleiben, dann werden Sie der Lösung der Regierung und der Kommissionsmehrheit zustimmen.

*Standespräsident Bleiker:* Sind neben Mehr- und Minderheitssprecher noch andere Wortmeldungen? Dann erhält zuerst der Sprecher der Minderheit, Grossrat Müller, das Wort.

*Müller; Sprecher Kommissionsminderheit:* Ich möchte schnell mir die Zeit nehmen, um Frau Regierungsrätin noch etwas zu antworten. Und zwar, es tut mir ja leid, wenn ich den Eindruck vermittele, ich wollte den Kanton schröpfen. Aber darum geht es nicht. Es ist mir auch selbstverständlich klar, dass Sie diese Vorlage zu einer Finanzvorlage machen oder die Frage eben zu einer Finanzfrage. Es wird aber eben nicht besser, wenn wir eine ineffiziente, teure Lösung auf die Gemeinden abwälzen, also die Gemeinden dürfen dann eine ineffiziente Lösung bezahlen und dafür wird der Kanton von höheren Leistungen verschont.

Zu der Frage der Regionen: Ich bin mir bewusst, dass es sehr, sehr wichtig ist, dass die Berufsbeistandschaften eine Nähe haben zu den Klienten, zu den Patienten, dass sie nahe an den Lebensrealitäten der Leute sind, die sie unterstützen möchten. Jetzt ist es aber so, dass die Grösse dieser fünf Beistandschaften, wie ich sie genannt habe, also 500 bis 550 Stellenprozent, ist eine Empfehlung der KOKES, der Konferenz der Kantone für Kinder- und Erwachsenenschutz. Die KOKES erachtet diese Grösse als ideal und geht dann auch davon aus, dass das Umfeld, das diese Berufsbeistandschaften zu betreuen haben, etwa gleich gross oder noch grösser ist, wie dieses Gebiet, was dann bei den fünf BB rausschauen würde. Es ist aber auch so, dass wenn wir regionale Berufsbeistandschaften machen, die zwar kleiner sind, dann haben wir möglicherweise punktuell eine bessere Verankerung, aber nicht über das gesamte Gebiet, sondern eben punktuell, möglicherweise in einer Gemeinde und nicht in allen. Bei grösseren Berufsbeistandschaften ist die Möglichkeit, flächendeckend eine gute Nähe zu den Betroffenen zu erreichen, viel, viel grösser, als wenn man kleine Berufsbeistandschaften hat und dafür zu viele.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Zwei, drei kurze Entgegnungen zu den Voten von Grossrat Müller: Wir haben im Bereich der Berufsbeistandschaften nicht die gleichen Vorgaben wie bei den KESB. Das Bundesrecht sieht bei den KESB strengere Vorschriften vor. Sie sagt, es muss eine Fachbehörde sein und diesbezüglich hat die KOKES entsprechende Empfehlungen abgegeben. Auch hat die KOKES in Bezug auf die Berufsbeistandschaften Empfehlungen abgegeben, aber die bundesrechtlichen Vorgaben sind nicht derart streng, wie sie das bei den KESB sind. Also diese Empfehlung, die die KOKES abgibt, es ist eine schweizerische Konferenz, die die ganze Schweiz empfiehlt, vielleicht die Bergkantone mit ihren geografischen und örtlichen Gegebenheiten nicht so stark in ihre Waagschale tut, sind nicht derart zwingend oder sagen wir derart verbindlich zu erachten, wie diese sind im Rahmen der Richtlinien zu den Fachbehörden.

Ferner der Hinweis, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden mehrere Berufsbeistandschaften unter sich haben werden, das ist in der Tat so. Das kann so

sein, aber es kann nicht sein, dass eine Berufsbeistandschaft mehrere KESB als vorsitzende Behörde hat. Das ist nicht möglich, Herr Grossrat Müller. Dann sagen Sie die Gemeinden würden eine ineffiziente Lösung übernehmen und weiter bezahlen müssen. Also ich bestreite das, dass es eine ineffiziente Lösung ist, diese Amtsvormundschaften in den Regionen drin hat sich bis jetzt bewährt. Sie werden sich nachher an acht bis elf Regionen anschliessen müssen. Das ist nicht ein Sprung von elf Amtsvormundschaften zu fünf anstatt zu elf oder acht bis elf. Also das ist ein kleinerer Sprung. Bei fünf KESB ist also die Entregionalisierung viel stärker zu gewichten als bei einem Sprung zu den zukünftigen acht bis, ich hoffe, elf Regionen, als zu fünf Regionen. Lehnen Sie den Minderheitsantrag vor diesen Hintergründen ab und folgen Sie dieser überwiegenden Kommissionsmehrheit und der Regierung.

*Standespräsident Bleiker:* Wir bereinigen Art. 46. Wer Kommissionsmehrheit und Regierung zustimmen möchte, möge sich bitte erheben. Wer die Kommissionsminderheit unterstützen möchte, möge sich erheben. Sie sind Kommissionsmehrheit und Regierung mit 82 zu 15 Stimmen gefolgt.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 82 zu 15 Stimmen.

#### **Art. 47**

*a) Antrag Kommissionsmehrheit* (8 Stimmen: Tenchio, Cavegn, Dosch, Hitz-Rusch, Komminoth-Elmer, Nigg, Rosa, Steck-Rauch; Sprecher: Tenchio) *und Regierung*  
Abs. 1 und 2  
Gemäss Botschaft

Ändern Abs. 3 wie folgt:

Die **Aufsichtsbehörde** kann auf Antrag der ...

*b) Antrag Kommissionsminderheit* (1 Stimme: Müller)  
Ändern Abs. 1 wie folgt:

Die Berufsbeistandschaften bestehen (...) jeweils aus einem Leiter **sowie der erforderlichen Anzahl** an Berufsbeiständen und (...) Mitarbeitern des Sekretariates

Ändern Abs. 2 wie folgt:

**Die Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse sowie die berufliche Vorsorge richten sich nach dem kantonalen Personal- beziehungsweise Vorsorgerecht.**

**Abs. 3 aufgehoben.**

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Art. 400 des neuen ZGB, die einzige Norm, welche Vorgaben für die Berufsbeistände schafft, sieht vor, dass die Trägerschaften natürliche Personen als Beistände ernennen, die für die vorgesehenen Aufgaben persönlich und fachlich geeignet sind, die dafür erforderliche Zeit einsetzen können und die Aufgaben selber wahrnehmen. Art. 47, Abs. 1 sieht vor, dass die Berufsbeistandschaft in der Regel jeweils aus einem Leiter, den Berufsbeiständen und den Mitar-

beitern des Sekretariats bestehen soll. Die Passage in der Regel bezieht sich nicht nur auf den Leiter bzw. die Leiterin der Berufsbeistandschaften, jede Berufsbeistandschaft wird auch in Zukunft über eine Leiterin oder einen Leiter verfügen müssen.

In Abs. 2 der genannten Norm werden Trägerschaften, derzeit die Gemeinden bzw. Kreise, in Zukunft die Regionen, in die Pflicht genommen, das entsprechende Personal, welches wie eben ausgeführt persönlich und fachlich geeignet sein muss, anzustellen. Persönliche und fachliche Eignung heisst: Gute Fertigkeiten in den Bereichen Sozialarbeit, Pädagogik, Recht und Wirtschaft/Treuhand.

Bei Abs. 3 wurde Aufsichtsbehörde eingefügt, damit man nicht, je nach Aufsicht Regierung oder Kantonsgericht, jeweils hätte wechseln müssen. Jetzt können wir dort auch Regierung einsetzen.

Der Minderheitsantrag stützt sich vor allem auf den vorhin abgelehnten Antrag der Kantonalisierung. Also es ist der Antrag zu Abs. 3 der Berufsbeistandschaften, weshalb ich Ihnen beliebt mache, diesen abzulehnen sofern an ihm noch festgehalten werden sollte. Ich nehme jetzt nicht an, dass an diesem noch festgehalten wird. Beim Antrag bezüglich Abs. 1 ist ebenfalls am Antrag der Regierung und der Kommissionsmehrheit zu folgen. Nehmen wir an, wir hätten eine kleine Berufsbeistandschaft, z.B. in der neu zu bildenden, so hoffe ich, Region Poschiavo, die nur aus einer Person besteht. So ist der Antrag von Grossrat Müller einfach schlichtweg ungenau und derjenige der Regierung viel besser, denn gemäss seinem Antrag müsste in jedem Falle ein Leiter sowie ein Beistand und ein Mitarbeiter des Sekretariats vorhanden sein.

*Müller:* Ich danke dem Kommissionspräsidenten für diese kurze Daraufhinweisung, wenn man das so sagen kann, und ziehe meinen Antrag zurück.

*Müller zieht den Minderheitsantrag zurück.*

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Damit haben wir Art. 47 behandelt.

*Angenommen*

#### **Art. 48 Abs. 1 und 2**

*Antrag Kommission und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*Angenommen*

#### **Einfügen neuer Art. 48 Abs. 3**

*Antrag Kommission und Regierung*

Einfügen neuer Abs. 3:

**Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde kann bei der Anstellung von Berufsbeiständen mit beratender Stimme zur Unterstützung beigezogen werden.**

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Art. 48 knüpft an Art. 400 des neuen ZGB sowie 47 Abs. 2 EG ZGB an und definiert die fachlichen Anforderungen der Berufsbeiständigen- und beistände dahingehend aus, dass diese dem Grundsatz nach über einen anerkannten Abschluss in den entsprechenden Materien zu verfügen haben und nur in Ausnahmefällen von diesen Anforderungen abgewichen werden kann, was vor allem Übergangsrechtlich dann von Relevanz ist, wenn in der entsprechenden Amtsvormundschaft Berufsvormünder- oder Beistände angestellt sind, die zwar über keine Anerkannte Ausbildung verfügen, aber auf Grund ihrer Erfahrung und Praxis als geeignet erscheinen, auch nach dem 1. Januar 2013 ihren Beruf weiter auszuüben. Wie Sie dem Antrag von einstimmiger Kommission und Regierung ersuchen können, sollen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden bei der Anstellung von Berufsbeiständigen- und beiständen mit beratender Stimme zur Unterstützung beigezogen werden können. Dieser Antrag ist aus Fachkreisen geboren und gerechtfertigt, denn die Beiständigen und Beistände arbeiten in erster Linie auch mit den KESB zusammen und die KESB werden einen grossen Erfahrungsschatz im Gebiet des Erwachsenen- und Kinderschutz mitbringen, welcher bei der Anstellungsinstanz den zukünftigen Regionen vielleicht nicht in diesem Umfange vorhanden ist. Da werden die Anstellungsinstanzen gerne über den Abs. 3 die Hilfe der KESB zur Hilfe nehmen, wenn es darum geht, zu prüfen, ob jemand für den entsprechenden Beruf geeignet ist. Ich bitte Sie, dem Antrag von Kommission und Regierung zu folgen.

*Standespräsident Bleiker:* Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Frau Regierungsrätin? Dieser Zusatzantrag wird nicht bestritten somit beschossen.

*Angenommen*

#### **Art. 49**

*Antrag Kommission und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Keine Bemerkungen.

*Standespräsident Bleiker:* Keine Bemerkung? Das habe ich nicht erwartet. Art. 50, Herr Kommissionspräsident.

*Angenommen*

#### **Art. 50**

*Antrag Kommission und Regierung*  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Ebenfalls keine Bemerkungen.

*Angenommen*

**Art. 50a**

Antrag Kommission und Regierung  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Keine Bemerkungen.

*Angenommen*

**Art. 50b**

Antrag Kommission und Regierung  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Keine Bemerkungen.

*Angenommen*

**Art. 51**

Antrag Kommission und Regierung  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Gemäss Art. 429 des neuen ZGB können die Kantone Ärztinnen und Ärzte bezeichnen, die neben der Erwachsenenschutzbehörde eine Unterbringung während einer vom kantonalen Recht festgelegten Dauer anordnen dürfen. Die Dauer darf höchstens sechs Wochen betragen. Wie im heutigen Rech bereits verankert, wird im Kanton Graubünden von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Im Gegensatz zum geltenden Recht, wonach sämtliche im Kanton praxisberechtigten Ärztinnen und Ärzte einen fürsorglichen Freiheitsentzug anordnen können, wird die Zuständigkeit für die Anordnung der fürsorglichen Unterbringung nach dem 1. Januar 2013 auf Ärztinnen und Ärzte der Grundversorgung nach Art. 55a Abs. 1 lit. a bis d des KVG, der Psychiatrie und Psychotherapie sowie der Kindes- und Jugendpsychiatrie und -therapie, Bezirksärztinnen und -ärzte, so genannte Bezirksphysikate sowie den zuständigen Ärztinnen und Ärzte der überweisenden Einrichtung beschränkt. Damit wird versucht, sicherzustellen, dass nur noch Ärztinnen und Ärzte mit entsprechender Erfahrung und mit der entsprechenden Ausbildung eine fürsorgliche Unterbringung, die einen massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte darstellt, anordnen können. Nach Art. 430 Abs. 4 des neuen ZGB ist der FU-Entscheid der betroffenen Person sowie der Einrichtung, in der sie untergebracht wird, auszuhändigen. Das kantonale Recht sieht in Art. 51 Abs. 3 mit Recht zusätzlich vor, dass auch der KESB und dem gesetzlichen Vertreter unverzüglich der Unterbringungsentscheid mitzuteilen ist.

*Angenommen*

**Art. 51a**

Antrag Kommission und Regierung  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Keine Bemerkungen.

*Angenommen*

**Art. 52**

Antrag Kommission und Regierung  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Nach Art. 52 Abs. 1 ist für die Verlegung einer fürsorglich untergebrachten Person in eine andere Einrichtung ein neuer Unterbringungsentscheid von Nöten. Damit kann die Person neu den Rechtsmittelweg beschreiten. Im Kanton Graubünden stellt sich die Frage, ob die Verlegung einer Person innerhalb der psychiatrischen Dienste von einer Klinik in die andere, z.B. von der Klinik Beverin in Cazis in die Klinik Waldhaus in Chur, einen neuen Unterbringungsentscheid bedarf. Nach Auffassung der Kommission und der Regierung, so die Diskussion in der Kommission, ist dies nicht der Fall.

*Angenommen*

**Art. 53**

Antrag Kommission und Regierung  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Art. 53 regelt Zuständigkeiten und ich verweise diesbezüglich auf die Botschaft. Wichtig erscheint in Bezug auf die Entlassung, dass gemäss Art. 426 Abs. 4 des neuen ZGB wie bisher jede fürsorglich untergebrachte Person jederzeit ein Gesuch um Entlassung stellen kann, über welches ohne Verzug entschieden werden muss.

*Angenommen*

**Art. 54**

Antrag Kommission und Regierung  
Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Nach Art. 437 Abs. 1 des neuen ZGB sind die Kantone zuständig, die Nachbetreuung zu regeln, welche zum Ziel hat, den Gesundheitszustand der betroffenen Person zu stabilisieren und hierdurch die Rückfallgefahr zu vermeiden. Die Norm verzichtet explizit auf die Nennung von Nachbetreuungsmaßnahmen. Diese sind freilich individuell auszugestalten und können auch gegen den Willen der betroffenen Person für höchstens zwölf Monate angeordnet werden.

*Angenommen*

**Art. 54a***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Keine Bemerkungen.*Angenommen***Art. 54b***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Keine Bemerkungen.*Angenommen***Art. 55 Abs. 1***Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

*Angenommen***Art. 55 Abs. 2**

*a) Antrag Kommissionsmehrheit (7 Stimmen: Tenchio, Dosch, Komminoth-Elmer, Müller, Nigg, Rosa, Steck-Rauch; Sprecher: Tenchio) und Regierung*  
 Gemäss Botschaft

*b) Antrag Kommissionsminderheit (2 Stimmen: Cavegn, Hitz-Rusch; Sprecherin: Hitz-Rusch)*

**Streichen Abs. 2 lit. c**

*Standespräsident Bleiker:* Art. 55. Hier haben wir eine Mehrheit und eine Minderheit. Für die Mehrheit spricht Kommissionspräsident Tenchio

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Nach Art. 426 des neuen ZGB können die Kantone ambulante Massnahmen anordnen. Bei der Anordnung einer ambulanten Massnahme gemäss Art. 55 handelt es sich rechtlich gesprochen um eine Verfügung oder einen Entscheid, der nach formeller Rechtskraft vollstreckbar ist. Der Entscheid der KESB kann somit grundsätzlich auch gegen den Willen der betroffenen Person vollzogen und durchgesetzt werden. Eine zwangsweise Durchsetzung ist jedoch nicht bei allen ambulanten Massnahmen möglich. Sie ist beispielsweise aufgrund der Logik ausgeschlossen, wenn die Person gemäss lit. d verpflichtet wird, sich alkoholischer und anderer Suchtmittel zu enthalten. Aufgrund der Entstehungsgeschichte des Art. 55 ist eine zwangsweise Durchsetzung weiter ausgeschlossen in Bezug auf die Medikamenteneinnahme gemäss lit. c. Auf diese Frage komme ich noch zurück. Als mögliche Zwangsvollstreckungsmassnahme kommt insbesondere die polizeiliche Zuführung zu einem Arzt oder einer Therapeutin in Frage. Die eigentliche Beratung, Therapie oder Behandlung, erfolgt dann nicht mehr unter Zwang. Denn mit einer renitenten Person wird wohl in der Praxis kaum

je ein Therapiegespräch oder eine Behandlung möglich sein. Ein anderes mögliches Instrument könnte allenfalls sein die Anordnung mit einer Strafandrohung gemäss Art. 292 StGB zu verbinden. Ob dieser Weg wirklich sachgerecht ist, muss im Einzelfall geprüft werden.

Hält sich eine Person nicht an die Verpflichtung gemäss Art. 55, so hat die KESB insbesondere folgende Möglichkeiten: Zwangsweise Durchsetzung der ambulanten Massnahme, Anordnung einer anderen ambulanten Massnahme, Anordnung einer fürsorglichen Unterbringung oder Anordnung einer anderen Kindes- und Erwachsenenschutzrechtlichen Massnahme, z.B. eine Beistandschaft oder Verzicht auf jegliche Massnahmen. Bei einem Entscheid über den einzuschlagenden Weg hat sich die KESB an die allgemeinen staatlichen Grundsätze, insbesondere den Grundsatz der Verhältnismässigkeit zu halten. Ob die zwangsweise Durchsetzung einer ambulanten Massnahme angezeigt oder verhältnismässig erscheint, ist im konkreten Fall im Rahmen einer Gesamtsicht abzuwägen und zu entscheiden. Im Einzelfall ist es nämlich durchaus möglich, dass eine fürsorgliche Unterbringung als mildere oder sogar verhältnismässigere Massnahme zu bezeichnen ist. Die fürsorgliche Unterbringung darf bloss angeordnet werden, wenn die Voraussetzungen des Bundesrechts erfüllt sind. Das nicht Befolgen einer ambulanten Massnahme für sich alleine erlaubt noch keine Unterbringung. Der Vorteil der gesetzlichen Verankerung der ambulanten Massnahmen liegt im Übrigen weniger in der zwangsweisen Durchsetzung als vielmehr im verpflichtenden Charakter. Sie sind sozusagen Teil einer Kaskade: Erstens: vereinbarte Nachbetreuung; Zweitens: Anordnung von ambulanten Massnahmen; Drittens: Prüfung von stationären Massnahmen, wie z.B. eben die fürsorglichen Unterbringung. Vereinfacht gesagt, sind die ambulanten Massnahmen für Personen gedacht, die nicht einsichtig sind, jedoch nicht renitent. Für Personen, die einer Massnahme zwar nicht zustimmen können oder wollen, die jedoch willig sind, die angeordnete Verpflichtung einzuhalten.

Im Hinblick auf den Minderheitsantrag zu 55 Abs. 2 lit. c und somit zur Frage der Möglichkeit einer Zwangsmedikation Folgendes: Der Vernehmlassungsentwurf enthielt einen Abs. 3, der die Möglichkeit einer zwangsweisen Verabreichung von Medikamenten ausdrücklich vorsah. Aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung hat die Regierung beschlossen, keine gesetzliche Grundlage für die Zwangsmedikation zu schaffen und folglich diesen Absatz zu streichen beziehungsweise nicht zu übernehmen. Aufgrund dieser Entstehungsgeschichte, die auch in der Botschaft dokumentiert ist, besteht in diesem Bereich ein qualifiziertes Schweigen. Art. 55 Abs. 2 lit. c bildet daher keine genügende Grundlage für eine Zwangsmedikation. Also qualifiziertes Schweigen, vielleicht für Nichtjuristen, heisst: Wenn ein Parlament zu einer Frage explizit nichts sagt, dann will es das nicht regeln. Das ist das qualifizierte Schweigen. Nicht wenn sie es übersieht, dann ist es eine andere Rechtslage. Aber wenn sie etwas nicht regelt, was sie nicht regeln will, in diesem Falle die Zwangsmedikation, dann will sie nicht regeln, also ist die Zwangsmedikation ausgeschlossen. Vor diesen Hintergründen darf ich Sie

höflich ersuchen, Art. 55 wie von Kommissionsmehrheit und Regierung vorgeschlagen, zu verabschieden, auch wenn, und das gebe ich hier zu, die Botschaft in diesem Punkt etwas missverständlich formuliert ist.

*Standespräsident Bleiker:* Für die Kommissionsminderheit spricht Grossrätin Hitz.

*Hitz-Rusch; Sprecherin Kommissionsminderheit:* Bei den ambulanten Massnahmen kann die KESB gemäss Art. 55 Abs. 2 lit. c eine Person verpflichten, medizinisch indizierte Medikamente einzunehmen und ich will darüber reden. Ich will kein qualifiziertes Schweigen. Die angeordneten Massnahmen sollen verbindlich sein und können gemäss Botschaft gegen den Willen der betroffenen Person durchgesetzt werden. Gemäss Botschaft verzichtet der Gesetzgeber auf die gesetzliche Durchsetzung der Zwangsmedikation im ambulanten Verfahren, gleichwohl statuiert er die Verpflichtung, medizinisch indizierte Medikamente einzunehmen. Ich frage Sie hier alle im Saal: Wie will man diese Medikamenteneinnahme ambulant durchsetzen? Meine Antwort lautet: Sie ist nicht um- respektive durchsetzbar und sie ist auch nicht praktikabel. Auch die Drohung mit einer fürsorglichen Unterbringung für den Fall, dass die Person die Medikamente nicht einnehmen will, ist unzulässig und bundesrechtswidrig, weil die Voraussetzungen für eine fürsorgliche Unterbringung nach Art. 426 neues ZGB abschliessend festgelegt sind. Der Bund hat wohlweislich zu der Ausgestaltung der ambulanten Zwangsbehandlungen keine Bestimmungen erlassen. Er hat die heisse Kartoffel den Kantonen weitergereicht, im Bewusstsein, dass dies eine ganz heikle Sache ist. Ich zitiere unsere Bundesrätin Widmer-Schlumpf während der Debatte im Nationalrat zu den ambulanten Zwangsbehandlungen. Zitat: „Als unzulässig einzustufen wäre überdies eine kantonale Regelung, die für den Fall der Weigerung der betroffenen Person ein bestimmtes Medikament einzunehmen, automatisch eine Klinikeinweisung als Sanktion beziehungsweise als Massnahme vorsehe.“ Dazu sind wie gesagt die Voraussetzungen in Art. 426 genau festgelegt und es kann nicht angehen, dass man mit einer solchen Klinikeinweisung droht, wenn der Betroffene nicht willig ist, ein Medikament einzunehmen. Zudem stellen ambulante Zwangsmassnahmen einen massiven Eingriff in das Grundrecht der persönlichen Freiheit von Art. 10 Abs. 2 der Bundesverfassung dar und tangieren die Menschenwürde zentral. Aus Erfahrung wissen wir alle, dass man mit Zwang und Drohung keinen Erfolg hat. Die Verpflichtung zur Einnahme von Medikamenten gegen den Willen einer Person wird gar nichts zur nachhaltigen Stabilisierung dieser Person bringen. Solche Massnahmen vereiteln im Gegenteil eine therapeutische Verhandlungskultur. Weiter stellt die Einschätzung eines allfälligen Gefährdungspotenzials eine Gradwanderung dar und soll nicht durch die KESB, durch die ambulante Massnahme der medizinisch indizierten Medikamenteneinnahme erfolgen.

Fazit: Art. 55 Abs. 2 lit. c ist abzulehnen respektive zu streichen, weil erstens mit dieser Verpflichtung schwere Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte eines Schutzbedürftigen verbunden sind, zweitens weil diese nicht

leichtfertig angeordnet werden dürfen, drittens weil sie in einer ambulanten Massnahme von einer Behörde verfügt nichts zu suchen haben, viertens weil sie nicht durchsetzbar und nicht praktikabel ist und fünftens weil es unnötig und gefährlich ist, wenn die medizinisch indizierte Behandlung noch zusätzlich zur lit. b eine separate und viel zu prominente Behandlung erfährt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie deshalb, aus vorgenannten Gründen dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Cavegn.

*Cavegn:* Ich kann meine Ratskollegin Brigitta Hitz voll und ganz unterstützen und ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Im Grunde genommen müsste ich einfach sagen, sie hat Recht mit ihren Ausführungen und ich möchte vielleicht einige juristische Aspekte noch beifügen. Wir sind mit der Verpflichtung zur Einnahme von Medikamenten in einem ganz, ganz heiklen Bereich, in einem heiklen Bereich, den wir heute im Art. 55 gesetzgeberisch zu lösen versuchen und die Ausführungen des Kommissionspräsidenten haben gezeigt, dass dieser Lösungsversuch eigentlich schon missglückt ist, weil man erst über die Auslegung, über qualifiziertes Schweigen zum Schluss kommen muss, dass diese Verpflichtung zur Einnahme von Medikamenten nicht körperlich durchgesetzt werden kann. Aber eine Verpflichtung zur Einnahme von Medikamenten, die nicht durchgesetzt werden kann, ist inhaltsleer und sie ist vor allem inhaltsleer im Rahmen einer ambulanten Massnahme, also nicht einer stationären Massnahme, sondern einer ambulanten Massnahme, mit der bezweckt werden soll, eine fürsorgliche Unterbringung zu vermeiden. Ich bitte Sie auch deshalb, den Art. 55 Abs. 2 lit. c zu streichen, weil der Entscheid zur Verpflichtung zur Einnahme von Medikamenten der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde obliegt und nicht der gleichen Behörde, wie die Unterbringung verfügt wird. Also wir haben es mit einer KESB zu tun, die das anordnet und es kann durchaus sein, dass die KESB sehr grosszügig von diesem Mittel Gebrauch macht und einfach Druck aufsetzt, um eine Person zur Einnahme von Medikamenten zu zwingen. Und das kann meines Erachtens nicht Sinn der Sache sein, dass man einer Behörde ein derartiges Mittel gibt, um eine Verpflichtung durchzusetzen. Damit abschliessend bitte ich Sie noch einmal eindringlich, diese Streichung vorzunehmen. Im Übrigen, wenn Sie den Art. 55 Abs. 2 lit. b lesen, wo es heisst, man kann jemanden verpflichten, sich einer medizinisch indizierten Behandlung oder Therapie zu unterziehen, dann reicht diese Verpflichtung vollumfänglich aus.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Grossrat Trepp.

*Trepp:* Nur dass es nochmals ganz klar ist: Bei Art. 55 Abs. 2 lit. c geht es nur um ambulante Massnahmen, es besteht in dieser Situation also keine akute Selbst- oder Fremdgefährdung. Falls eine solche auftreten sollte, ist eine notfallmässige Einweisung in eine Klinik immer

möglich. In einem ambulanten Setting ist eine Zwangsmedikation nicht verfassungskonform. Bundesrat, National- und Ständerat hatten nicht den Mut, darüber eine Entscheidung zu fällen. Sie haben sie galant auf die Kantone abgeschoben. Falls wir Art. 55 Abs. 2 lit. c nicht herausnehmen, haben wir hier einen verfassungswidrigen Artikel drin. Juristen im Saale sollten das eigentlich wissen. Alle medizinischen Fachkräfte haben sich in der Vernehmlassung gegen eine Zwangsmedikation ausgesprochen. Als Arzt würde ich mich einer vorsätzlichen Körperverletzung schuldig machen. Dazu kann mich niemand zwingen. Langfristige ambulante Massnahmen sind gerade bei Psychosen anerkanntermassen nicht immer einfach. Sie müssen auch immer im Konsens mit der Patientin oder dem Patienten durchgeführt werden, sonst sind sie ohnehin nicht nachhaltig und die Patienten entziehen sich der Behandlung. Dies führt für alle Beteiligten anerkanntermassen oft zu grossen Schwierigkeiten. Wissenschaftlich gibt es aber keine Hinweise, dass eine Zwangsmedikation, wo solche durchgeführt werden können, das Resultat verbessert. In unserer liberalen Rechtsordnung sind wir dazu verpflichtet, diese zu respektieren, auch wenn nicht alles so abläuft, wie wir es uns wünschten. Schwierigkeiten bezüglich einer sinnvollen medikamentösen Therapie müssen immer im gegenseitigen Einvernehmen gelöst werden. Oft ist dies auch nicht beim ersten Anlauf wirklich möglich. Stimmen Sie der Kommissionsminderheit zu.

*Noi-Togni:* Hier meine ich wirklich, dass die Kommissionsmehrheit und die Regierung Recht haben. Ich weiss, dass wir in den letzten 20, 30 Jahren stark individuumzentriert gefühlt, gedacht und argumentiert haben, ich auch. Das Kollektivdenken, die Betrachtung des Kontextes in welchem das Individuum lebt, sind stark in den Hintergrund gerutscht, mit den Konsequenzen, welche wir heute erleben in der Gesellschaft. Politik hat mit der Gesellschaftsentwicklung Schritt zu halten und so müssen wir heute erkennen, dass auch harte Massnahmen in bestimmten Situationen angebracht sind. Wir behandeln heute hier ein Gesetz über Kinder- und Erwachsenenschutz. Ich betone Kinderschutz. Ich weiss nicht ob Sie wissen, dass in unserem Land 100 000, und das ist nur die Spitze des Eisbergs, Kinder bereits fürs Leben präjudizierenden Schaden erleiden infolge psychischer Krankheiten oder Alkoholismus eines Elternteils. Ich möchte, dass kein Kind schwer traumatisiert wird, nur weil der Vater oder die Mutter sich weigert, ein Medikament zu schlucken oder zu sich zu nehmen auf irgendeine Weise. Vor allem im ambulanten Bereich, der ein Bereich ist übrigens, wo die Menschen frei sind, im stationären Bereich sind sowieso die Kranken unter Aufsicht, sind die Betroffenen auf Medikamente angewiesen und die Familien, der Kontext, auch. Ja auch der Betroffene braucht es, vor sich selbst geschützt zu werden. Zum einen, weil eine Klinikeinweisung vermieden wird, das ist nicht weniger, und zum anderen, weil auf diese Art und Weise auch seine Würde berücksichtigt wird. Eine Zwangseinweisung ist keine schöne Sache. Wir alle sind gegen Gewalt. Die Gewalt, die wir ausüben mit einem Medikament, Einnahmeverpflichtung, ist viel leichter, als die Gewalt, die mit einer Unterbrechung der

medikamentösen Therapie entstehen kann. Ich erwarte, dass die Politik Unterschiede erkennen kann und sich für das kleinste Übel entscheiden kann. Also die Realität und die Praxis, ich habe jetzt viel zugehört, die Realität und die Praxis sind noch etwas anderes. Bestimmen am Tisch ist eine Sache, erleben ist total etwas anderes. Also man muss ganz klar sehen, dass es bei psychisch Kranken nicht um den Willen geht, es geht darum, dass wir mit diesen Personen nicht mehr kommunizieren können, aber manchmal kann man immerhin gleich so viel kommunizieren, dass sie verstehen, wenn sie etwas machen müssen, das ist nicht ausgeschlossen. Und wenn es nicht so ist, dann müssen wir forcieren und das ist eine Tatsache und nichts anderes wäre korrekt und ich denke auch vor allem an die Umgebung, man kann nicht nur an die Person selber denken, man muss auch an das Umfeld denken.

*Casutt-Derungs:* Ich möchte dem Antrag zur Steigerung von lit. c in Art. 55 Abs. 2 noch zwei weitere Begründungen anfügen, wieso dieser Artikel gestrichen werden sollte. Der erste Grund, im Sinne der Sensibilität gegenüber den Betroffenen, soll Art. 55 helfen, Massnahmen zu Gunsten von Menschen in schwierigen Situationen möglichst niederschwellig zu halten, das heisst möglichst fürsorgliche Unterbringung oder Rückfälle vermeiden. Das ist auch ein Signal an die Gesellschaft, weg von Führsorgemassnahmen mit Zwangscharakter. Wenn wir nun aber mit lit. c Massnahmen aufführen, die in meiner Wahrnehmung bereits in lit. b enthalten sind, denn was ist denn die Verpflichtung zur Medikamenteneinnahme anderes als eine medizinische oder therapeutische Behandlung, dann erhalten solche Massnahmen ein unnötiges Gewicht in Richtung Zwangsmassnahmen.

Zum zweiten Grund: Hier im Grossen Rat wurde im Jahr 2000 der Beschluss zur Verwesentlichung und Flexibilisierung unserer Rechtsetzung, VFRR genannt, verabschiedet. Dieser Beschluss verpflichtet den Gesetzgeber, und das sind wir hier im Grossen Rat, unnötigen Ballast aus der Gesetzgebung zu streichen bzw. keinen solchen Ballast in die neuen Gesetze aufzunehmen. Dies müsste bei jeder Gesetzesvorlage Anwendung finden, was in letzter Zeit nicht immer gemacht wurde. Hier haben wir Gelegenheit, uns in diesem Beschluss wieder treu zu sein und eine unnötige Verdoppelung zu streichen. Sicher zuerst aber aus inhaltlichen Gründen, wie verschiedentlich ausgeführt, empfehle ich die Ablehnung von Art. 55 Abs. 2 lit. c.

*Augustin:* Ich habe nur eine kleine Frage zu diesen Massnahmen medizinisch indizierter Natur, seien sie nun gemäss lit. b oder je nach dem was wir entscheiden auch dann zu lit. c mit den Medikationen. Ist das Krankheitsbehandlung und ein Leistungstatbestand der Krankenversicherer oder ist das Behandlung und Therapie in einem weiteren, ausserkrankheitsbegrifflichem Sinne?

*Hensel:* Ratskollegin Noi hat die schweren und dramatischen Fälle gegenüber Kindern in die Diskussion geworfen. Das ist richtig, dass man solche Fälle anschauen muss, aber grad im ambulanten Bereich zeigt sich, dass es hier dann klare Schutzmassnahmen für Kinder

braucht, dass es auch umfassendere Massnahmen benötigt, gerade zum Schutz der Kinder, da kann eine Zwangsmedikation alleine nicht genügen und wir diskutieren ja im Moment um lit. c, der medizinisch indizierten Medikamente, und hierzu gibt es für mich noch zwei bisher nicht genannte Gründe, weshalb eine Streichung zu begrüssen ist. Erstens haben für mich Patientinnenverfügungen und Patientenverfügungen einen hohen Stellenwert. Wenn ich nun festschreibe, dass ich beispielsweise gewisse Medikamente, oder vereinfacht gesagt, dass ich keine Chemie einnehmen möchte, heute nicht und auch im Alter nicht, und vielleicht werde ich dann mal ein Betroffener, dann könnte diese Patientenverfügung mit der vorgeschlagenen lit. c untergraben werden. Ich denke, das wollte ich nicht, auch wenn ich dann betroffen bin, wenn ich das heute entscheide. Also Patientenverfügungen sollten ein Gewicht haben und die dürfen hier nicht, meines Erachtens, untergraben werden. Zweitens, gerade die Verpflichtung zur Zwangsmedikation bringt das Gesundheitspersonal in einen Konflikt zum Berufsethos, bringt sie in arge Gewissensnot. Aus ethischer Sicht ist eine Zwangsmedikation, und dazu gehört auch die verordnete, zwangsweise Verabreichung von Medikamenten, nicht vertretbar, auch für das Personal ist der Wunsch, dass die medizinisch indizierten Medikamente einzunehmen, dass lit. c gestrichen wird.

*Standespräsident Bleiker:* Weitere Wortmeldungen? Frau Regierungsrätin.

*Regierungsrätin Janom Steiner:* Ich beginne mit Grossrat Augustin: Ich weiss nicht, ob ich Ihre Frage genau verstanden habe, aber Sie können sich überlegen, ob meine Antwort Ihnen genügt und allenfalls die Frage dann nochmals stellen. Selbstverständlich wird eine Fachperson in der Behörde darüber entscheiden, ob eine Person eine Behandlung, eine Therapie oder auch medizinisch indizierte Medikamente braucht, das wird im Rahmen von Massnahmen beschlossen und dann wird entsprechend auch nach KVG abgerechnet, so wie das bei den übrigen Behandlungen auch der Fall ist. Also es müssen medizinisch indizierte Kriterien vorliegen, um eine solche Behandlung oder dann auch eine Medikamentenabgabe letztlich dann anzuordnen. Das erscheint mir klar und das wird nicht der Jurist in der Fachbehörde sein, der das entscheidet, sondern hier wird man den Beizug der Experten, der Fachexperten haben, also eines Arztes oder einer Ärztin. Vielleicht habe ich auch Ihre Frage nicht ganz verstanden, aber darum überlegen Sie sich das noch.

Ich bin etwas erstaunt über die ganze Diskussion, weil wir haben eigentlich auf Seite 1064 und 1065 der Botschaft klar ausgeführt, dass wir aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses genau die zwangsweise Verabreichung von Medikamenten als mögliche ambulante Massnahme, dass wir darauf verzichtet haben. Wir hatten in der Vernehmlassung die Zwangsmedikation als ambulante Massnahme vorgesehen und aufgrund der Diskussion, aufgrund der Ergebnisse, aufgrund der Einwände, die bereits hier im Rat jetzt auch des Langen und des Breiten vorgetragen wurden, wurde darauf verzichtet und das ist so in der Botschaft festgehalten und in dem Sinn

ist dieses qualifizierte Schweigen zu verstehen. Es geht nicht darum, dass wir nicht darüber diskutieren wollen hier drin im Rat, sondern es geht darum, dass wir das explizit aus der Vernehmlassung rausgenommen hatten und wir darauf verzichten. Also ist nun lit. c auch nicht als Zwangsmedikation, als ambulante Massnahme zu verstehen, sondern es ist einfach eine mögliche weitere Massnahme, mit der man einen Patienten oder eine Person, die ein Problem hat, verpflichten will, um den Gesundheitszustand zu stabilisieren. Sollte das nicht der Fall sein, dann wird man nicht die zwangsweise Verabreichung von diesen Medikamenten anordnen können, weil dann wären wir ja wieder bei der Zwangsmedikation. Es ist dann halt einfach bei der Verpflichtung geblieben, die diese Person nicht erfüllt. Wenn sich dann der Gesundheitszustand aber derart verschlechtern sollte, aus welchen Gründen auch immer, und die Fachbehörde irgendwann dann zur Auffassung gelangt, jetzt ist der Zustand erreicht für allenfalls eine Unterbringung, eine stationäre Massnahme, dann wird man das prüfen und dann wird man diese Massnahme anordnen. Es geht einfach um eine Kaskade von möglichen Massnahmen und das ist ja genau Ziel und Sinn dieser Vorlage oder überhaupt des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Man will individuelle Massnahmen, man will möglichst geringe Eingriffe in die Freiheiten des Patienten vorsehen und in dieser Kaskade ist eine ambulante Massnahme ein weit weniger schwerer Eingriff als eine stationäre Massnahme oder eine fürsorgliche Unterbringung. Darum hat man das hier aufgenommen.

Wir haben dann auch noch bei einer Fachärztin nachgefragt, selbstverständlich im Kanton, ich gebe es offen zu, es ist die Chefärztin der PDGR. Frau Blumenthal hat auch gesagt, es gibt selbstverständlich Therapien oder Behandlungen, die ohne Medikamente angewendet werden können und darum erachtet sie es auch als sehr sinnvoll, dass man diese lit. c explizit aufnimmt, so wie wir es verstanden haben. Also es geht nicht um Zwangsmedikation im ambulanten Bereich, ich sage es noch einmal, auch für das Protokoll, und dies ist lediglich als Verpflichtung zu verstehen, wenn die Person sich nicht daran hält, dann kann man sie nicht zu ihrem Glück zwingen, aber wenn sich dann der Gesundheitszustand verschlechtert, dann wird man irgendwann überprüfen müssen, ob andere Massnahmen angezeigt sind, nicht mehr und nicht weniger. Darum bitte ich Sie, den Antrag gemäss Regierung und Mehrheit zu unterstützen.

*Standespräsident Bleiker:* Sind vor Mehr- und Minderheitssprecher noch Wortmeldungen? Das sind, Grossrat Trepp.

*Trepp:* Ja, sehr geehrte Frau Regierungsrätin, das ist alles gut und recht und schön, wenn das wirklich so gemeint ist, dann können wir das auch ebenso gut streichen, weil dann ist nachher der, der nicht in den Akten nachliest, was war dann damit gemeint, der hat dann klare Verhältnisse, dass es eben nicht möglich ist. Und wenn der Text so belassen wird, sehr offen und lässt Tür und Tore eben offen, dass eben eine Zwangsmedikation doch gemacht werden könnte und wir wissen ja nicht, was in zehn Jahren dann ist und wer das liest, der wird



nicht in den Akten nachschauen und mit 55 Abs. 2 lit. b ist es vollumfänglich genügend und da sind Varianten eben möglich mit anderen medizinischen Behandlungsarten, und lit. c ist eben zu spezifisch und könnte eben auch eine Zwangsmedikation beinhalten, auch wenn Sie jetzt das zu Protokoll geben, dass das nicht der Fall ist. Aber dann können wir das wirklich ebenso gut streichen, eben im Sinne der VRRR oder wie auch immer das heisst.

*Standespräsident Bleiker:* Sind vor den Sprechern der Mehr- und Minderheit noch Wortmeldungen? Dann die Sprecherin der Minderheit, Grossrätin Hitz.

*Hitz-Rusch; Sprecherin Kommissionsminderheit:* Ich mache es ganz kurz, weil alle wollen Feierabend machen, ich weiss es. Entschuldigen Sie bitte, geschätzte Frau Regierungsrätin, aber für mich bleibt Art. 55 Abs. 2 lit. c mit der Präzisierung in der Botschaft gegen den Willen einer Person eine Zwangsmedikation. Ich sage es noch einmal, diese lit. c ist bundesrechtswidrig, ich habe die Bundesrätin zitiert, dann ist sie unpraktikabel und nicht umsetzbar. Dazu möchte ich noch auf die historisch belastete Situation der Zwangspsychiatrie hinweisen, welche jetzt nicht mit medizinisch fragwürdigen Konzepten neuerlich belastet werden sollte. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie deshalb noch einmal, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

*Standespräsident Bleiker:* Grossrat Tenchio für die Mehrheit und die Regierung.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Folgen Sie Kommissionsmehrheit und Regierung. Eigentlich ist der Antrag inkonsequent, Grossrat Trepp. Weil dann müssten Sie auch b umformulieren, dann müssten Sie in lit. b hineinschreiben „mit Ausnahme der Einnahme von medizinisch indizierten Medikamenten“. Das wäre die Konsequenz des Antrages. Doch, das wäre die Konsequenz des Antrages, wenn Sie sagen nein, das ist inkonsequent, das kann man nicht durchsetzen, obwohl nur die Verpflichtung drinsteht, es steht nur die Verpflichtung in Art. 55 Abs. 2, nicht eine zwangsweise Verabreichung, das steht hier nicht drin, es steht nur „ich verpflichte mich, dies zu tun“. Dann müssten Sie lit. b auch umformulieren, weil die überwiegende Anzahl von medizinisch indizierten Behandlungen und Therapien mit Medikamenten erfolgen. Es gibt Fälle, zugegebenermassen, die ohne Medikamente erfolgen, aber die überwiegende Anzahl von medizinisch indizierten Behandlungen oder Therapien erfolgen mit Medikamenten, also ich weiss nicht, Sie können mir gerne widersprechen als Arzt, aber das ist nicht so. Brechen Sie in dieser Kaskade, in dieser vernünftigen Kaskade vereinbarte Nachbehandlung, ambulante Massnahme, fürsorgliche Unterbringung, die ambulante Massnahme bitte nicht heraus, lassen Sie lit. c dort wo sie steht, wie sie vorgeschlagen ist von Kommissionsmehrheit und Regierung.

*Standespräsident Bleiker:* Nach Minderheit und Mehrheit bereinigen wir diesen Artikel. Wer dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung folgen möchte,

möge sich bitte erheben. Wer die Kommissionsminderheit unterstützen möchte möge sich erheben. Sie sind mit 60 zu 29 Stimmen der Kommissionsminderheit gefolgt.

#### *Abstimmung*

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsminderheit mit 60 zu 29 Stimmen.

#### **Art. 55 Abs. 3**

##### *Antrag Kommission und Regierung*

Gemäss Botschaft

#### *Angenommen*

*Standespräsident Bleiker:* Herr Kommissionspräsident? Ich wollte eigentlich hier die Sitzung unterbrechen.

*Tenchio; Kommissionspräsident:* Das können Sie natürlich, aber ich möchte noch etwas sagen zum 55 Abs. 2 lit. c, dass lit. d und e dann natürlich zu lit. c und d werden, damit wir dort nicht eine Lücke haben.

*Standespräsident Bleiker:* Das ist so entgegengenommen und protokolliert. Wie Sie sicherlich festgestellt haben, sind wir, ich sage es mal gelinde, hoffnungslos im Rückstand, dass wir dies auch mit einer Viertelstunde oder einer halben Stunde Verlängerung im Moment auch nicht aufholen können. Unter diesem Kontext wird sich jetzt die Präsidentenkonferenz im Dachgeschoss zehn Minuten treffen. Was ich Ihnen sagen kann ist, dass das Programm morgen früh auf jeden Fall gemäss dieser Liste für den Mittwochmorgen weitergeht, das sind Nachtragskredite, Fragestunde, die Wahl und die Gemeindefusionen. Und die Präsidentenkonferenz wird jetzt beraten, wie das Programm dann weitergehen soll. Ich möchte Ihnen noch mitteilen, dass eine Anfrage eingegangen ist, eine Fraktionsanfrage der FDP betreffend Nutzung der CO<sub>2</sub>-Reduktion durch den Bündner Wald. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend.

Schluss der Sitzung: 18.30 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

- Fraktionsanfrage FDP betreffend Nutzung der CO<sub>2</sub>-Reduktion durch den Bündner Wald (Erstunterzeichner Nick)

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Ueli Bleiker

Der Protokollführer: Patrick Barandun